D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 104
November '78 DM 2,–

Ein Schritt vorwärts, viele Schritte zu wenig

Das Berufsverbot beginnt sich zu häuten, aber das Problem bleibt

Nicht allein aufgrund des Russell-Tribunals, aber auch aufgrund desselben ist die Diskussion um die Berufsverbotspraxis seit Mai dieses Jahres wieder kräftig in Gang gekommen. Heute sei der Aktualität halber nur das jüngste Dokument der Diskussion erörtert, das von der SPD vorgelegt wurde und den "Vorwärts" (19.10.78) zum lapidaren Kommentar veranlaßte: "Die Korrektur eines Irrtums". Tatsächlich?

1. "Das Zulässige möglich machen", so lautete laut "Vorwärts" (Juni 1978) die selbstgestellte Aufgabe der Koschnik-Kommission, die jetzt "Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst" publiziert hat (vgl. den gesamten Bericht in FR 21.10.78).

Diese Charakteristik – das Zulässige (!) möglich machen – gibt schon die prinzipielle Schranke dieser Grundsätze an, die ihrerseits erst proklamiert sind, noch bürokratisch kleingearbeitet und verwirklicht werden müssen, auch in den SPD/FDP-regierten Ländern. Denn im Detail steckt hier in der Tat der Teufel, im Verfahren und nicht in hehren Grundsätzen. Jedoch – und das macht von vornherein die Grenze dieser "Grundsätze" aus –: die SPD geht nicht darauf aus, das im Hinblick auf eine demokratische Verfassungswirklichkeit Nötige zu verfolgen. Sie beschränkt sich vielmehr bescheiden darauf, das angesichts der herrschenden, auch von ihr herrschend gemachten Zustände noch Mögliche zu verwirklichen. In der Devise "das Zulässige möglich machen" verbergen sich nicht nur die Grenzen sozialdemokratischer Verfassungspolitik. Diese Devise demonstriert auch, daß die herrschenden Verhältnisse gleichsam noch reaktionär hinter sich selbst zurückgefallen sind, daß es erst noch darum geht, wenigstens den Status quo intern rechtsstaatlich zu gestalten. Daß die bundesdeutschen Beamtengesetze verfassungsgemäß zu revidieren wären, daß die herrschende Interpretation des Artikels 33 GG insbesondere von Abs. 2 und 5 ("Eignung" und "hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums") auch in einer nur liberalen Interpretation des Grundgesetzes unzulässig ist, fällt hierbei aus dem schmalen Veränderungswillen heraus. Es geht allein um eine "glaubwürdige Verwaltungspraxis" – als ob die Verfassungsgrundlage schon gesichert wäre.

IN DIESER AUSGABE:

Wolf-Dieter Narr: Radikalenerlaß 1
Russell-Aufruf 3
Joachim Hirsch: Hessenwahl 3
David H. Wittenberg: Gift-Grün 4
Joachim Hirsch: Runderlaß 5
Robert Detobel: Steuerpaket 6
Rüdiger Pusch: Verteidigung im Notstandsstaat 6
Joachim Klein: Studentenumfrage der FAZ 7
Jens Huhn: Linke Tageszeitungen 8
Horst Sackstetter: Daimler-Wahlen 10
Interview mit Willi Hoss 10
Dany Diner: Nah-Ost 13
Joseph Senft: BRD – Südafrika 15
Bär/Lüft/Schlotter: Portugal 16
Peter Tergeist: Fall "Bakke" 19
Ludi Ludovico: Sozialistengesetz 21
Uwe Stehr: Wer war Bucharin? 23
NPD in Mannheim 24
Theaterzensur 24
Großer Ratschlag Alternative Ökonomie 25
Walzbachtaler Dorfzeitung 28

2. Die nun verkündeten "Grundsätze" bringen Verbesserungen – wenn sie tatsächlich auch in die Praxis des Postministeriums Eingang finden und in die der SPD/FDP-regierten Länder, wenn sich die SPD auch tatsächlich auf einen offensiven Streit mit der CDU/CSU einläßt, wenn ... Diese Verbesserungen beziehen sich – das wird allzu rasch vergessen – auf die Wirklichkeit der Berufsverbotspraxis heute, wie sie sich seit 1971/72 entwickelt hat, nicht auf eine ausbauende Verwirklichung der demokratischen Verfassungsprinzipien.

- Die Vermutung der Verfassungstreue soll gegenüber allen Bürgern, auch allen Bewerbern um ein Amt des öffentlichen Dienstes, gelten. Zentral: alle prognostischen Charakterurteile, die sich auf vage Mutmaßungen der Einstellungsbehörde beziehen, sollen unterbleiben.
- Die Mitgliedschaft in nicht vom Verfassungsgericht verbotenen Parteien und die normale Betätigung in diesen Parteien soll keinen Anlaß bieten dürfen, einen Bewerber abzulehnen oder einen öffentlich Bediensteten zu entlassen. Das Sonderrecht für den öffentlichen Dienst soll damit aufgehoben werden.
- Routineanfragen an die Verfassungsschutzämter sollen unterbleiben. Anfragen sollen nur in besonderen Fällen möglich sein.
- Eine Art Verjährungsprinzip soll Geltung gewinnen. "Jugendsünden" und mehr als zwei Jahre zurückliegende mögliche Verstöße gegen die "Treuepflicht" sollen nicht verrechnet werden dürfen.
- Allein Äußerungen und Handlungen des jeweils Betroffenen sollen Grundlage der Einstellungsbeurteilung, der Verweigerung bzw. der Entlassung sein dürfen.

3. Die Vorschläge bleiben allerdings an zentralen Punkten sehr allgemein und offen; sie suggerieren außerdem ein problematisches Vertrauen auf die "obersten Dienstbehörden".

- Routineanfragen an den Verfassungsschutz werden ausgeschlossen. Aber man vermißt ein Wort über die Verfassungsschutzämter. Dieselben – das haben sie immer wieder getan – können nämlich im weiten Bereich der "Amtshilfe" selbst aktiv werden. Sie werden weiterhin sammeln, observieren und ihre Berichte herausgeben und beeinflussen somit die Entscheidung der Behörden, ohne daß letztere selbst einen Anfrage-Finger rühren müßten. Und was heißt denn, man gehe nur von "Tatsachen" aus? Von welchen Tatsachen denn? Hier bleibt nahezu alles offen. Der nach wie vor umfassende und diffuse Treuebegriff macht fast alles möglich.
- Anfragen sollen erst zulässig sein, ja sie müssen sogar erfolgen, "wenn der Behörde Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Verfassungstreue begründen". Wiederum hängt alles am Tatsachenbegriff und am Bezugsbegriff der "Verfassungstreue", die ja eben, das zeigen die letzten Jahre, in keiner Weise zureichend präzise umschrieben ist. Hier ist eine nahezu beliebige Einlaßpforte gegeben, weiterhin, wenn auch selektiver, anzufragen.
- Ein großer Bereich des öffentlichen Dienstes wird, als verstünde sich das von selbst, einfach ausgespart. Für ihn gilt eine Sonderverfassung. Damit aber wird ohne zureichende Begründung der Tendenz Vorschub geleistet, daß sich ein "Staat im Staate" ausbildet, Polizei, Militär und breit definierte sicherheitsempfindliche Berufe (und was sicherheitsempfindlich ist, bestimmt die Exekutive, vielleicht auch schon der Verfassungsschutz).
- Die "oberste Dienstbehörde" wird zum Herrn des Verfahrens. Sie kann bestimmen, daß bestimmte Positionen besonders überprüft werden sollen; sie ist für Anfragen, Ablehnungen und Entlassungen zuständig. Aufgrund welcher Kriterien entscheidet aber diese politische Spitze und wer kann sie in welcher Weise kontrollieren? Die Zentralisierung von Kompetenzen bedeutet noch keine Demokratisierung, nicht einmal ein rechtsstaatlich gemäßes Verfahren.

4. Über diese allzu offenen Bestimmungen der "Grundsätze" hinaus droht die Gefahr, daß diese Vorschläge den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben suchen. Eher verschämt gegen Ende heißt es: "Um die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit des Dienstrechts zu sichern, empfiehlt die SPD ... zu prüfen, wie disziplinarrechtliche Ordnungsmaßnahmen unter Beachtung des Rechtsstaatsprinzips und des Personalvertretungsrechts zügig durchgesetzt werden können." Koschnik hat zuvor in seinen Zusatzbemerkungen noch darauf hingewiesen, daß es darauf ankomme, die Probezeit i.S. der Sicherheitsüberprüfung voll auszuschöpfen. Nimmt man diese beiden Äußerungen zusammen, dann heißt dies im Klartext: die Zugangsbedingungen sollen allgemein erleichtert, die Hinausschmeißmögkeiten in gleichem Maße erhöht werden. Die große Verunsicherung verlagert sich vom Bewerberkreis, wo sie spektakulär und öffentlicher ausfallen muß, in den Kreis der öffentlich Bediensteten. Die Gefahr eines nur noch gehorchenden, exekutivisch gehorchenden, nicht auf die Verfassung hörenden öffentlichen Dienstes wächst.

Die "Korrektur" eines "verhängnisvollen Irrtums", wie es der "Vorwärts" nennt, droht durch einen zweiten in gleicherweise verhängnisvollen, nicht entschuldbaren 'Irrtum' erkauft zu werden – vorausgesetzt einmal, die Korrektur des ersten 'Irrtums' gelingt überhaupt. Zweifel sind auch hier durchaus angebracht.

Loriot, aus dem STERN

5. Die "Grundsätze" sprechen nicht nur durch das, was sie formulieren, sondern auch durch das, was sie auslassen.

- Keine Rede ist davon, daß die Beamtengesetze endlich grundgesetzmäß revidiert werden müßten, wenn es auch gewiß um ein längerfristiges Programm zu tun ist. Man sollte es aber wenigstens in Angriff nehmen wollen.
- Der Verfassungsschutz und seine Aktivitäten werden überhaupt nicht berührt, so als könne man die Wirkung des Berufsverbots loswerden, ohne die Aktivitäten des Verfassungsschutzes wenigstens drastisch einzuschränken. Da ist es bei weitem zu wenig, nur – und das auch noch in unzureichendem Umfang und wager Form – auf die Routineanfragen zu verzichten. Der Verfassungsschutz legt doch längst fest, was in dieser Republik als politisch zulässig gilt und was nicht. Seine Begriffe werden von Behörden und auch Gerichten nur noch eingesetzt.
- Auch davon, was mit all den Ämtern und Personen geschieht, die sich auf den "Extremistenerlaß" spezialisiert haben, mit verschiedenen Jagdscheinen, Jagdberechtigungen und Instrumenten, ist nicht die Rede. Vom "Sozialistengesetz" weiß man aber u.a., daß es nicht genügt, dieses oder jenes Verfahren (auch Gesetz) offiziell zu beerdigen. Man muß auch den Apparat verändern; sonst arbeitet der fröhlich unter der Erde weiter.

6. Um "Grundsätze" handelt es sich hier. Man darf das nicht vergessen. Die Verwässerungsanlagen stehen schon bereit; denn es geht mit Hilfe dieser "Grundsätze" darum, "möglichst einvernehmliche Vorschläge zu erreichen, die geeignet sind, mit Vertretern der FDP ... erörtert zu werden. Unser Ziel sollte es sein, möglichst eine Lösung zu finden, die von Sozialdemokraten und Freien Demokraten getragen werden kann" – so Koschnik. Das ist ein vernünftiges Ziel, gewiß. Aber orientiert sich dasselbe an dem, was auch die Rechten in SPD und FDP, die zahlreichen, "tragen" können oder was von einer demokratischen Verfassung her gesehen tragbar ist. Und mehr noch: richtet sich das Gefühl der Tragbarkeit oder Nichttragbarkeit nur an Umfrageergebnissen und Wahlerfolgen aus? Immerhin haben Umfragen – so zweifelhaft sie im einzelnen sein mögen – ergeben, daß eine erkleckliche Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der SPD/FDP-Wähler wünschen, der "Radikalenerlaß" und all seine Nachfolgeerlasse möge beseitigt werden.

Vielleicht sollte man nicht zu mißtrauisch sein. Es wäre jedenfalls schlimm (und ist durchaus nicht unwahrscheinlich), wenn diese in sich unzureichenden und an einigen Stellen gefährlichen "Grundsätze" nur dazu verkündet worden wären, um die öffentliche Meinung zu befriedigen und zu befrieden, ohne habhafte Konsequenzen. Die Berufsverbotspraxis und die des Verfassungsschutzes in all seinen Fazetten, bleibt jedenfalls auf dem Tisch, auch wenn sie gemäß den "Grundsätzen" der SPD verschoben werden sollte. Im Engagement gegen diese Praxis, ihre Weiterungen und – gegebenenfalls – Formveränderungen dürfen wir nicht nachlassen. Seid wachsam, Leute!

WOLF-DIETER NARR

Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals

Zweite Sitzungsperiode vom 3.-9. Januar 1979 in Köln

Die erste Sitzungsperiode des Russell-Tribunals war der Frage gewidmet: Wird Bürgern in der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben? Diese Sitzungsperiode schloß mit der Antwort: In der Bundesrepublik lassen sich Berufsverbote aus politischen Gründen feststellen, Verbote, die eindeutig die Grund- und Menschenrechte verletzen. Zugleich zeigt sich im Zusammenhang der Berufsverbotsverfahren eine ausgedehnte Überprüfungspraxis, eine Gesinnungs- und Meinungsschnüffelei, die Millionen Bürger betrifft, verunsichert und die liberale Demokratie der Bundesrepublik insgesamt gefährdet. Diese differenzierte Antwort der Jury des Tribunals überraschte die politisch Informierten nicht. Überraschend ist eher – und das zeigt einen bedenklichen Gewöhnungsprozeß an –, wie wenig bisher die Erkenntnis, daß in der Bundesrepublik durch Staat, Behörden und Gerichte immer wieder Menschenrechte verletzt werden, Protest hervorruft und vor allem zum Handeln treibt.

Wenn gegenwärtig, auch als Ergebnis der ersten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, das Thema der Berufsverbote wieder stärker diskutiert wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß diese Diskussionen, wie auch kritische Äußerungen bekannter Politiker, noch nicht ohne weiteres Konsequenzen enthalten und den Radikalenerlaß mit all seinen Begleitpraktiken wieder verschwinden lassen. Eher scheint es gegenwärtig so, als solle die Diskussion symbolisch Liberalität demonstrieren, als würde die Überprüfungs- und Verbotspraxis höchstens ein wenig eingeschränkt oder allenfalls verschoben, um die Kritik einzuschläfern. Auch wäre es verhängnisvoll, die Aufmerksamkeit würde sich allein auf das Berufsverbot konzentrieren und Gefahren, die den Menschenrechten von anderer Seite her drohen, gerieten darüber aus dem Blick.

Aus diesem Grunde hat die internationale Jury des Russell-Tribunals entschieden, auf der zweiten Sitzungsperiode, der letzten des Tribunals, drei zusätzliche Fragen zu behandeln:

- Zensur in der Bundesrepublik Deutschland,
- Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes,
- Mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in ein Strafverfahren involviert sind.

Diese drei Fragen signalisieren Gefahren, die weniger sichtbar, weniger faßbar erscheinen als die immerhin eindeutigen Fälle des Berufsverbots. Zensurpraktiken, die beispielsweise in einer Schule oder in öffentlichen Medien – von privaten Medien ganz zu schweigen – angewandt werden, kommen entweder versteckt zur Geltung, werden indirekt wirksam oder äußern sich in Maßnahmen direkten Drucks, können aber oft nur schwer dokumentiert oder eingeklagt werden. Eine Selbstzensur, also die vorausgreifende Anpassung an vorhandene oder angenommene Restriktionen, wird gerade denjenigen, die sie praktizieren, nicht mehr bewußt. Die Verteidigungsrechte scheinen ohnehin nur einen ganz kleinen Teil von Bürgern zu betreffen. Das Wirken des Verfassungsschutzes, der Geheimdienste insgesamt, entzieht sich schon deswegen unserer Aufmerksamkeit, weil es in aller Regel geheim geschieht. Nur hin und wieder wird offenkundig, daß der Verfassungsschutz längst eine Institution geworden ist, die eigenmächtig nach ihrem eigenen Sicherheitsbegriff handelt und sich den Entscheidungen der gewählten Politiker entzieht. Gerade weil diese Gefahren so untergründig wirken, geht es darum, die Wirksamkeit von Zensur, Einschränkung von Verteidigungsrechten und Eigendynamik des Verfassungsschutzes für uns alle zu zeigen.

Mehr noch als in der Sache der Berufsverbote, die weitgehend für die Bundesrepublik spezifisch sind, gilt im Hinblick auf die Themen der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, daß sie Gefahren aufzeigen, die auch anderen liberalen Demokratien gegenwärtig drohen. Auch andere Staaten liberaler Verfassung sind dabei, den Rechtsstaat abzubauen, indem sie ihn zu sichern vorgeben. Deswegen wird auch während der zweiten Sitzungsperiode besonders deutlich gemacht werden müssen, daß die Bundesrepublik nur stellvertretend behandelt wird, weil sich hier solche Probleme besonders deutlich abzeichnen.

Wer dem Russell-Tribunal vor seiner ersten Sitzungsperiode mit Bedenken begegnete, weil er an dessen Seriosität zweifelte und weil er es als "ausländische Einmischung" zurückwies, kann nach dem Verlauf des Tribunals diese Einwände wohl zurückstellen. Daß das Verfahren der internationalen Jury seriös ist, wurde ebenso deutlich wie die Tatsache, daß das Engagement für die Menschenrechte keine nationalen Grenzen kennt. Es geht nun darum, nicht nur das Russell-Tribunal in seinem Engagement für die unverkürzte Geltung der Menschenrechte zu unterstützen, sondern zugleich die Verteidigung der Grundrechte in die eigenen Hände zu nehmen.

Herausgeber und Erstunterzeichner dieses Aufrufs sind die Mitglieder des deutschen Beirats für das Russell-Tribunal Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin – Prof. Dr. Helmut Gollwitzer – Pfarrer D. Martin Niemöller – Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr – Prof. Dr. Uwe Wesel.

Dieser Aufruf ist mit einer Unterschriftensammlung verbunden. Vordrucke zum Unterschreiben und Informationen über das Tribunal: Sekretariat Russell-Tribunal, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30

Kanzler gerettet – Zu den Wahlen in Hessen

Die regierenden Macher in Bonn können weitermachen. Die Gefahren eines CDU-Sieges in Hessen, von Bundesrats-Blockade und FDP-Umfall sind vorerst gebannt. Tatsächlich gaben die knappen Mehrheitsverhältnisse in der Ländervertretung (ein CDU-Sieg hätte der Opposition dort die Zweidrittelmehrheit gebracht) der Hessen-Wahl mehr als sonst üblich den Charakter eines Plebiszits über die Bonner Regierung. Und dies hat auch sehr wesentlich den Wahlausgang bestimmt.

Schon der Wahlkampf war durch äußerste Armut an "landespolitischen" Sachthemen und extreme Personalisierung gekennzeichnet. Brisante Fragen wie Arbeitslosigkeit, die Folgen ökonomischer Strukturumwälzungen und Umweltzerstörungen wurden von den etablierten Parteien systematisch und in großer Übereinstimmung heruntergespielt. Die Entscheidung über den weiteren Ausbau des Kernreaktors Biblis beispielsweise blieb bis zuletzt im Unklaren und wurde erfolgreich bis nach der Wahl verschoben. Der Angriff der CDU auf die Schulpolitik der Landesregierung konnte schon deshalb nicht mehr so voll treffen, weil diese den Reformzug auch auf diesem Gebiet längst nach rückwärts fahren läßt. Ein Ministerpräsident, der "Hessen vorn" erfolgreich aus seinem Programm gestrichen hat, macht es selbst einem Alfred Dregger nicht leicht.

Was deshalb übrig blieb, war ein eigenartiges Verwirr- und Versteckspiel der Spitzenkandidaten: Der konservative Scharfmacher Dregger mauserte sich unter dem Zwang, die absolute Mehrheit zu gewinnen und vor allem bisherige FDP-Wähler an sich zu ziehen, zum Protagonisten einer "liberalen Erneuerung". Ausgerechnet er. Und Ministerpräsident Börners penetrant herumgezeigte biedermännisch-weiße Weste verhüllte eine in der Osswald-Ära schließlich völlig in Unfähigkeit und Korruption versunkene SPD. Nur die FDP, der nichts anderes mehr übrig blieb, gab sich halbwegs ehrlich: sie appellierte gleich an das Mitleid ("macht uns nicht noch kleiner"), wohl wissend, daß "Vernunft wählen" kaum ein ausreichendes Motiv zu ihren Gunsten sein konnte. So war der Wahlkampf geprägt durch den massiven Einsatz von viel Bundes- und Landesprominenz und dem perfekten Funktionieren einer auf Höchstleistung getrimmten Wahlmaschinerie. Eine politische Mobilisierung der Anhänger im Vorfeld der Wahl fand kaum statt: die CDU kam über ein paar klägliche Versuche mit "Wählerinitiativen" nicht hinaus, die SPD verzichtete auf derlei von vorneherein und begnügte sich damit, an den Sonntagen vor der Wahl eine "BILD" nachempfundene "Zeitung am Sonntag" in die Briefkästen zu stecken. Von den Jusos war überhaupt nichts mehr zu bemerken.

Von der sozialstrukturellen Wählerbasis her ist das Wahlergebnis dadurch gekennzeichnet, daß einige seit den sechziger Jahren feststellbare Trends wieder sichtbar geworden sind: die CDU verlor vor allem in den katholischen Regionen, in den städtischen Ballungsgebieten und bei den jüngeren Wählern – überall da, wo die SPD sich hielt oder noch leichte Gewinne erzielte. Das SPD-Desaster der letzten Kommunalwahl – klare Folge politischer Unfähigkeit und Korruption – konnte wieder ausgebügelt werden. Offenbar war Holger Börner tatsächlich für viele "wieder ein Grund, SPD zu wählen", wie es ein zentraler Wahlkampf-Slogan glauben machen wollte. Das einzige materiell-politische Wahlkampfthema, der vom Hamburger Bürgermeister Klose kurz vor der Wahl ins Spiel gebrachte Radikalenerlaß, schlug sich eher zugunsten der SPD aus. Ihre Absicht, die herrschende Berufsverbotspraxis von einigen unnötigen Reibungserscheinungen zu befreien und damit zugleich griffiger zu machen, hat ihr – vor allem bei jüngeren Wählern – wohl doch Pluspunkte eingebracht. Einiges spricht dafür, daß hier ein taktisch recht geschicktes Spiel aufgegangen ist.

Die entscheidende Ursache für den SPD-Erfolg dürfte allerdings darin liegen, daß es ihr – nicht zuletzt mit Blick auf Bonn – wieder einmal gelungen ist, schwankende Wähler an die Urne zu kriegen. Die gegenüber den letzten Landtagswahlen deutlich höhere Wahlbeteiligung hat sich vor allem zu ihren Gunsten ausgewirkt, während die CDU ihre ablosute Stimmenzahl nur noch wenig steigern konnte. Schließlich hat möglicherweise die FDP noch von einigen SPD-"Leihstimmen" profitiert, wohl weniger aus Mitleid als der Absicht, die sozialliberale Koalition zu schützen. Vor allem dieser Mobilisierungserfolg hat die Koalition in Wiesbaden und den Kanzler in Bonn vor dem Sturz bewahrt. Das altbewährte Spielchen, "Rettet das kleinere Übel", funktioniert immer noch, wenn's hart auf hart geht. Daß die "Grünen" nicht einmal annähernd an die 5%-Marke herankommen würden, war nach den vorangegangenen Spaltungsprozessen und Querelen kaum anders zu erwarten. Ebensowenig überraschend ist ihr relativer Erfolg in den städtischen Ballungsgebieten und bei den Jungwählern – letzteres auch ein Zeichen dafür, daß die Integrationskraft der etablierten Parteien gerade in bezug auf diese Gruppe schwach bleibt. Daß die "Grünen" allerdings hinter den Ergebnissen von Niedersachsen und Hamburg zurückgeblieben

sind, darf man wohl vor allem dem Mobilisierungseffekt zugunsten der SPD zuschreiben. Insbesondere für die linke GLH dürfte gelten, daß es manche ihrer potentiellen Wähler vorgezogen haben, die Koalitionsparteien zu stützen. Die "sozialliberale" hat über die "grüne" Wahlillusion gesiegt.

Was für Konsequenzen lassen sich aus dem Ausgang der Hessen-Wahl ziehen? Erst einmal und vor allem die, daß die sozialdemokratische Variante politischer Massenintegration noch ganz gut greift. Die Politik des dosierten Reformabbaus und der selektiven Repression (siehe Radikalenerlaß-Diskussion) hat jedenfalls den Erfolg, als das "kleinere Übel" immer noch hingenommen zu werden. Daß sich die wirtschaftliche Lage insgesamt und gerade auch in Hessen in den letzten Monaten wieder etwas gebessert hat, war dafür eine wesentliche Grundlage. Dies bedeutet andersherum, daß die ökonomische Entwicklung für die Struktur der Herrschaftsverhältnisse in der BRD ein wichtiger Bestim-

dpa

Gift-Grün

CSU enthüllt Umwelt-Skandal. Wie erst jetzt bekannt wird, hat ein Lokführer, DKP-Mitglied, aus Verzweiflung über die hohe Wahlniederlage seiner Partei einen Intercity an die DDR-Grenze gejagt. Gleichzeitig störte der als progressiv bekannte Eisenbahner nachhaltig den Platzpatronennachschub der friedliebenden NATO-Truppen im Herbstmanöver. Auf dem Staatsgebiet der DDR erlebte der Verzweifelte eine weitere Enttäuschung im Lande seiner Wahl. Die friedliebenden, aber sehr nervösen Grenzsicherungsorgane werteten seine rasende Fahrt als spektakuläre Aktion im Stil westdeutscher Umweltschutz-Bürgerinitiativen: denn durch die Aufregungen der letzten Zeit hatte sich des kühnen Mannes Blick sehr getrübt, und der Trip endete in einem Naturschutzgebiet, die Lokomotive in der Werra. Deren hoher Salzgehalt (von Einschleusungsspezialisten der DDR eingeleitet) zerfraß sofort die hochwertige Maschine, die jetzt nicht mehr umweltschützender unter VEB-Kontrolle zum Urantransport in der DDR eingesetzt werden kann. Der Unglückliche wurde erst nach langen Verhören über die Ursachen des Wahldebakels und bohrenden Strategiefragen (in einem Diskussionspapier, mit dem er – ohne weiter nachzudenken – seinen Imbiß eingewickelt hatte, kam das Wort "Eurokommunismus" vor!) in die Fänge der Springer-Presse entlassen. "Die Welt" titelte: "DKP-Mann von Bahr zu Geheimkontakten in die Zone geschleust?"

Noch am Wahlabend trafen Kandidaten der GLH auf einer umweltschonenden Draisine (nach von Drais, dem Erfinder dieses Vorläufers des Fahrrads, im Eisenbahnwesen auch hand- oder fußgetriebenes vierrädriges Gefährt zur Streckenbesichtigung) vor dem Wiesbadener Schloß ein und nahmen zu allen Fragen Stellung, gemäß ihrem Wahlprogramm. Sie klagten die etablierten Parteien an, die grünfeindliche fallende Tendenz der Profitrate im Westen, die Demokratenverfolgung und den repressiven Produktivismus im Osten. Abschließend meinten sie zum Fall des Eisenbahners, das sei kein Wunder. Damit wollten sie bekräftigen, daß sie in der schönsten Tradition der Aufklärung herumturnen.

Die Vertreter der wieder etablierten Parteien, SPD und FDP, eben noch ganz grün im Gesicht, wobei die FDP eindeutig vor Schreck grüner gewesen war, hatten gerade in letzten Sonntagsreden noch einmal bestätigt, daß da, wo sie hingetreten hätten, sie bestimmt Gras drüber wachsen lassen würden. Man dankte gerührt den Wählern und der Reform- und Friedenspolitik von Helmut Schmidt, weil nur die CDU/CSU die für umweltverschmutzend hält – die anderen kriegen die eh nicht so mit.

Kurz vor der Wahl hatte es noch einen dramatischen Zwischenfall gegeben: ein rasender Reporter hatte den mittleren Teil eines der vielen Protokolle einer SB-Gruppe Frankfurt-Süd erwischt und veröffentlicht. Hauptthese: das SB war immer schon umweltschonend, basisbezogen gewesen und habe im Prinzip nichts gegen einen Sozialismus mit menschlichen und ökologischen Zügen (Protest der Eisenbahnergewerkschaft wegen Arbeitsplatzgefährdung!); einerseits sei man sofort, umstandslos nicht für grün, aber langfristig nicht dagegen. Das erklärende Dementi bestärkt und verwirrt die Grünen und Roten, man müsse in dieser Richtung weiter tägliche Kleinarbeit leisten. Laut hämischen Gerüchten soll ein SB-Sekretär ob der Entscheidungslast auf der Schwelle des Wahllokals weinend zusammengesunken sein, allerdings nach einem milden Verweis des Wahlleiters, nunmehr seinen Staatsbürgerpflichten und -rechten nachzukommen, zum eiligen Versand umfangreicher Diskussionspapiere zu Chancen und Gefahren des grünen Parlamentarismus geschritten sein. Die trafen jedoch erst zum Teil nach der Wahl bei den Interessenten ein, worauf wie immer bei Wahlen wegen hoher Portokosten eine ernste Neuorganisations- und Finanzdebatte dem Höhepunkt zustrebte.

Auf dem Höhepunkt der Wahlnacht, im Licht energieverschwendender Lampen, halten indessen GAZ-Vertreter anklagend einen sterbenden Baum hoch – direkt vor das strahlende rosa Gesicht von Landesvater Holger, der den guten Grund nicht sogleich erfaßt: der Baum konnte nicht einmal mehr die federleichten Wahlplakate der Grünen aushalten! Börner verspricht in Siegerlaune große Baumimporte aus Südtirol (was sogleich zu Protesten des italienischen Botschafters führt, der eine sozialdemokratische Einmischung in inneritalienische Grünfragen wittert).

So beginnt der graue, anstrengende Alltag von umweltzerstörerischem Wirtschaftswachstum und Anhörungsverfahren wieder. Nur Rudi Arndt, der immer schon recht schwarzen Humor zeigte, wenn es nichts zu lachen gab, machte einen der jetzt üblich gewordenen Hessen-Witze ("Hessen vorn"): "Wir müssen noch weiter zurückgehen!" Böswillige interpretieren das als "Vergehen", andere nur als "Versprecher". Zur Selbsterforschung trug der Landesvater in derselben Fernsehwahlsendung bei: "Wir haben Fehler eingestanden, wir haben einen neuen Anfang gemacht." Unterdes bemühen sich Helfer, einen schweren süßlichen Osswald-Geruch aus dem Raum zu fächeln, der Landesvater wirft einen strengen Blick auf einen vorwitzigen Wahlkämpfer, der anbot, einen Mainfisch öffentlich zu verspeisen.

In der Aufregung lacht niemand über einen hessischen Minister, der einen weiteren Versprecher beisteuert: "Wir haben die Schlappe ausgewetzt!" Wie gesagt, der Alltag. Über die Pläne von Block C gebeugt, hat der Betriebsleiter vom KKW Biblis tief aufgeatmet nach Kenntnis des Wahlergebnisses – und fiel um, weil seine Mannen aus Übermut und Sparsamkeit schon wieder Atom-Dampf abgelassen hatten.

Die GAZ kriegt daraufhin drei Naturschutzgebiete zugewiesen und übernimmt ab sofort die Blumenpflege in der gesamten Regierungskanzlei. Prof. Grzimek erreicht diese Bescherung im Gespräch mit Dregger, der ihm detailliert über die Verbesserung der Weihwasserqualität in Fulda berichtet.

Wegen Ausfalls der Ballett-Truppe wird der Terror-Spezialist Franz Wördemann zur Verkündung eines feierlichen Kommentars an den Fernsehschirm gedrängt: "Die Parteipolitik ist gnadenlos geworden".

Während Wahlkämpfer der GLH gedämpft das "Lied über Wahlstimmen" intonieren: "Wo sind sie geblieben ...", beteuert ein GLH-Kandidat vor den Fernsehkameras (das wurde wochenlang geprobt, weil in der GLH mancher immer noch nicht von der Effektlosigkeit überzeugt war), die GAZ sei der GLH nur deswegen nicht grün, weil die GLH eben ein radikal anderes Demokratieverständnis habe (BASIS!). Über die Verständnisfragen hinweg aber schimpfte der GLH-Kandidat, in Hessen sei das Umweltbewußtsein unterentwickelt. Das zeige das Wahlergebnis. Solche Schweine, die Wähler, erst alles dreckig machen und nicht mal die grünen Ausputzer erwählen! Dabei hätten die doch womöglich umsonst im Landtag gearbeitet. Aber das kann sich ja alles noch ändern.

Ein schwitzender Reporter, der in einer großen Apfelweinpfütze stand, bietet rasch noch eine alle tröstende Erklärung an: "Wie kommt so ein Wahlergebnis zustande? Ganz einfach, durch den Wähler!"

Zahlreiche Teilnehmer der heißen Wahlnacht verfallen in das kämpferische Streitlied: "Ich bin dir grün und du mich auch".

DAVID H. WITTENBERG

mungsfaktor bleibt – nicht nur von den Strategien der dominierenden Kapitalgruppen her, sondern auch bezüglich der "Loyalitätsbasis" der sozialliberalen Regierung.
Hinsichtlich der Struktur des etablierten Parteienkartells könnte die Hessen-Wahl allerdings den entscheidenden Anstoß zu erheblichen Veränderungen bedeuten: Daß die CDU die absolute Mehrheit erneut verfehlt hat, gibt den Befürwortern einer "Vierten Partei" erheblichen Auftrieb. In der Hessen-Wahl hat sich – zieht man den Vergleich mit den vorangegangenen Landtagswahlen – gezeigt, daß die FDP von ihrer Wählerbasis her eine Koalition mit der CDU kaum riskieren kann, und es wurde auch deutlich, daß es der CDU schwerfällt, sich gleichzeitig nach rechts zu profilieren und in der "Mitte" die benötigten zusätzlichen Wählerstimmen abzusahnen.
Der "staatsmännisch"-zurückhaltend auftretende "Django" Dregger war der personifizierte Ausdruck dieses Dilemmas. Die Gründung einer "Vierten Partei", angesiedelt im Bereich von CSU und rechter CDU, steht daher wieder auf der Tagesordnung. Sie wäre der Ansatz zu einer Neuformierung des etablierten Parteienkartells, aus der dann einmal eine regierungsfähige "Mitte-Rechts"-Koalition hervorgehen könnte. Einiges deutet darauf hin, daß angesichts der relativen Bestandsfähigkeit des sozialdemokratischen Massenintegrationsmodus eine derartige Neugruppierung die Voraussetzung einer verstärkten autoritären Kapitalsanierungs- und Krisenpolitik in der BRD ist – sollte diese erforderlich werden.
Von vorneherein war klar, daß das Abschneiden der "Grünen" weder so noch so ein Indiz für die Stärke und die Perspektiven der Ökologiebewegung sein konnte. Deshalb hat das Prozentezählen und -vergleichen hier auch nicht viel Sinn. Vielleicht läßt sich aber jetzt, nachdem der Wahlrummel vorbei ist, die Gelegenheit nutzen, innerhalb der Linken etwas weniger hektisch über das Verhältnis zur Ökologiebewegung, über Terrain und Form politischer Arbeit und über das Verhältnis zu den Institutionen des bürgerlichen Staates zu diskutieren.
Wenn das Wahlspektakel eines gezeigt hat, dann dies, daß gerade hier sehr viel auf- und nachzuholen ist, auf allen Seiten. Eines sollte schließlich als Ergebnis der Hessen-Wahl festgehalten werden: zwar beruht der Mobilisierungserfolg der SPD angesichts ihrer tatsächlichen Politik (auch in der Berufsverbotsfrage) und der in vielen Bereichen faktisch vorhandenen Allparteienregierung in Bonn möglicherweise immer noch auf Illusionen in bezug auf den Charakter dieser Partei. Aber dahinter steht auch die Einsicht in eine reale Differenz: Die Stimmen für die SPD sind auch Ausdruck dessen, daß relevante Teile der westdeutschen Bevölkerung den Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen nicht aufgegeben haben, den Marsch in den autoritären Staat nicht einfach mitmachen wollen und von der ideologischen "Tendenzwende"-Offensive der Herrschenden nicht ohne weiteres zu überrumpeln sind. Für die Perspektiven politischer Arbeit von Sozialisten ist dies sicherlich nicht unwichtig.

JOACHIM HIRSCH

Mobilisierung der Reservearmee

Fast unbemerkt und beiläufig hat die Bundesanstalt für Arbeit mit einem "Runderlaß Nr. 230" einen Schlag gegen das soziale Sicherungssystem der BRD gelandet. Durch Neuregelung der sogenannten Zumutbarkeitsgrenzen können Arbeiter und Angestellte nun bereits nach relativ kurzer Arbeitslosigkeit (ein halbes bis ein Jahr) zur Aufnahme einer minderqualifizierten Arbeit und zum Wechsel des Wohnortes gezwungen werden. Familienverhältnisse, soziale und wirtschaftliche Bindungen spielen dabei praktisch keine Rolle mehr. Der Sinn der Maßnahme besteht darin, dem Widerstand gegen Dequalifizierung und erzwungene Mobilität seinen materiellen Rückhalt zu entziehen, die durch das Sozialversicherungssystem ermöglichte "Inflexibilität" des Arbeitsmarkts zugunsten des Kapitals aufzulösen.
Das Entscheidende an dieser Strategie ist wohl nicht einmal darin zu sehen, daß diese Mobilisierung der Reservearmee den Druck auf die Löhne insgesamt vergrößert. Wichtiger ist, daß dem Kapital eine Schranke weggeräumt wird, die dem sich immer mehr beschleunigenden Produktionsprozeß (Rationalisierung, regionale Zusammenballung mit all ihren negativen Folgen für die gesamten Arbeits- und Lebensverhältnisse) entgegengestanden hat. Angesichts der enormen Weltmarktverflechtung der westdeutschen Wirtschaft und tendenziell sinkender Profitraten ist ökonomisches Wachstum – was heißt: Profitsicherung – nur noch um den Preis derartiger Umstrukturierungsprozesse möglich. Um sie durchsetzen zu können, müssen an strategisch wichtigen Punkten errungene Positionen der Arbeiterklasse zerschlagen werden. Dies ist die "objektive" Logik der Klassenauseinandersetzungen seit Beginn der siebziger Jahre. Der "Runderlaß" der Bundesanstalt markiert dabei einen weiteren wichtigen Schritt. Diese Strategie wird von der Bundesregierung gestützt und von den Gewerkschaften hingenommen. Ohne ihre Zustimmung im Verwaltungsrat der Bundesanstalt wäre der Beschluß nicht durchgekommen. Dahinter verbirgt sich das Kalkül, den Restrukturierungsprozeß des Kapitals mit all seinen Zerstörungswirkungen im Austausch gegen beschränkte lohnpolitische Konzessionen zugunsten der beschäftigten Arbeiter zu fördern, zumindest nicht zu behindern. Die wirtschaftlichen und sozialen "Folgelasten" dieser Kapitalsanierungspolitik werden auf organisationsschwache und politisch ausgrenzbare Gruppen und Bereiche (Arbeitslose, Frauen, Jugendliche, den gesamten "Umwelt"- und Reproduktionsbereich) abgewälzt und individualisiert. Der Preis einer derartigen Wachstumspolitik ist allerdings die fortwährende Anhäufung sozialer Krisenerscheinungen und Unzuträglichkeiten, die materiell zu kompensieren oder repressiv zu befrieden immer schwieriger wird. Was Bundesregierung und Gewerkschaften nicht begriffen haben oder begreifen wollen: daß dies keine vorübergehende Konjunkturschwäche ist, aus der man durch befristete Konzessionen an die Unternehmer wieder in schöne Prosperitäts-Zeiten gelangen kann, sondern eine strukturelle Krise der Kapitalverwertung im Weltmaßstab, die die Unternehmer zu einem massiven Angriff auf die Arbeiterklasse, sozusagen zum Versuch einer strategischen Veränderung der Kräfteverhältnisse zwingt. Die ersten Reaktionen auf den Runderlaß haben sich an das altbekannte Muster symbolischer Konfliktverarbeitung gehalten. Die Gewerkschaften, deren Vertreter im Verwaltungsrat dem Erlaß zugestimmt haben, protestieren lautstark und beschuldigen die Regierung, nichts dagegen getan zu haben. Arbeitsminister Ehrenberg erklärt sich in rotziger Scheinheiligkeit für unzuständig und kündigt eine Gesetzesinitiative an – Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleinstag also.Insgesamt die üblichen Verschleierungsmanöver, die den aktuell und potentiell Betroffenen weismachen sollen, ihre Interessenvertretungsorganisationen funktionierten noch. Erstaunlich ist nur die Unverfrorenheit, mit der dieses Spiel gehandhabt wird.
Freilich: Die Maßnahme der Bundesanstalt wird dazu beitragen, die sozialen Probleme in den Ballungsgebieten ebenso wie in den "strukturschwachen" Regionen weiter zu eskalieren. Deshalb ist Widerstand auch von Seiten der dadurch Betroffenen (z.B. Kommunen) zu erwarten.
Die Gewerkschaften aber werden in Betracht ziehen müssen, daß sich dieser neueste Schritt auf dem Wege des Sozialstaatsabbaus nun auch gegen die Kerngruppe der Facharbeiter und damit gegen ihre wichtigste Basis zu richten beginnt. Die etwas erschreckten Reaktionen auf einen Beschluß, den man zuvor noch selber akzeptiert hat, deuten darauf hin, daß ihnen dieser Zusammenhang aufzudämmern beginnt. Angesichts der dahinterstehenden Brisanz des gesellschaftlichen Konflikts wird es jedenfalls immer fraglicher, ob es ihnen gelingen wird, auch weiterhin den Klassenkampf auf die Plüschsessel von Verwaltungsräten zu beschränken.

JOACHIM HIRSCH

edition suhrkamp

Henri Lefebvre,
Einführung in die Modernität.
es 831, DM 11,–

Der bürgerliche Rechtsstaat.
Herausgegeben von Mehdi Tohidipur,
es 901, Doppelband,
ca. DM 20,–

Samuel Bowles, Herbert Gintis,
Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie.
Das Beispiel USA,
es 917, DM 15,–

Perry Anderson,
Von der Antike zum Feudalismus.
Spuren der Übergangsgesellschaften,
es 922, DM 10,–

Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik 1 und 2.
Mit Dokumenten.
Herausgegeben von Wolfgang Luthardt,
es 923/es 934,
je Band DM 15,–

Hartwig Berger, Manfred Heßler, Barbara Kavemann,
›Brot für heute, Hunger für morgen‹.
Landarbeiter in Südspanien.
Ein Sozialbericht,
es 936, ca. DM 14,–

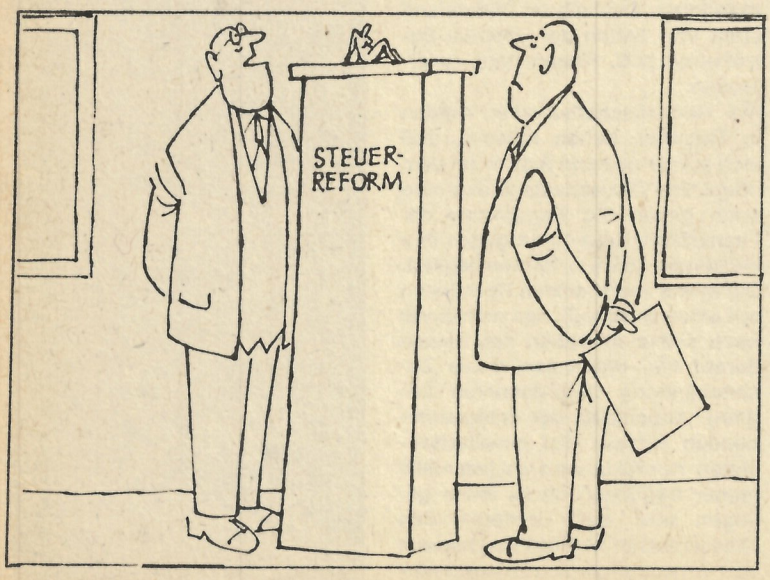
Albert Soboul,
Französische Revolution und Volksbewegung: die Sansculotten.
Herausgegeben von Walter Markov,
es 960, DM 14,–

Starnberger Studien 2.
Sozialpolitik als soziale Kontrolle.
Mit Beiträgen von Tim Guldimann, Marianne Rodenstein, Ulrich Rödel, Frank Stille,
es 963, DM 10,–

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag,
Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Das Steuerpaket

Was seit 1966 als großangelegte Reform in den Hirnen der jeweiligen Finanzminister heranreift, fällt 1978 als Paket von Matthöfers Herzen:
Konsument und Produzent, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, FDP und SPD und Kinder, Judos und Jusos, Väter und Mütter und Kinder, Singles und Verheiratete, Jimmy Carter und EG, Behinderte ...
sollen beschert werden. Auf die Geste kommt es an. Daß die Liste wie die Aufzählung Trauernder in einer Todesanzeige aussieht, soll nicht suggerieren, daß die kleine Reform ein totgeborenes Kind sei. In der Fachsprache hört sich gleich alles ernster und zukunftgerichteter an. Mit dem in erster Lesung debattierten Steuerpaket verfolgt die Bundesregierung gleichzeitig mehrere wirtschaftspolitische Ziele:
Auf "verteilungspolitischer" Ebene soll mehr Steuergerechtigkeit hergestellt werden durch: 1. die Beseitigung des Tarifsprungs von 22% (bis zu 16.020 DM Jahreseinkommen für Alleinstehende, bis 32.040 DM für Verheiratete) auf 30,8% (48.000 bzw. 96.000 DM zu versteuerndes Jahreseinkommen); 2. die Erhöhung des Grundfreibetrages von bisher 3.300/6.600 auf 3.690/7.380 DM; 3. die Erhöhung des Kindergeldes für das dritte und jedes weitere Kind von 150 auf 195 DM (und ab. 1. Januar 1980 von 80 auf 100 DM für das zweite Kind); 4. Die Finanzierung des Mutterschaftsurlaubes aus der Staatskasse; 5. Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Behinderte; 6. Die Einbeziehung der Teilnehmer des Grundbildungsjahres im 10. Schuljahr in die Ausbildungsförderung; 7. Erhöhung des Höchstbetrages der Vorwegpauschale für Versorgungsaufwendungen (Versicherung, Bausparverträge) von 1.500/2.500 auf 3.000/5.000 DM; 8. Geschiedene dürfen bis zu DM 750 monatlich für Unterhaltsleistungen abschreiben.
Auf "konjunkturpolitischer" Ebene soll die Freisetzung dieser Beträge über den erhöhten Verbrauch ankurbelnd wirken. Die Investitionsneigung soll durch Wegfall der Lohnsummensteuer angeregt werden. Die Lohnsummensteuer ist eine von den Gemeinden erhobene Gewerbesteuer. Für die Erhebung dieser Gewerbesteuer bieten sich logischerweise zwei Bemessungsgrundlagen an: das Gewerbekapital und der Ertrag. Weil aber der Ertrag eine schwankende und manipulierbare, das Gewerbekapital eine nach Steuergesichtspunkten durchaus ebenfalls manipulierbare Größe ist, wurde in den meisten Ländern (nicht in Bayern) die Lohnsumme als weitere Bemessungsgrundlage eingeführt, um den Gemeinden verstetigte Steuereinnahmen zu sichern.
Der "ordnungspolitischen" Zielsetzung ("weniger Staat") wird durch die Steuermindereinnahmen von 12,3 Milliarden DM Rechnung getragen, wenngleich sich der Staat durch erhöhte Kreditaufnahme teilweise schadlos hält.
Schließlich soll außenwirtschaftspolitisch der weitere, den Welthandel zerrüttende Sturz des US-Dollars durch eine leichte Inflationierung der DM gebremst werden und gleichzeitig eine Anpassung an die Steuersysteme der anderen EG-Länder erfolgen, die weitaus mehr Steuern indirekt (Mehrwertsteuer, Verbrauchersteuern) als direkt (Lohn- und Einkommensteuer) einnehmen.
Grelle Schlaglichter wurden in der Diskussion um "mehr Steuergerechtigkeit" auf den Tarifsprung an der 16.020/32.040 DM-Grenze geworfen. Im tiefen Schatten blieb, daß an der 48.000/96.000 DM-Grenze (zur dritten Einkommensgruppe) ein solcher Tarifsprung nie existiert hat und der Tarif beim Überschreiten dieser Grenze sogar eine Weile regressiv (abnehmender Grenzsteuersatz) ist.
Die größte Ungerechtigkeit des Steuersystems allerdings liegt einmal in den teilweise nach Art, Umfang und Ausschöpfbarkeit einkommenshöhebestimmten steuerabzugsfähigen Beträgen (z.B. nach § 7b – Erhöhte Absetzung für Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen), zum anderen in seiner hohe Informationskosten bedingenden optimalen Ausnutzung, ein Privileg, das selbst als Steuerberaterkosten abzugsfähig ist.
Mit dem Niedergang von grundlegenden Steuerreformvorhaben Anfang der 70er Jahre zum Steuerpaket 1978, von großflächiger Durchforstung des Steuerwaldes bis zum weihnachtlichen Tannenbäumchenpflücken wird in den Medien auch der Ansatz der Diskussion über das Steuersystem vom sozialen Konzept zum statistischen Rezept verlagert.
Wurde 1971 im Spiegel etwa noch auf den § 48 des EStG hingewiesen, der die direkte Besteuerung des Verbrauchs über eine bestimmte Höhe hinaus ermöglicht und bisher nur in einem einzigen konkreten Fall zur Anwendung kam, war noch der Vorschlag kostenloser Steuerberatung zur Beseitigung der Informationslücke zwischen Beziehern niedriger und hoher Einkommen seminarfähig, so wird 1978 Steuergerechtigkeit nur noch von Rationalisierung bürokratischer Arbeitsabläufe und von ohnehin an der politischen Vor-Bedingtheit scheiternden statistischen Operationen wie Deflationierung (Anpassung an das Preisniveau) erhofft. ROBERT DETOBEL



„Soll man gar nicht sagen, daß darin nun über 20 Jahre Arbeit stecken!"

Verteidigung im Notstandsstaat

Am 22.8.1978 wurden in Köln, Berlin, Essen und Frankfurt die Büros von Rechtsanwälten durchsucht. Der Frankfurter Anwalt Heinz Funke wurde festgenommen und am nächsten Tage dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof vorgeführt. Für die breite Öffentlichkeit und die bürgerliche Presse war dies ein Indiz mehr für das konspirative Zusammenwirken zwischen Terroristen und ihren Verteidigern. Man hat es ja schon immer gewußt, daß die Rechtsanwälte der deutschen "Terroristenszene" nicht nur, wie man von vielen Intellektuellen weiß oder zu wissen glaubt, Sympathisanten, sondern Aktive der Terroristenszene sind, Mittelsmänner zwischen den Terroristen im Knast und den Terroristen in der Freiheit, ja sogar die eigentlichen Schreibtischtäter und Drahtzieher. Folglich ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn ein stimmungs"bild"endes Organ der deutschen Pressefreiheit empört nach der Freilassung Heinz Funkes durch den Haftrichter schlagzeilt: "Terroristenanwalt wieder freigelassen". Anwalt von Terroristen und terroristischer Anwalt – für diese Sorte Presse war dies schon immer eins.
Zu billig aber wäre es, sich nur über den primitiven, wenn auch wirksamen Terrorismus der rechtsbürgerlichen Boulevard-Journaille zu mokieren. Viel zu tief ist man selbst schon in Zweifel gestürzt, was die Anwälte der Terroristen wirklich wollen, was sie wirklich tun. Auch für einen Linken ergibt sich das Problem, daß er nicht mehr so recht weiß, was er eigentlich glauben soll zwischen dem auf eine ganze Generation gezielten Terrorismusverdacht einerseits und der Aufspürung allgegenwärtiger geheimer staatspolizeilicher Methoden auf der anderen Seite. Die Einseitigkeit der Stellungnahmen der Repräsentanten und Schützer des Staates, von den Verlautbarungen der Regierung über die Pressekonferenzen der Bundesanwaltschaft bis zu den Beschlüssen und Urteilen der einschlägigen mit dem Phänomen des Terrorismus beschäftigten Gerichte, die stereotype, nur noch an den herausragenden Ereignissen und Sensationen dieser Prozesse interessierte Prozeßberichterstattung der Presse, politisch gefiltert durch das Weglassen und die Unterschlagung der Stellungnahmen der Angeklagten und ihrer Verteidiger, verfehlen auch auf "unabhängige" Linke nicht ihre Wirkung. Sicherlich: In den einhelligen und ungeteilten Jubel über den neuesten "Erfolg" der bundesdeutschen Terrorismusfahndung, bei dem Willy Peter Stoll zur Strecke gebracht wurde, vermag man nicht einzustimmen. Liberal eingefärbt, noch in der linken Unterwäsche, vermag man nicht einzusehen, daß der Erfolg einer Fahndung nicht mehr darin liegen soll, den einer Straftat Verdächtigten einem ordentlichen rechtsstaatlichen Verfahren zuzuführen, in dem über Schuld oder Unschuld "Im Namen des Volkes" zu befinden ist, sondern in der Erschießung des nach rechtsstaatlichen Grundsätzen bis zum Beweis seiner Schuld in einem ordentlichen Gerichtsverfahren Unschuldigen. Andererseits: Angesichts der unmenschlichen Sprüche der selbsternannten Avantgarde des revolutionären antiimperialistischen Kampfes von der "Hinrichtung" ihrer Gegner, den Repräsentanten von Staat und Wirtschaft samt ihrem wachhabenden Personal, – taucht da nicht in der Verdinglichung von konkreten Menschen in abstrakte Symbole eines politischen Systems eine Dehumanisierung auf, die mit den eigenen Vorstellungen eines humanen, d.h. den konkreten Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen und Handlungen stellenden Sozialismus nicht das geringste zu tun hat?
Und so wählt man zwischen der Charybdis der gewaltsamen Kriegserklärung an "das" System und der Scylla der nicht minder gewaltsamen Verteidigung "des" Systems vorsichtig die vermeintliche Fahrtrinne des betretenen Schweigens, das sich nur manchmal zu empörtem Aufschrei verdichtet, wenn

es einmal – s. Fall Traube – den Falschen erwischt. Ein Beispiel dieser Verhaltensweise ist der Beschluß der Jury des 3. Internationalen Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der BRD bezüglich der Ausklammerung der Haftbedingungen von politisch motivierten Häftlingen. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht hier nicht um die – m.E. richtige und berechtigte – Kritik des elitären und unmenschlichen Denkens und Handelns der sogenannten Stadtguerilla, wie sie z.B. in der Broschüre "Sozialismus und Terrorismus" zusammengetragen worden ist. Worum es vielmehr geht, ist, daß die Linke allzu häufig die Augen vor der Wirklichkeit des Rechtsalltags der politisch motivierten Häftlinge verschließt. Es gilt, die engagierte Kritik der (un)politischen Konzeption der Stadtguerilla mit einer ebenso engagierten Verteidigung ihrer (Über-)(Lebens-)Rechte zu verbinden, da die Abschaffung des Rechtsstaates und die Proklamation des (überstaatlichen) Notstandsstaates wie ein bösartiger Krebs das gesamte gesellschaftliche Klima erfassen. Die Reduzierung der Verdachtsschwelle bleibt eben nicht auf die Terroristenprozesse beschränkt.

Was aber Reduzierung der Verdachtsschwelle heißt, läßt sich an der Aktion vom 22.8.1978 exemplarisch aufarbeiten (jenseits aller nicht von der Hand zu weisenden Verdachtsmomente eines Zusammenhanges zwischen der Aktion gegen die Anwaltsbüros und dem Bekanntwerden der "Fahndungspanne" des Bundeskriminalamtes). Ausgangspunkt der Aktivitäten der Staatsschutzorgane war ein (nach den Analysen des BKA) von Karl-Heinz Dellwo geschriebenes und mit anderen Mitgliedern der zur damaligen Zeit in Köln-Ossendorf einsitzenden Stockholm-Gruppe diskutiertes Papier zur Strategie der Rote Armee Fraktion (RAF). Dieses Papier, von dem eine Kopie bei dem am 11.5.1978 in Paris festgenommenen Stefan Wisniewski gefunden wurde, ist nach Ansicht der Staatsschutzbehörden zwischen Ende März und Anfang April entstanden und bis Mitte April nach draußen gebracht worden. Als Übermittler kommen aber für die Staatsschutzbehörden in altbekannter Manier nur die Anwälte in Frage; dies trotz aller Ungereimtheiten um die den Stammheimer Häftlingen mit der Post ausgehändigten Stricke, um eine Croissant diskret in die Zelle übermittelte Rasierklinge, um eine trotz Kontrollen im Sicherheitsbereich des Gefängnisses Fuhlsbüttel nicht entdeckte Panzergranate und trotz der inzwischen gerichtsnotorischen Tatsache, daß man in deutschen Knästen von Heroin bis zu Pistolen eigentlich alles haben kann. Minutiös werden die Besuche der Anwälte registriert und in den Durchsuchungsbeschlüssen als Belastungsmaterial aufgezählt; da wird jeder einzelne Brief von hier nach dort oder dort nach hier nach dem uralten Prinzip preußischer Aktenführung penibel vermerkt; da wird von der Erteilung einer Vollmacht "zum Zwecke des unkontrollierten Postverkehrs" zwischen Anwalt und Mandanten fabuliert, wobei die Rolle des Anwalts die der "Sammelstelle" mit "Orientierungsfunktion", der Informationsquelle und des Mittlers ist; da wird nach dem Buchstaben des Gesetzes nicht kontrollierbare Verteidigerpost in den Beschlüssen nur noch in Anführungszeichen geschrieben ("Verteidigerpost"), da wird schließlich ohne jede gesetzliche Grundlage Verteidigerpost ohne Kenntnis der Betroffenen geöffnet und in Fotokopie beschlagnahmt, und die Telefone werden über Monate abgehört.

Woraus ergeben sich nun die konkreten Verdachtsmomente, die zu dem Schluß führen, daß die Verteidiger sich an der Bildung einer terroristischen Vereinigung beteiligt haben (zum ersten Mal in der Geschichte der BRD wird gegen sämtliche Wahlverteidiger sämtlicher in Ossendorf einsitzenden Mitglieder der Stockholm-Gruppe ein solcher Verdacht erhoben und aufgrund dieses Verdachts eine Durchsuchung von Privatwohnungen und Büros vorgenommen)? Der Verdacht ergibt sich – so kann man es in dem Durchsuchungsbeschluß des Ermittlungsrichters beim BGH nachlesen – aus der Art und dem Umfang der Verteidigerpost, aus der Entwicklung des Postverkehrs seit Erteilung einer Vollmacht "zum Zwecke des unkontrollierten Postverkehrs".

Ist angesichts dieser an Konkretion wahrlich nicht mehr zu übertreffenden Verdachtsmomente der Schluß wirklich noch abseitig, daß in der Bundesrepublik inzwischen eine engagierte Verteidigung als strafbares Delikt angesehen wird? Ist die Frage wirklich noch absurd, wie das Originalpapier von Dellwo in die Praxis von Heinz Funke gelangen und dort erst bei einer wiederholten Durchsuchung gefunden werden konnte, ohne daß Funke (selbst für den Ermittlungsrichter des BGH nicht widerlegbar) Kenntnis von der Existenz dieses Papiers in seiner Praxis hatte?

RÜDIGER PUSCH

Dahinter steckt immer kein kluger Kopf

Es gibt eine Spezies Mensch, die heißt "Staatsbürger". Die Steigerungsform des Staatsbürgers ist der Staatsdiener. Der Tendenz nach wird aus jedem guten Staatsbürger ein beflissener Staatsdiener. Nein, hier soll keineswegs wieder einmal der Stab über den Beamten gebrochen werden. Von denen wissen wir wohl am besten, wie schwer sie es im Staatsdienst haben und um wieviel schwieriger es ist, überhaupt erst mal einer

zu werden. Hier geht es ausnahmslos um die nicht im Staatssolde stehenden Staatsdiener, sprich um die Leute, die sich ohne staatliches Entgelt, Be- und Vorzüge ihren Kopf für den Staat zerbrechen. Dazu gehören hierzulande vornehmlich die Journalisten. Das Paradepferd unter allen Ämtern, in denen sie tätig sind, ist die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die sich mit Eifer immer dann hervortut, wenn der Staat mal in die Bredouille kommt. Die Creme der FAZ, die rechtens allesamt Oberregierungsräte sein müßten, zieht dann mit einigem Geschick sofort Verbesserungsvorschläge zur Extremistenabwehr aus ihrer Schublade, leistet Pannenhilfe bei Fahndungsschnitzern oder wartet mit einem Katalog von Empfehlungen auf, wie Gefahren für Leib und Leben des Staates abzuwehren seien. Doch nicht nur dies: eine angemessene Dienstleistung, der Gehorsam und die Treue, zu der Beamte verpflichtet sind, lassen dringend geboten erscheinen, sämtliche Unbotmäßigkeiten, Unregelmäßigkeiten und Fälle von Insubordination unverzüglich nach oben zu melden.

Wo diese freilich nicht offen zutage treten, müssen sie erst ausfindig gemacht werden. Zu einem solchen Zweck gab die FAZ unlängst bei einer Institution, deren Verfassungstreue zwar noch nie, deren Wahrheitsliebe aber in der Vergangenheit umsomehr angezweifelt werden durfte, eine Meinungsumfrage in Auftrag. Das Institut für Demoskopie Allensbach zeichnete auftragsgemäß eine Karte der Landschaft, wo das härteste, demokratieunfreundlichste Klima in diesem Lande herrscht, eine sogenannte "Meinungsklimakarte" der deutschen Universitäten.

Die Umfrage unter 500 Studenten an 33 Universitäten und technischen Hochschulen, mit einem Kommentar der Leiterin des Allensbacher Institutes, Frau Noelle-Neumann versehen, die ihrerseits durch einen Fall von Ämterpatronage mit tatkräftiger Unterstützung ihres Freundes Gerhard Löwenthal vor einigen Jahren die Professorenwürde erlangte, zeigt ein erschreckendes Bild: 61% halten den Kommunismus von der Idee her für gut, wenngleich sie keinen Gefallen an den bestehenden kommunistischen Gesellschaftsordnungen finden können. 6% halten den Kommunismus uneingeschränkt in Theorie und derzeitiger Praxis dem Kapitalismus für überlegen: macht zusammen 67%; 70 von Hundert gar würden keineswegs eine Regierungsbeteiligung von Kommunisten in anderen Ländern ablehnen. Gewalt gegen Personen billigen 8% der Befragten, Gewalt nicht gegen Personen, aber gegen Sachen halten 25% für legitim, oder anders formuliert: "ein Drittel der Studenten, die hier einen Verstoß gegen die Gesetze befürworten, wenn ihnen das jeweilige Anliegen dringlich genug erscheint." Nach dem jeweils selbstbekundeten politischen Standort der Befragten aufgeschlüsselt, billigen Gewalt gegen Personen oder Sachen lediglich 16% der rechtsgerichteten Studenten, 20% der Studenten in geistiger Mittellage, 41% der gemäßigt linken und 75% der linksaußen Stehenden. Von dieser letzten Gruppe verfaßt eigenen Angaben zufolge fast ein Viertel gelegentlich Gedichte (gegenüber bloß 14% der Rechten). Die Befürchtung, daß diejenigen, die Gedichte schreiben, viel eher dazu neigen, Steine zu schmeißen oder Terrorakte zu verüben, während sich die anderen "eher den schönen Künsten und der Musik widmen", sollte nicht leichtfertig von der Hand gewiesen werden.

Trotzdem kann nach Ansicht Frau Noelle-Neumanns nicht davon gesprochen werden, daß die Studenten in ihrer großen Mehrheit die Diktatur des Proletariats anstrebten – "so frontal ist die parlamentarische Demokratie nicht gefährdet", denn paradoxerweise wollen 78% der Befragten das System der parlamentarischen Demokratie überhaupt nicht abschaffen. Wie erklärt sich dieser für die Interpretatoren so beunruhigende Widerspruch? Sind die Studenten nun mehrheitlich böse oder nicht? Sie sind es nicht. Sie sind nur schwach, überempfindlich, wetterfühlig ... Dazu bedarf es eines Exkurses in die Meteorologie: "Es waren dann drei Beobachtungen in den Ergebnissen der Umfrage, die darauf hindeuteten, daß sich an den Universitäten ein starker Meinungsklimadruck entwickelt hat", in dem sich "die Überzeugungen nicht durch konsequente Überlegungen gebildet haben, sondern unter verschiedenen Einflüssen", deren Störungsausläufer eine "ungleiche Verteilung der politischen Energie im Rechts/Links-Spektrum" bewirken. Es entstehen Gebiete mit einem ausgeprägten Kleinklima, das sich wiederum zur jeweiligen Großwetterlage autonom verhält: "Im Meinungsklima der Universitäten der Bundesrepublik ist es schwer für einen Studenten, nicht zuzustimmen, daß der Kommunismus eine gute Sache, eine gute Idee sei", also "erscheinen die Universitäten als Enklaven, in denen die politischen Gegensätze, wie sie im Land erklärt worden sind, nicht gelten."

In einem abschließenden Kommentar zu dieser Untersuchung drückte denn einen der Herausgeber der FAZ, Fritz Ullrich Fack, schwere Sorge um die Ernte, die bei diesen klimatischen Verhältnissen noch einzubringen ist: "In diesem Klima kann demokratisches Potential schwerlich gedeihen, sondern wird eher verkümmern." Für ihn sind Zeitgenossen, die in eine Regierung gewählte Kommunisten bil-

ligend in Kauf nehmen, "Kommunismus-Enthusiasten ..., die vom Endziel der proletarischen Diktatur noch nie etwas gehört haben, oder die davor die Augen verschließen ...". Insgesamt hält er – in bereinigten Verhältniszahlen – etwa 44% der Studenten für ein "zuverlässig demokratisches Potential an den Hochschulen". "Der Rest steht links der Mitte auf Positionen, die sich im Selbstverständnis noch demokratisch ausnehmen mögen, die aber objektiv wegen ihrer Intoleranz und der aggressiven Fixierung auf einen orthodoxen Sozialismus oder Kommunismus weithin demokratiefeindliche Züge tragen."

Wenn die Universitäten also Enklaven bilden, in denen die Kommunisten und Undemokraten den Meinungsklimadruck erzeugen, ist dann die Bundesrepublik eine Enklave, in der die FAZ-Journalisten und ihresgleichen Meinungsklimadruck erzeugen? Ja und nein. Die Bundesrepublik ist eine Enklave im westeuropäischen Ausland, was den journalistischen Stil und den Gehalt der bürgerlichen Presse betrifft. Die hiesigen Journalisten beschränken sich ganz im alten Untertanengeist darauf, im Rudel zu heulen. Was dabei rauskommt, sind aber keine Meinungen, sondern bloß Dummheiten.

Enzensberger schrieb schon 1962 in dem Aufsatz "Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland": "Durch ihren Namen und in ihren Selbstanzeigen meldet diese 'Allgemeine Zeitung für Deutschland' den Anspruch an, unser Land zu repräsentieren. Zu fürchten bleibt, daß dieser Anspruch nicht ganz aus der Luft gegriffen ist; ihn aber hinzunehmen und anzuerkennen, dazu reicht unser Pessimismus nicht aus."

JOACHIM KLEIN

Nicaragua

Obwohl die Nationagarde Nicaraguas unter der Terror-Parole "Töten, bis der letzte Subversive zur Strecke gebracht ist!" (FR, 20.9.78), weiter massakriert, ist die Opposition gegen die Somoza-Diktatur nicht zum Schweigen gebracht worden. Ein großer Teil der Genossen von der Sandinistischen Befreiungsfront FLSN hat sich in die Berge oder nach Costa Rica zurückziehen müssen, um von dort aus den Kampf gegen eines der korruptesten Regime fortzuführen. Sie und das ganze Volk Nicaraguas bedürfen unserer Solidarität und Unterstützung. Es hängt auch von uns ab, ob es gelingt, ein Land von der seit über 45 Jahren herrschenden Willkür eines Diktators, seiner Familie und dem Imperialismus zu befreien. Helfen wir mit Informationen, Aufklärung und Geld!

Informationen und Materialien (Literatur, Broschüren, Flugblätter usw.) können bestellt werden bei: Büro Nicaragua, c/o Angelika Pappe, Ravensburger Str. 149, 5600 Wuppertal 1. Spenden auf das Konto 1014518500 der BfG Essen, BLZ 36010111.

"Linke Tageszeitungen"

Nun ist sie fast da, die ersehnte bzw. befürchtete Tageszeitung linken Zuschnitts. In diesen Wochen erschienen gleich zwei Zeitungen mit einer 0-Nummer.

Es hat bisher viele mehr oder minder gut begründete Einwände gegen ein solches Projekt gegeben. Da wurde eine abenteuerlich anmutende Finanzierung bemängelt oder befürchtet, daß das Zeitungsprojekt für viele Gruppen zunehmend zum Politikersatz würde; da wurde auf die einem solchen Projekt nicht gerade förderliche Macht bürgerlicher Nachrichtenproduktion hingewiesen, von der ein solches Projekt nicht unabhängig werden könne, und nicht zuletzt die Undurchlässigkeit des bestehenden Pressevertriebsnetzes gegen das Projekt ins Felde geführt.

Hinter all diesen Argumenten steht die Befürchtung, das Projekt würde vor dem eignen Desaster manch andere linke Zeitung unter bedrohlichen Konkurrenzdruck bringen und im schlimmsten Fall zur Verarmung linker Publizistik beitragen.

Die Schwäche derartiger Kritik, die praktischer Erfahrung entspringt und durchaus berechtigt ist, liegt in ihrem vorausschauenden Charakter. Sie wirkt auf die Herausgeber der Tageszeitung weitgehend wie sterile Besserwisserei. Das Tageszeitungsprojekt ist innerhalb kürzester Frist nach den Grünen Listen ein weiterer Versuch einiger Linker, in bestehende Öffentlichkeit vorzudringen. Ein weiteres Mal wirkt die Kritik an derartigen Versuchen, auch wo Voraussicht mit grundsätzlicherem Einwand kombiniert wird, eher hilflos. Allemal beschwört man abstrakt den Basisansatz, nicht ohne den Kritisierten honorige Absichten zuzubilligen. Daß derartige Kritk manchmal nur verballhornt, worauf es ihr angeblich ankommt, wird deutlich, wenn im Namen eines Basisansatzes gegen das Tageszeitungsprojekt die Unterstützung lokaler Zeitungen gefordert wird, als ob die Probleme, die sich für Linke im Umgang mit der hiesigen Öffentlichkeit stellen, dort so ganz anders wären. Basis ist, wo die kleinen Brötchen gebacken werden.

Im Grunde wird oft nur der Zeitplan bemängelt, Partei vielleicht, aber nicht jetzt, Tageszeitung, nun ja, aber warum heute? Hier ist grundsätzlicher Konsens zumindest in ferne Aussicht gestellt. Gemeinsame Sprachregelung scheint dies zu bestätigen. Auch Kritiker sprechen von einer "linken Tageszeitung". Ein derartig abstrakter Konsens behindert aber eine Diskussion, die nicht geschichtsblind auch jüngere Erfahrungen ausklammert.

In ihm kommt zum Ausdruck, daß es sich quasi um eine interne Diskussion handelt. Grüne Listen und Tageszeitungsprojekte signalisieren die Annäherung eines nicht unbeträchtlichen Teils der einstmals neuen Linken ans Politikverständnis der alten. Die Diskussion über die Tageszeitung wäre demnach eine, die über ihren Gegenstand weit hinausginge. Sie müßte sich der Frage annehmen, ob es politisch gerechtfertigt ist, wenn die Linke hier und heute ihre Abstinenz gegenüber Formen bestehender Öffentlichkeit aufgibt, sie müßte sich aber auch mit dem Problem befassen, ob das, was als substantiell neue Politik von ihr einst beschworen wurde, inzwischen genügend Realität gewonnen hat, um sie nachhaltig vor einem erneuten Rückfall in abstrakten, ahistorischen Traditionalismus zu immunisieren. Eine solche Diskussion ist ein kollektiver Prozeß.

In diesem Beitrag sollen gegen das Tageszeitungsprojekt lediglich einige Erfahrungen geltend gemacht werden. Über deren praktische Kontinuität mache ich mir allerdings keine Illusionen.

Die Begründung der Herausgeber der Tageszeitung für ihren Plan gleicht eher einer Zustandsbeschreibung, aus der sich zwingend das Projekt ergeben soll. So wird etwa auf die erschreckend einhellige hysterische Hofschreiberei in der deutschen Presse während der Schleyer-Entführung, zugleich auf zunehmende Zensur- und Berufsverbotspraxis in den Medien verwiesen.

Es geht in dem Projekt zum einen darum, dem forcierten Zerfall von Pressefreiheit entgegenzuwirken, dessen neue, bedrohliche Qualität zweifellos darin besteht, daß er sich nicht mehr allein naturwüchsig über Konzentrationsprozesse vollzieht, sondern von politischen und juristischen Eingriffen massiv gefördert wird. Der Abbau von Freiheitsrechten erfolgt damit zumindest mit stillschweigender Zustimmung derjenigen Institutionen, die im klassischen Demokratieverständnis wesentliche Kontrollfunktionen haben sollten.

Mit dem Anspruch, das Institut einer freien kontrollierenden Presse zumindest teilweise wiederherzustellen, reiht sich der Plan zur Tageszeitung in eine nun schon sehr lange Tradition der deutschen Linken ein, in der diese stellvertretend für eine obrigkeitsfixierte Bourgeoisie republikanische Freiheiten zu verteidigen suchte. Schon 1884 schrieb Engels im "Sozialdemokrat": "Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren: Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung – Rechte, die die Bourgeoisie im Interesse ihrer eigenen Herrschaft hätte erkämpfen müssen, die sie selbst aber in ihrer Angst den Arbeitern jetzt streitig machte...

Das deutsche Proletariat erschien so zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei. Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung begründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein, aber die einer Demokratie, die überall den spezifischen proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte ..."

Gegenüber der Situation von 1884 haben sich allerdings die Bedingungen für ein solches Unternehmen wesentlich kompliziert. Es gibt keine Arbeiterbewegung mehr, die den Abbau von Demokratie praktisch verhindern könnte. Spätestens seit der Erfahrung mit dem Faschismus hat sich die Immunität eines falschen Bewußtseins gegenüber bloßer Aufklärung nachhaltig erwiesen. Seinem Produktionsprozeß ist mit bloßer Argumentation nicht beizukommen. Noch zuletzt anläßlich des Russell-Tribunals konnte sich die Linke davon überzeugen, daß demokratische Argumentation bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf den Zustand des öffentlichen Bewußtseins in Gefahr zumindest schwebt, substantielle Abstriche in Kauf zu nehmen und damit falsches Bewußtsein teilweise noch zu bestärken.

Es genügt, in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die recht schwierige Diskussion um die Gewerkschaftsausschlüsse oder um die Frage der Haftbedingungen hinzuweisen. Obwohl selbst von aufklärerischem Gestus nicht frei, hat die Protestbewegung den Versuch unternommen, beim Produktionsprozeß falschen Bewußtseins selbst anzusetzen.

Über die durchaus nicht immer geläufige Binsenweisheit hinaus, daß Ideologieproduktion ihren Ausgang im Produktions- und Sozialisationsprozeß nimmt, wurde klar, daß sie ihre durchschlagende Gewalt nicht zuletzt aus den Formen von Öffentlichkeit bezieht, in der Erfahrungen organisiert werden. In der damaligen Parlamentarismusdebatte kam beispielsweise zum Ausdruck, daß das Parlament sich historisch zu einer Organisationsform ausgebildet hat, in der antagonistische Interessenkonflikte als bloße Verteilungskämpfe organisiert werden können.

An der hiesigen bürgerlichen Presse wurde erkannt, daß sie ihre ideologische Gewalt nicht so sehr aus raffinierter Manipulationstechnik bezieht, sondern u.a. daraus, daß sie ein zerrissenes Dasein, in dem Arbeit und Freizeit, Alltag und Politik gegeneinander organisiert sind, in Sparten als zusammenhanglos zurückspiegelt und zugleich durch Ausgrenzung wesentliche Lebenserfahrungen als bloß private bestätigt. Die kurzfristige Idee einer "linken Bildzeitung" verschwand sang- und klanglos aus der Debatte, weil andererseits klar war, daß dieser Zustand öffentlichen Bewußtseins durch eine Zeitung nicht zu überspringen war und die bloße Veränderung des In-

halts nur bestätigen würde, wogegen man angeht.

Es hängt wohl mit der politischen Tradition einiger der Gründer der "Neuen" zusammen, daß ihr diese Problematik zutiefst fremd zu sein scheint.

Wo demokratisches Bewußtsein, quasi als Vorstufe zu Klassenbewußtsein mechanisch als infolge objektiver Entwicklung als nur schlummerndes gedacht wird, da ist verständlich, daß man sich nur noch ans Wecken macht. Da wird etwa in den Überschriften der 0-Nummer der "Neuen" falsches Bewußtsein listig angelockt (Schering-Arbeiter beunruhigt, daß Männern Brüste wachsen), damit es sich aufklärerisch eines besseren belehren lassen kann. Es wird im Gestus sittlicher Entrüstung unserer Republik der Spiegel entgegengehalten (Überschrift: Demagogische Wahlreden der Parteiführer im Bundestag oder: Unternehmer schreiben CDU-Programm für Trier).

Geradezu programmatisch ist eine werbende Karikatur der "Neuen". Eine Gruppe versammelt sich unter dem Schirm ihrer einen Seite, als ob eine Zeitung, deren Lektüre eine zunächst höchst einsame Angelegenheit ist, wirklich Personen anders, zum Zwekke des gemeinsamen Schutzes vor Regen vereinen könnte. Es ist konsequent, wenn sich dann über eine sehr große Seite das Elend einer schlechten Aufklärung entfaltet, die unausgesprochen von der Idealität parlamentarischer Demokratie her argumentiert. Daß derartiges bisher leider nicht täglich geschah und wohl deshalb nur folgenlos blieb, ist wohl die schlechteste Begründung für eine Zeitung.

Während also die "Neue" als der bis jetzt letzte Ausdruck eines traditionsreichen Politikverständnisses anzusehen ist, das gegen die Einsicht in die eigne Wirkungslosigkeit merkwürdig immun ist, ist die "Tageszeitung" das Produkt einer durchaus anderen Tradition. Ihr ging es jahrelang eben nicht um sogenannte Gegenaufklärung, die an bestehende Formen fixiert blieb, sondern sie zielte – wenn auch mit bescheidenem Erfolg – auf die Veränderung der Formen selbst.

Es ist nun nicht zu übersehen, daß in dieser Hinsicht, in den letzten Jahren Stagnation und Rückschlag festzustellen sind. Dies hängt einerseits mit dem verschärften Zugriff staatlicher Gewalt gegenüber jeglichem Versuch zur Veränderung zusammen, zum anderen hat sich die Linke über die Zeitperspektive ihrer Anstrengungen wohl einige Illusionen gemacht. Für viele Linke findet Veränderung von Formen nur noch in verbliebenen Nischen der bestehenden Gesellschaft, kaum mehr an ihren Nervenpunkten statt. Lagermentalität hat sich ausgebreitet. Immer lückenloser versuchen sich Linke zugleich eine vertraute identische Umgebung zu verschaffen, in der sich Ohnmacht besser aushalten läßt.

Das Tageszeitungsprojekt ist eigentümlicher Ausdruck für diese Situation. Einerseits bringt es die Furcht zum Ausdruck, daß die hiesige Linke, eben weil sie in ihrer Entwicklung hoffnungslos hinter der politischen Entwicklung herhinkt, zerschlagen werden könnte, ohne daß ein letztes Gefecht auch nur geahnt werden könnte. Andererseits ist sie Ausdruck von Lagermentalität.

Gegen die bisherigen Erfahrungen wird versucht, in sehr traditioneller Weise dem Abbau republikanischer Freiheit entgegenzutreten: Dabei hilft allerdings die auch noch so geschmeidige Anleihe an herrschende Formen der Ideologieproduktion nichts. Höchstens wird eine nicht vorhandene Präsens vorgetäuscht, die Ohnmacht erträglicher gestalten hilft.

Die bürgerliche Tageszeitung entsprang dem dringenden Bedürfnis der Geschäftsleute, sich auf dem Weltmarkt zurechtzufinden. Ihr Kern waren die Börsennachrichten. Politische Nachrichten sollten das Geschäftsrisiko umschreiben. Sie lebt bis heute aus der Aktualität des täglichen Geschäfts. Sie ist Handlungsanweisung. Die Tageszeitung für die Linke ist Handlungsanweisung für eine Linke, die vergleichbar nicht handeln kann. Sie schließt eine der letzten Lücken – die Frühstückslücke – in einer allseits identischen Welt. Nicht zuletzt dies macht ihre Anhänger gegen Kritik so unempfindlich.

1876 schrieb Carl Hirsch zur sozialdemokratischen Parteipresse: "Man will ein Organ für Kritik und Beschwerden aller Art haben, um Mißhandlungen und Ausschreitungen seitens der Bourgeoisie und ihrer Behörden rasch, auf frischer Tat an den Pranger zu stellen, um uns gegenseitig zu stärken, anzuspornen, wohl auch, um uns gemeinschaftlich über die Beschränktheit unserer Gegner zu amüsieren. Wir wollen uns den Verdruß ersparen, uns in jeder Zeitung, die wir in die Hand nehmen, beschimpft oder was noch verletzender ist, väterlich beraten oder bevormundet zu sehen, und da uns ein persönliches oder geschäftliches Bedürfnis zwingt, unter allen Umständen irgendein Tagblatt zu lesen, so wollen wir eines haben, das uns die andern überflüssig macht und uns zudem reineren Wein als die anderen einschenkt."

Bedenkt man, daß die Gefahr besteht, daß das Tageszeitungsprojekt bei wohl nicht wenigen Gruppen Politik in Publizistik verwandelt, linkes Bewußtsein noch ein Stück weiter von der Realität – in diesem Falle der Ideologieproduktion der bürgerlichen Presse – abschottet, dann ist allein deshalb der Preis für ein linkes Frühstückserlebnis "ohne Verdruß", selbst wenn es hier und da Information in eine selbst von linkem Blei verödete Presselandschaft bringen sollte, zu hoch.

JENS HUHN

Sakrisch gut, die Neue!

dpa

Noch einmal: Wahlen bei Daimler-Benz

Interview mit Willi Hoss

Horst Sackstetter: *Als erstes herzlichen Glückwunsch für das hohe Vertrauen, das Euch die Kollegen bei den Neuwahlen entgegengebracht haben. Die IG Metall-Spitze selbst hat das Wahlergebnis als eine schwere politische Niederlage für ihre Organisation gewertet. Heißt das für Euch, daß Ihr bei diesen Wahlen einen politischen Sieg errungen habt?*

Willi Hoss: Der Erfolg, mit dem wir die Betriebsratswahlen abgeschlossen haben, macht der Ortsverwaltung und der IG Metall im allgemeinen schon zu schaffen, weil die Politik der Ortsverwaltung, uns kraft ihrer großen Organisation zu isolieren, uns an die Wand zu drücken in den letzten Jahren, nicht gelungen ist. Bei diesen Betriebsratswahlen konnten sich wichtige Interessen und Belange durchsetzen, die in der Belegschaft vorhanden sind und die wir artikulieren und für die wir auch geradestehen. Dies gelang gegen die verkrusteten und etablierten IG Metall-Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die ihre Position jahrelang gehegt und gepflegt und geschützt und abgesichert haben. Mit dieser Wahl ist in unserem Betrieb diese Art Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik erheblich gescheitert.

H.S.: *Folgt man Steinkühler und den anderen IG Metall-Spitzenfunktionären, so ist diese Niederlage die absolute Ausnahme, denn insgesamt habe die IG Metall überall im Bezirk deutlich bessere Ergebnisse erzielt. Der Schluß wird einem nahe gelegt: die Unzufriedenheit der Daimler-Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft wäre ein Sonderproblem. Wie siehst Du das?*

W.H.: Zweifellos ist das Ergebnis bei uns für den Bezirk Nordwürttemberg/Nordbaden spektakulär, und es ist nicht zu bestreiten, daß die Art und Weise, wie wir die Betriebsratsarbeit in einem Großbetrieb angepackt haben, spezifische Eigenarten aufweist. Die Bedeutung dessen, was bei uns abgelaufen ist und noch abläuft, geht aber inhaltlich und in ihren Konsequenzen über unseren Betrieb hinaus. Und die IG Metall-Gremien werden dieses Ergebnis genauestens beachten müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß sie in anderen Großbetrieben, in denen sich ähnliche Strukturen wie bei uns gebildet haben, Probleme kriegen wollen. Es ist ja bekannt, daß bei den letzten Betriebsratswahlen im Frühjahr in einer ungleich größeren Zahl von Betrieben alternative Listen aufgetaucht sind, die zum Teil beachtliche Prozent-Zahlen auf sich vereinigen konnten. Man geht sicher nicht fehl, dahinter eine große Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen zu vermuten.

H.S.: *Wenn Du von spezifischen Eigenarten Eurer Arbeit im Großbetrieb sprichst, was verstehst Du darunter eigentlich?*

W.H.: Der ganze Konflikt, der große Teile der Belegschaft bewegt, an dem sie teilgenommen hat, den sie diskutiert hat und über den sie auch zu Entscheidungen gekommen ist, umfaßt drei Problemkreise: 1. Betrifft es alles, was mit der Politik der Unternehmensleitung zusammenhängt, dem ungeheuren Rationalisierungs- und Leistungsdruck mit Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, die Personal- und Sozialpolitik.

2. Die Rolle des Betriebsrates in so einem Betrieb, wie er auf diese Unternehmenspolitik reagiert, partnerschaftlich oder mehr von den Interessen der Kollegen ausgehend, und welchen Einfluß die Kollegen, die Belegschaft, auf ihren Betriebsrat überhaupt noch nehmen können, inwieweit sie die Möglichkeit haben, Betriebsräte zu wählen und abwählen zu können oder, ob sich die Betriebsräte soweit verselbständigt haben und sich selbstherrlich verhalten, daß die Kollegen keinen Einfluß mehr auf ihre Arbeit haben.

3. Der Problemkreis Gewerkschaft. Wie verhält sie sich gegenüber Minderheiten und gegenüber Strömungen aus der Belegschaft, die ihre Unzufriedenheit gegenüber dem in der Mehrheit von IG Metall-Funktionären besetzten Betriebsrat zum Ausdruck bringen? Hat sie diese Strömungen aufgenommen, hat sie sie produktiv gemacht oder hat sie in Zusammenarbeit mit den etablierten, alteingesessenen Betriebsräten eine harte Politik gegenüber diesen Strömungen betrieben, die sogar bis zum Gewerkschaftsausschluß ging?

Das Spezifische bei uns ist, daß wir die Sachen angepackt haben, während sich in einer ganzen Reihe von uns bekannten Großbetrieben, die ähnliche Probleme haben, die Strömungen in der Belegschaft bisher noch nicht formiert haben. Wenn man z.B. sieht, daß bei den letzten Wahlen im Frühjahr in einer Vielzahl von Betrieben 20-30% der Belegschaft für alternative Listen – zum Teil sogar für RGO-Listen – gestimmt haben, so ist das Ausdruck einer tiefsitzenden Unzufriedenheit in breitem Umfang.

H.S.: *Vergleicht man das um die gefälschten Stimmen berichtigte Ergebnis vom April mit dem Ergebnis von jetzt, so wäre damals schon eine sehr ähnliche Sitzverteilung im Betriebsrat zustande gekommen. Meine Frage: Wie schätzt Ihr das damalige, berichtigte Wahlergebnis ein und bestehen für Euch trotz des ähnlichen Ergebnisses wesentliche Besonderheiten der April-Wahl gegenüber der jetzigen Neuwahl?*

Wahlbetrug und Neuwahlen ...

Fast genau 3 Monate hatte es gedauert, bis aus dem von der Gruppe Hoss-Mühleisen geäußerten Verdacht auf eine Wahlfälschung zugunsten der IG-Metall-Liste Gewißheit wurde, obwohl bereits am 26.5. das Arbeitsgericht Stuttgart die Betriebsratswahl vom 20./21.4.78 für ungültig erklärt hatte. Damals noch hatte der Betriebsrat und die IG-Metall-Ortsverwaltung gegen das auf gravierenden Verfahrensfehlern beruhende Urteil Beschwerde eingelegt und gleichzeitig weiter darauf bestanden, daß kein Wahlbetrug vorliege. Nachdem die Gruppe Hoss-Mühleisen zum wiederholten Male vergeblich Einsicht in die Wahlunterlagen verlangt hatte, klagte sie nochmals beim Arbeitsgericht. Kurz vor dem Gerichtstermin gab der Betriebsrat in einer Sondersitzung freiwillig das Einverständnis zur Durchsicht der Stimmzettel im Beisein eines Rechtsanwalts. Das Ergebnis der 5stündigen Einsichtnahme: 1.310 der insgesamt für die IG-Metall-Liste abgegebenen 7.600 Wahlzettel waren deutlich erkennbar gefälscht. Daraufhin beschloß der Betriebsrat einstimmig seinen Rücktritt. Gegen den immer noch unbekannten Täter ermittelt noch der Staatsanwalt.

Zunächst versuchte die IG-Metall-Mehrheit noch, den Betrugsverdacht auf den Gegner abzuwälzen und diesen politisch zu diffamieren. Sehr schnell scheint sich aber in ihren Reihen die Einsicht durchgesetzt zu haben, daß eine Wende gegenüber der bisherigen selbstherrlichen Strategie der Verwaltung der Mitgliederinteressen und der Ausgrenzung oppositioneller Strömungen unvermeidbar ist. Gegenüber dem immer deutlicher sichtbaren, durch den aufgedeckten Wahlbetrug nochmals erheblich beschleunigten Vertrauensschwund bei den Mitgliedern reichten Isolierung und Diffamierung des politischen Gegners und Beschwörung der großen, geschlossenen und solidarischen Gewerkschaftsorganisation nicht mehr aus. Die verlorene Legitimation konnte nur noch durch die Mitglieder selbst wiederhergestellt werden.

So gesehen war die Anfang August beschlossene und verkündete Urwahl für die Aufstellung der IG-Metall-Kandidaten die logische Konsequenz aus der verlorenen Vertrauensbasis der Mitglieder und gleichzeitig der entscheidende Ansatzpunkt für die von der IG-Metall-Mehrheit propagierte Wende. Genau so klar muß aber gesehen werden, daß unter dem Druck der Verhältnisse nicht eine totale Veränderung in der Strategie der IG-Metall-Mehrheit möglich war. Die nicht nur in den Personen, sondern auch in der Organisation tiefverwurzelte Gegenopposition gegen den "Neuen Anfang", kommt auch bei den Urwahlen deutlich zum Ausdruck: in der eine echte Urwahl verhindernden Größe der 5 Bereiche – mehr als 6.500 Wahlberechtigte im größten Bereich – ebenso wie im Ergebnis, das mit 1-2 Ausnahmen praktisch die alte Mannschaft bestätigte. Trotzdem darf der Tatbestand nicht unterschätzt werden, daß der Mitgliedschaft nach jahrzehntelanger Untätigkeit und erzwungener Passivität eine aktive Rolle zugestanden werden mußte, die sie auch nutzte: Zwar wurde die alte Mannschaft praktisch wiedergewählt, aber in den drei größten Bereichen stimmten nicht mehr als 20-25% der Mitglieder für die Spitzenkandidaten. Mehr als 40% der Mitglieder gingen nicht zur Urwahl, die restlichen 35% wählten neue Namen, die aber praktisch über ihre Abteilungen hinaus nicht bekannt waren und damit auch keine Chance hatten, auf die vorderen Plätze in den Bereichen bzw. insgesamt zu kommen.

Obwohl die Urwahl letztlich für einen Großteil der Mitglieder enttäuschend ausgehen mußte, wird ihr von der Gruppe Hoss-Mühleisen hohe Bedeutung für künftige Wahlen bei Daimler und in vergleichbaren Großbetrieben zugesprochen. Wird die Urwahl unter dem Druck der Kollegen so verändert, daß den Mitgliedern eine echte Einflußnahme auf die Zusammensetzung der Kandidaten möglich ist, so wäre dies ein entscheidender Durchbruch. Selbst wenn Persönlichkeitswahlen vor dem Hintergrund verstärkter Aktivitäten von CMV, CDA etc. unmöglich sein sollten, wäre durch echte Urwahlen im gewerkschaftlichen Bereich der Großteil der bisherigen Konflikte im direkten Interesse der Mitglieder zu

W.H.: Das zeigt eigentlich nur, daß der Prozeß der Umorientierung in der Belegschaft auch im April schon weit fortgeschritten war, und daß es damals einige Leute aufgrund dessen mit der Angst zu tun kriegten. Sichtbar wurde das damals schon in der Tatsache, daß Teile des Vertrauensmännerkörpers sich damals schon weigerten, für die etablierte Betriebsratsmehrheit Wahlpropaganda zu machen, Flugblätter zu verteilen usw. Was damals besonders war gegenüber jetzt, ist die damals noch spontan wirkende Unzufriedenheit über den Ausgang des Streiks, die sich sicherlich in Stimmabgaben für uns und in der relativ niedrigen Wahlbeteiligung niedergeschlagen hat.

H.S.: *Nach der endgültigen Aufdeckung des Wahlbetruges zugunsten der IG-Metall-Liste hat sich nach Meinung vieler Kollegen im Betrieb innerhalb einiger Wochen soviel verändert wie vorher nicht in 20 Jahren. Urwahl und Wahlprogramm sind der äußere Ausdruck dieses von der IG-Metall-Mehrheit propagierten "neuen Anfangs". Welche Bedeutung haben für Euch Urwahlen generell und speziell diese Urwahl im Hinblick auf die Neuwahl?*

W.H.: Zum ersten Teil der Frage ist zu beachten, daß die Veränderungen innerhalb der IGM unter dem Schlagwort "Neubeginn" unter einem starken Druck der Belegschaft vorgenommen worden sind, und, daß sie nach unserer Einschätzung nur durch Aufrechterhaltung des Druckes und ständiger Kontrolle durch die Belegschaft weiter getrieben werden können. Die Urwahlen, Vorwahlen oder Persönlichkeitswahlen haben für uns immer schon einen hohen Stellenwert gehabt. 1969 sind sie von uns zum ersten Mal in Verhandlungen mit der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung formuliert worden und anschließend in einem Flugblatt öffentlich dargestellt worden. In Klein- und Mittelbetrieben sind solche direkten Wahlen vielfach eine Selbstverständlichkeit. Betriebsräte in Großbetrieben, die nicht dieser direkten Kontrolle durch Wahl und Abwahl unterliegen, laufen automatisch Gefahr, sich zu verselbständigen, selbstherrlich zu werden und in ihrer Aktivität nachzulassen. Uns wurde immer vorgeworfen, solche Urwahlen seien im Großbetrieb nicht durchführbar. Jetzt haben sie stattgefunden, aber überhastet, unter Druck, mit starken taktischen Aspekten. Deshalb gibt es auch eine Reihe von Mängeln und Unzufriedenheit bei den Kollegen, die man aber durch längere und intensivere Vorbereitung durchaus ausräumen kann. Z.B.: Daß es zwar möglich war, den Betriebsratsvorsitzenden von Platz 1 auf Platz 7 zu schieben, daß aber im wesentlichen die alten Gesichter eine Art Bäumchen-wechsle-Dich-Spiel um die Plätze durchgemacht haben. Unbekanntere Kandidaten hatten bei dieser in Eile und unvorbereitet durchgeführten Urwahl keine Chance. Die Bereiche waren zu groß und unübersichtlich, die Minderheiten der ausländischen Gruppen der Kollegen fielen bei dieser Vorwahl völlig unter den Tisch, so daß im 47köpfigen Betriebsrat kein einziger Ausländer von anderen Listen gestellt wird. Die 5 ausländischen Betriebsräte stammen ausschließlich von unserer Liste: zwei Italiener, ein Grieche, ein Jugoslawe, ein Türke.

H.S.: *Diesem Komplex Urwahl meßt Ihr also außerordentlich große Bedeutung zu?*

W.H.: Ja, in der Weise, daß für uns diese Vorwahlen, Urwahlen oder Persönlichkeitswahlen einen solchen Stellenwert haben, daß wir davon, das heißt ob sie bei den nächsten Betriebsratswahlen stattfinden, die Wiederaufnahme in die IG Metall abhängig machen.

H.S.: *Kannst Du kurz etwas zu Eurem Wahlprogramm sagen, das doch im Kern in den zwei plakat-Karikaturen zum Ausdruck kam: "Macht die linke Seite schwerer, dann kommt die rechte in Bewegung" und den drei von Euch vom Baum geschüttelten wurmigen Äpfeln (IGM-Betriebsratsspitzen) mit der Unterschrift: "Reicht das für einen neuen Anfang?".*

W.H.: Der Kernpunkt unseres Wahlkampfes war, daß wir versucht haben, den Kollegen zu sagen, was sie mit ihrer Stimme bewirken können. Wir haben gesagt, jeder der will, daß die Veränderungen in der IG Metall weitergetrieben werden, der muß unserer Liste die Stimme geben. Und jeder, der will, daß die Unternehmensleitung die Unzufriedenheit der Belegschaft ablesen kann, muß auch uns wählen. Darin lag der wesentliche Unterschied zur Wahlaussage der IG Metall, die sich mit ganz wenig Ausnahmen unseren Programmpunkten genähert hatte. Im übrigen liegt in dieser Veränderung innerhalb der IG Metall und der damit verbundenen Annäherung der Grund, warum wir jetzt nach den Wahlen die Kooperation und nicht die Konfrontation in den Vordergrund rücken können. Während wir noch bei der April-Wahl uns stark als Opposition dargestellt haben, die notwendig sei, haben wir bei der Neuwahl dargestellt, daß wir darauf vorbereitet sind und dazu in der Lage sind, im Arbeiter-Bereich die Mehrheit zu stellen.

H.S.: *Abschließend zur Wahl noch eine Frage: Hat der Wahlbetrug sich noch stark auf das Ergebnis ausgewirkt oder glaubt Ihr, daß Eure Bereitschaft und Fähigkeit, die Probleme weiter zu treiben den Ausschlag gegeben hat?*

W.H.: Dieser Wahlbetrug und die Wiederholung der Wahl hat wohl mehr die Funktion eines Zeitraffers gehabt. Die in der Sache vorhandenen Widersprüche des Prozesses bei Daimler in Untertürkheim haben sich auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt und rasend schnell entwickelt. Das Entscheidende war, daß wir als Gruppe im Gegensatz zur IG Metall politisch und personell in der Lage waren, in dieser Situation unsere langfristig angelegte sachliche Arbeit kontinuierlich, nur jetzt beschleunigt, weiterzuführen, während die IG Metall voll umschwenken mußte und Grundsatzpositionen, die sie bis dahin hatte, aufgeben mußte. Dazu kommt noch, daß bei der IG Metall der Schwenk im Prinzip mit der alten Mannschaft vollzogen werden mußte.

H.S.: *Wie wollt Ihr erreichen, daß die vielbeschworene Kluft zwischen Belegschaft und ihrem Betriebsrat in der täglichen Praxis der betrieblichen Arbeit geschlossen wird?*

W.H.: Dazu sind zwei Voraussetzungen notwendig, die wir in unserer Arbeit immer schon beachtet haben und die zum Bestandteil der Betriebsratsarbeit insgesamt werden sollten:

1. Es muß eine ausreichende Information der Belegschaft sowohl über Gesamtzusammenhänge des Unternehmens als auch im Detail über Ereignisse, die sich in kleineren Bereichen abspielen, gewährleistet sein. Nur eine informierte Belegschaft kann Entscheidungen treffen.
2. Der Betriebsrat trifft keine Entscheidung, ohne die betreffende Problematik entweder mit der ganzen Belegschaft in Betriebsversammlungen oder mit den Betroffenen im kleineren Bereich besprochen zu haben, die Meinung eingeholt zu haben.

. . . bei Daimler-Benz in Stuttgart

lösen. Die Bedeutung dieser Urwahlen wird auch deutlich in dem Widerspruch zwischen den Positionen der Gruppe Hoss-Mühleisen und dem Stuttgarter Ortsverbands-Bevollmächtigten der IG Metall, Otto Gotschlich: Ist für die einen mit der Beibehaltung der Urwahl das wesentlich trennende Element zwischen Ihrer Gruppe und der IG Metall beseitigt, so ist andererseits für Otto Gotschlich die Beibehaltung dieser Urwahlen noch keineswegs beschlossene Sache.

Das im Rahmen des "Neubeginns" unter dem Druck der Belegschaft von der IG Metall vorgelegte "Wahlprogramm für die gewerblichen Arbeitnehmer" ist vor allem in zwei Punkten wichtig: dem klaren Eingeständnis verfehlter Informationspolitik mit dem Versprechen umfassender und genauer Information über alle wichtigen die Belegschaft betreffenden Fragen für die Zukunft und dem Tatbestand, daß eine Reihe von bisher abgelehnten Forderungen der Hoss-Mühleisen-Gruppe inhaltlich aufgenommen werden mußten, wollte man wirklich einen neuen Anfang glaubhaft machen. Natürlich auch hier kein ungebrochenes Bild, aber eine der wesentlichen Voraussetzungen für die nach der Wahl angebahnte Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und der Gruppe Hoss-Mühleisen.

Nun zum Ergebnis der Neuwahlen selbst, das für die IG Metall auch nach dem Eingeständnis der eigenen Spitzenfunktionäre eine schwere politische Niederlage gebracht hat. Ihr Ausmaß macht deutlich, daß die IG Metall gegenüber der letzten regulären Wahl von 1975 bei den Arbeitern ein Drittel der Mandate verloren hat und insgesamt nur noch über eine rechnerische Mehrheit von einer Stimme im 47köpfigen Betriebsrat von Daimler Untertürkheim verfügt. Dazu kommt, daß die IG Metall, trotz eines Organisationsgrads von 95% bei den Arbeitern, nur noch 53% der Stimmen gegenüber fast 40% der Hoss-Mühleisen-Liste bekam. Nach der Neuwahl stehen im Betrieb die Zeichen eindeutig auf Zusammenarbeit; gemeinsam will man versuchen, wieder stärker die Interessen der Arbeiter gegen die Unternehmensführung durchzusetzen. Der durch die Belegschaft erzwungene Wille zur Zusammenarbeit drückt sich bis jetzt konkret in der Besetzung des Betriebsausschusses aus, in den 3 Vertreter der Hoss-Mühleisen-Liste gewählt wurden. Die restlichen Ausschüsse und Kommissionen sollen ebenfalls nach dem d'Hondtschen Verfahren besetzt werden, und von den 12 Betriebsräten der Hoss-Mühleisen-Liste sollen 5 freigestellt werden. Gegenüber der Ortsverwaltung besteht der neue Betriebsratsvorsitzende öffentlich auf Unabhängigkeit.

Dort wird nach wie vor Politik in bewährter harter Manier betrieben: Otto Gotschlich verkündet, daß die bis nach den Neuwahlen verzögerten Ausschlußverfahren gegen die 4 IG-Metall-Mitglieder auf der Hoss-Mühleisen-Liste vom April weitergetrieben werden sollen. Gegen die IG-Metall-Mitglieder, die bei der jetzigen Wahl auf der Hoss-Mühleisen-Liste kandidierten, soll ebenfalls Ausschlußantrag gestellt werden. Eine Wiederaufnahme der Gruppe in die IG Metall kommt nach seiner Meinung nicht in Frage, weil die Gruppe Mehrheitsbeschlüsse nicht respektiere. In diesem Zusammenhang assistiert ihm Steinkühler mit dem Vorwurf, die Hoss-Mühleisen-Leute hielten sich nicht an die Satzung der IG Metall. Für die Gruppe Hoss-Mühleisen sind diese Vorwürfe taktische Positionen.

Daß der Großteil der Kollegen dieses Problem so sieht wie die Gruppe Hoss-Mühleisen, zeigt die Antwort, die sie den IG-Metall-Funktionären mit dem Stimmzettel gegeben haben. Wie stark der Druck auf die IG-Metall-Spitze inzwischen ist, zeigt anschaulich der Antrag von 26 bei Daimler beschäftigten IG-Metall-Mitgliedern, gegen Otto Gotschlich ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens einzuleiten und gleichzeitig für die Wiederaufnahme der Hoss-Mühleisen-Gruppe in die IG Metall. Die in den letzten Tagen gerade von der IG Metall so viel beschworene Zusammenarbeit im neuen Betriebsrat von Daimler Untertürkheim wird sich vor allem auch an der Frage der Wiederaufnahme der Kollegen von der Hoss-Mühleisen-Liste in die IG Metall bewähren müssen.

HORST SACKSTETTER

Dies ist nur möglich, wenn die Kollegen direkt einbezogen werden.

Nur auf diese Weise löst sich auch das Problem der Kompromisse überhaupt oder sogar der sog. faulen Kompromisse. Im Spannungsfeld Betrieb wird kein Betriebsrat nur Erfolge vorweisen können, sondern das tagtägliche Leben besteht zumeist aus Kompromissen. Entscheidend ist, daß Abmachungen nicht von abgehobenen Betriebsräten getroffen werden, die dann das Ergebnis "verkaufen" müssen, sondern, daß eine einmal erhobene Forderung in jeder Phase der Verhandlung von der informierten und miteinbezogenen Belegschaft mit entschieden wird. Entweder, indem die Belegschaft mit dem Kompromiß einverstanden ist oder die Forderungen weitergetrieben haben will.

H.S.: *In Verbindung hiermit ist natürlich auch die inhaltliche Bestimmung der Betriebsratsarbeit für die nächste Zeit besonders interessant. Welche inhaltlichen Probleme müssen Eurer Meinung nach in der nächsten Zeit angegangen werden?*

W.H.: Zunächst nochmal einen scheinbar formalen Punkt: Im Verlauf des Wahlkampfes und seines Ergebnisses haben wir durchsetzen können, daß die IG-Metall-Funktionäre von ihrer Majorisierungspolitik, die in vielen Betrieben ebenfalls betrieben wird, Abstand nehmen mußten. Bei der Besetzung der Ausschüsse des Betriebsrates und aller Kommissionen wird bei uns jetzt nach dem Prinzip der Respektierung des Wählerwillens vorgegangen. Wir halten das für äußerst wichtig. Damit ist der bisherige unhaltbare Zustand, daß zwar die Belegschaft Minderheiten-Gruppen in den Betriebsrat entsendet, sie aber durch die herrschende Mehrheit, z.B. der IG-Metall-Betriebsräte, an die Wand gedrückt werden, beendet. Wir sind der Meinung, wenn 1.000 Kollegen glauben, daß Betriebsräte vom CMV im Betriebsrat vertreten sein sollen, dann hat man das im Betriebsrat zu respektieren und den christlichen Betriebsrat seine Arbeit machen zu lassen. Nur im freien Spiel dieser Kräfte kann man Gegenkräfte mobilisieren, nicht durch Manipulation und Unterdrükkung.

Jetzt aber zur Frage nach den Inhalten: Die Inhalte bewegen sich im Rahmen der Palette, wie sie auch in allen anderen Großbetrieben derzeit üblich sind: stärkerer Rationalisierungsdruck, erhöhter Leistungsdruck, Umsetzungen, mit der Gefahr der Abgruppierung, Zerreißen von Arbeitszusammenhängen, mehr Monotonie und Anbindung des Arbeiters an die Maschinerie. Die Palette dieser täglichen Problematik des Betriebsrats wollen wir auf die eben angesprochene Art angehen.

Um das nicht so allgemein zu behandeln, möchte ich das an einem Beispiel darstellen, wie die Auseinandersetzungen geführt werden sollen. Im Konzernbereich soll unter dem Namen ISA ein neues Informationssystem für den Arbeitseinsatz und für die Arbeitsplatzplanung eingeführt werden. Es beinhaltet die computermäßige Erfassung einerseits der detaillierten Anforderungen der Arbeitsplätze und andererseits die Erfassung einer Vielzahl persönlicher Daten jedes Mitarbeiters, die in irgendeiner Form seine Leistungsbereitschaft und Einsatzfähigkeit für das Unternehmen bestimmen. Es wurde bekannt, daß über eine einzelne Person bis zu 2.000 verschiedene Daten gesammelt werden können.

In den letzten Wochen hat sich zwischen den IG-Metallern und uns folgender Streit entwickelt: Die IG-Metall-Liste legt das Schwergewicht darauf, daß man die gesammelten Daten auf dem Wege der Mitbestimmung schützen müsse, wir zielen vor allem darauf, eine Mehrheit dafür zu gewinnen, daß der Firma das Recht auf Zugriff zur Speicherung der persönlichen Daten verweigert wird, soweit die Daten nicht zur unmittelbaren Gestaltung und Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses notwendig sind, d.h. Name, Geburtsdatum und die sonstigen allgemein üblichen Personaldaten. Selbst Kollege Steinkühler ist in der Betriebsversammlung unserer Position beigetreten mit dem Bemerken, "wenn erst einmal die Daten gesammelt sind, gibt es nicht mehr viel zu schützen". Wir werden versuchen, auf der Basis breiter Information der Belegschaft über die Gefahren dieses Systems, die vor allem in der totalen datenmäßigen Erfassung der Belegschaft und damit verbunden dem Wegfall aller persönlichen Spielräume liegen, nicht nur in unserem Betrieb, sondern auch auf Konzernebene eine Mehrheit zu bekommen gegen dieses System und damit gegen unkontrollierbare Sammlung persönlicher Daten, ausschließlich im Interesse des Unternehmers. Wir werden versuchen zu verhindern, daß die Firma, so wie sie ihre Maschinen und Anlagen total erfaßt und produktionsmäßig einsetzt, auch den Menschen in gleicher Weise erfaßt und als mechanisierten Produktionsfaktor einsetzt.

H.S.: *Zum Schluß die Frage, die eigentlich bei jeder Veröffentlichung über die Wahl und deren Ergebnisse mit im Vordergrund steht: Wie entwickelt sich das Verhältnis zwischen IG Metall und den Mitgliedern der Hoss-Mühleisen-Gruppe? Konkret: Wie schätzt Ihr den weiteren Verlauf der noch laufenden Ausschlußverfahren von der April-Wahl her und die Frage der Wiederaufnahme Eurer Gruppe in die IG Metall ein?*

W.H.: Um das klar zu sagen: Es gibt für uns in der gewerkschaftlichen Organisierung keine Alternative zur IG Metall. Und dies nicht nur aus taktischen Gründen, weil wir in einem Betrieb sind, bei dem 95% der Arbeiter in der IG Metall organisiert sind.

Alle Beobachter der Vorgänge und Veränderungen, die in unserem Betrieb in den letzten Monaten stattgefunden haben, sind zu der Auffassung gekommen, daß die IG Metall bei Daimler und in der Ortsverwaltung sich unseren Positionen angenähert hat, wobei der durch die Belegschaft erzeugte Druck durchaus als die Ursache dieser Entwicklung gesehen wird. Weiter vorne ist schon gesagt worden, daß bei Beibehaltung dieser Veränderungen in Richtung Demokratisierung der Ortsverwaltung, die die Vorgänge als persönliche Niederlage betrachten und von daher Schwierigkeiten haben umzudenken. Dabei verkennen wir keineswegs, daß diese Personen für bestimmte politische Positionen und Fraktionen innerhalb der Gewerkschaft stehen, wie es einer unserer Kollegen mal auf den Begriff von der sozialdemokratischen "Reinheitsgewerkschaft" gebracht hat.

H.S.: *Nach alledem ist Euch der Wiedereintritt in die IG Metall offensichtlich sehr wichtig. Genau so klar kommt zum Ausdruck, daß Ihr nur unter bestimmten Bedingungen wieder innerhalb der IG Metall arbeiten könnt. Wie sind Eure Bedingungen?*

W.H.: Wir sind ausgeschlossen worden, weil wir undemokratische Prozesse innerhalb der IG Metall auf betrieblicher Ebene angegriffen haben. Rückblickend kann ich sagen, wir würden dies unter gleichen Bedingungen wieder so tun. Die Antwort auf Deine Frage ist kurz: es muß in der IG Metall demokratisch zugehen.

Vom imperialistischen Frieden zum Krieg der Klassen

Dany Diner

Die Beurteilung der Ergebnisse von Camp David sind vom Grad der jeweiligen existenziellen Beteiligung, vom Ort des unmittelbaren Interesses her abhängig. Eigentlich eine materialistische Trivialität, derer sich linke Kritik von ihrem Selbstverständnis her annimmt. Widersprüche werden nicht durch "richtige" Analyse, sondern durch Handlung, durch Praxis in Richtung politischer Parteilichkeit aufgelöst. Darüber darf kein Zweifel bestehen; denn dadurch unterscheidet sich der historische Materialismus von jeder "Wahrheit", die sich erst im Nachhinein verifiziert. Doch die Geschichte kennt nicht nur auch, sondern weitgehend die vielerseits strapazierte "Ungleichzeitigkeit" von Bewegung und Struktur, der alltäglichen, der unaufschiebbaren Handlung und der analytischen, begrifflich geprägten Voraussicht der historischen Entwicklung, in der die Individuen zwar praktisch handeln, ihre Handlungen jedoch nicht im bewegenden Sinne historisch werden.

Die Einschätzung der vorläufigen Ergebnisse von Camp David im Sinne der hiervon Betroffenen steht in diesem Widerspruch, ist also einerseits befangen im Widerspruch zwischen der unmittelbaren, alltäglichen praktischen Parteilichkeit für die unmittelbar Unterdrückten, die sich wohl oder übel als realpolitische Hilflosigkeit äußert und andererseits der "Richtigkeit" der historischen Tendenz, die längerfristig, eben aber auch nur längerfristig, andere emanzipatorische Formen des Widerstandes gebären wird als die, die bisher in Erscheinung traten; – konkret: Es muß sich um die tätige Vermittlung zwischen langfristig als positiv, aber unmittelbar als negativ zu bezeichnenden Ergebnissen und Folgen des als "Gesamtlösung" kaschierten ägyptisch-israelischen Separatabkommens handeln, insbesondere sie das Schicksal der Palästinenser betreffen. Hier bedarf es eines zusätzlichen Rückgriffs auf eine spezifischere Parteilichkeit, die es vorab offenzulegen gilt; einer Parteilichkeit, deren zentrale Motive antizionistisch bzw. internationalistisch und sozialistisch zugleich sind. Antizionistisch, weil die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina notwendig mit der Vertreibung und Verdrängung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung verbunden war bzw. ist und seine Erhaltung die fortwährende Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser sowohl als Individuen als auch kollektiv erforderlich macht; internationalistisch, weil im Bereich des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina eine bzw. zwei nationalstaatliche "Lösungen", von welcher Seite auch immer, nicht denkbar sind. Sozialistisch, weil nur nichtbürgerliche Verkehrs-und Organisationsformen, Formen, die Herrschaftsgewalt und Nationalität voneinander zu scheiden vermögen, die Existenz einer jüdisch-israelischen und einer arabisch-palästinensischen Nationalität miteinander und nicht nebeneinander zu garantieren vermögen. Dies ist die internationalistisch-sozialistische Programmatik für Palästina, in der politische Moral und historische Tendenz sich wird parteilich aufheben lassen.

Imperialistische "Stabilisierung" im Vorderen Orient

Die vorläufigen Ergebnisse der amerikanischen Verhandlungsführung in Camp David, die eher an ein Konklave als an ein bürgerliches bargaining erinnerte und damit die imperialistische Abhängigkeit der "souveränen" Kontrahenten einprägsam symbolisierte, scheinen völlig zum Vorteil Israels ausgeschlagen zu haben: Separatfrieden mit Ägypten, dem volkreichsten und militärisch ernstzunehmenden arabischen Faktor. Ohne die Teilnahme Ägyptens am "Nah-Ost-Konflikt", verkündete die israelische Seite zu Recht und zum Schaden Sadats, ist ein umfassender Krieg, der als Zwei-Fronten-Krieg ausgefochten werden müßte, wenig wahrscheinlich. Obwohl sich Sadat verbal krampfhaft am Feigenblatt der "Gesamtlösung", also auch der Lösung der unmittelbar für den "Nah-Ost-Konflikt" konstitutiven Palästinafrage festhält, ist es offensichtlich, daß es ihm kurzfristig gelungen zu sein scheint, sich vom letzteren abgeseilt zu haben.

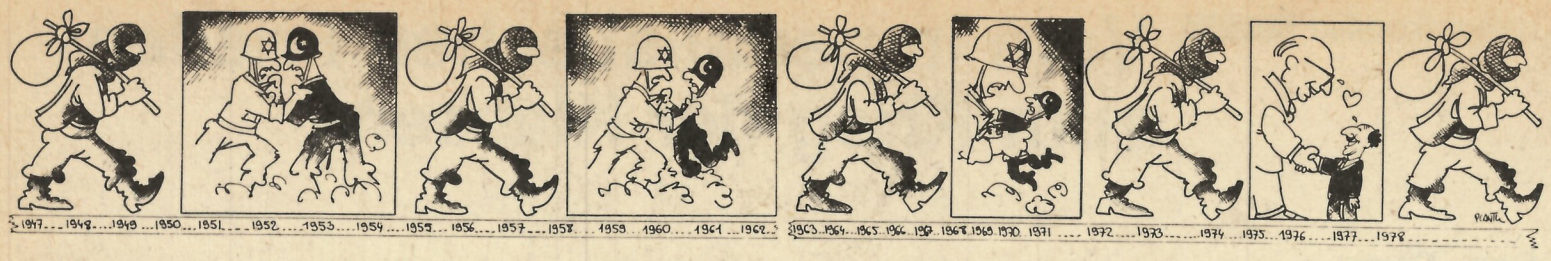
US-Kongreß: Ovationen für Carter, Sadat und Begin dpa

Tatsächlich war auch Nassers Ägypten nicht unmittelbar am Palästinakonflikt beteiligt gewesen, sondern wurde erst in den fünfziger Jahren durch die ultraimperialistische Politik Israels in jenen hineingetrieben. Damals versuchte der zionistische Staat, jegliche antiimperialistische Einheitsabsicht der arabischen Staaten, die insbesondere von Ägypten ausgingen, militärisch zu hintertreiben. Nach der Machtübernahme Sadats nach Nassers Tod machte sich ein Rückzug Ägyptens vom Arabismus auf einen ägyptischen Nationalismus im engeren Sinne bemerkbar, der auf der politischen Ebene durch das in der Person Sadats repräsentierte Bündnis von Teilen der Militärbürokratie und neu-alter Bourgeoisie vollzogen wurde. Dieses Bündnis war bestrebt, die ruinösen Rüstungskosten zu senken und die dadurch freiwerdenden bzw. erhofften Mittel produktiv zu investieren. Diese Tendenz traf sich mit der explosiven Entwicklung der Rohölpreise und der damit erfolgenden Integration der Rohölproduzenten als reale Tauschpartner in den kapitalistischen Weltmarkt. Um endlich Bewegung in den alles paralysierenden "Nah-Ost-Konflikt" zu bringen, löste Sadat den Oktoberkrieg 1973 aus, dessen militärische Operationen deutlich den Charakter von Vorfeldhandlungen für einen Verhandlungsfrieden annahmen, bei dem den USA eine zentrale Rolle zukommen sollte. Nur sie können dem von US-Subventionen lebenden Klientelstaat Israel Bedingungen aufzwingen, die eine imperialistisch bestimmte "Befriedung" des Palästina- und "Nah-Ost-Konflikts" nach sich zu ziehen vermag.

Verzögert wurde diese Entwicklung durch die nach Vietnam und Watergate geschwächte US-Exekutive in Gestalt des Präsidentenamtes und der Stärkung der – weitgehend proisraelischen – Kongreßmacht. Gleichzeitig entwickelten sich die sozialen Widersprüche im Konfessionsstaat Libanon, die als Religionskrieg in Erscheinung traten und – was den "Nah-Ost-Konflikt" als ganzes angeht – die militärische Schwächung des palästinensischen Widerstandes zur Folge hatten. Das wiederum reduzierte die Einwirkungsfähigkeit der PLO auf den weiteren Gang der Dinge, was insbesondere auf die Rolle Syriens zurückgeht, das eine Polizeifunktion auf Drängen und im Sinne der USA und Saudi-Arabiens einnahm.

Mit dem Panama-Kanal-Vertrag und dem sogenannten "Waffenpakt" für Ägypten, Israel und Saudi-Arabien gelang der Carter-Administration, insbesondere nach der von Sadat erbrachten Vorleistung in Gestalt seiner Reise nach Jerusalem, die zwar geographisch in Israel stattfand, politisch aber an die US-Öffentlichkeit gerichtet war, ein Durchbruch, der zu einer Stärkung der Administration gegenüber dem Kongreß führte. Tatsächlich steht hinter dieser Freischwimmübung Carters der Versuch, seinen energiepolitischen Absichten, mit denen er bisher im Kongreß gescheitert war, endlich eine Bresche in die Partikularinteressen im Sinne des gesamtimperialistischen Interesses zu schlagen. Der Ausgleich der defizitären Außenhandelsbilanz der USA, verursacht durch die verteuerten und steigenden Ölimporte, nagen am Dollar und damit an seiner Außenfunktion als Weltgeld.

Ohne protektionistische und andere Gefahren zu thematisieren: die explosive Lage im Vorderen Orient, die sich zuletzt in einer Randzone des Palästinakonflikts, im Libanon, blutig niederschlug, birgt außer den militärischen Gefahren für die USA die Konsequenz einer sprunghaften Ölpreiserhöhung in sich, falls die ölproduzierenden arabischen Staaten und insbesondere Saudi-Arabien, das im US-Interesse die Ölpreise niedrig hält, ihre bisherige von der imperialistischen Hegemonialmacht als "zurückhaltend" betrachtete Preispolitik aufgeben. Außerdem birgt die Fortdauer des Konflikts im Vorderen Orient und am Horn von Afrika, von der inneren Lage des Iran abgesehen, eine vom Imperialismus als Gefahr bewertete gesamtregionale "Destabilisierung" in sich, durch die die reaktionären Staaten in der Region der Sowjet-Union ein Einfallstor geöffnet sehen. Nachdem auch die Lage des imperialismusfreundlichen Sadat, insbesondere durch die Januarunruhen 1977 gefährdet wurde, mußte die Bewegung durch einen Nah-Ost-Frieden, zumindest zwischen Israel und Ägypten, stabilisiert werden.



Die Ergebnisse von Camp David und die innerarabischen Querelen

Für "Stabilität" im imperialistischen Sinne treten alle Teilhaber ein. Nur ist die konkrete Stabilität des einen nicht unbedingt mit der Stabilität des anderen verbunden; denn kurzfristige Stabilität, die Überleben sichert, kann langfristig sogenannte Stabilität unterminieren. So sieht Saudi-Arabien die innere Stabilität des Sadat-Regimes auf Kosten einer zwischenarabischen, die mit der "Sicherheit" des saudischen Regimes gleichzusetzen ist, gefährdet. Weil das volkreiche Ägypten aus der gesamtarabischen Front herausbricht und diese damit obendrein als labil entlarvt, kann das Gewicht anderer Staaten, wie das Libyens und des Irak, hingegen zunehmen. Gleichzeitig befürchten die strenggläubigen, antikommunistischen Saudis durch das amerikanisch abgesegnete Separatabkommen eine über die Palästinenser und Syrien vermittelte, wieder verstärkt erfolgende Einbeziehung der Sowjetunion in den gesamtimperialistisch zu sichernden Vorderen Orient. Die ölreichen Saudis betrachten einen ägyptisch-israelischen Separatfrieden als eine Quelle zunehmender Auseinandersetzungen im arabischen Osten, eine "Destabilisierung", die ihrem Regime längerfristig nichts Gutes verheißt.

Und hier sehen sich die USA wieder hegemonial gefordert: Denn zwar bedeutet ein ägyptisch-israelischer Separatfrieden eine kurzfristige Sicherung des US-Interesses; langfristig aber eine Schwächung der reaktionären Saudis, in deren Überleben bzw. um den Ölpreis und der Garantie der Transportwege alle Auseinandersetzungen im Vorderen Orient ihren materiellen Kern finden. Ein ähnlicher Widerspruch kennzeichnet die Haltung der Saudis Sadat gegenüber: Zwar stehen sie der Spaltung des arabischen Lagers durch die Vereinbarungen von Camp David völlig ablehnend gegenüber; aber dennoch können sie Sadat, dessen Regime völlig von den Hilfszahlungen des saudischen Finanzkapitals abhängt, nicht einfach fallenlassen. Eine Nach-Sadat-Ara ist für sie zu ungewiß. So ist es gerade Sadats Schwäche im eigenen Land, die ihn den Saudis gegenüber stark macht. Sie können ihn demnach durch eine frontale Abkehr nicht kollabieren lassen, ohne sich selbst zu gefährden.

Längerfristig wird das Separatabkommen das Regime Sadats nicht retten können. Die ökonomischen Erwartungen, die die ägyptische Bevölkerung sich von einem Frieden macht, sind völlig überzogen. Die Senkung der hohen Rüstungsausgaben katapultieren Ägypten nicht in den Wohlstand; dies hieße Imperialismus und "Unterentwicklung" zu ignorieren, die ihren Grund eben nicht allein in der Rüstung finden. Der Camp-David-Katzenjammer wird ebenso folgen, wie jener, der sich trotz der Suezkanalüberquerung von 1973 im Januar 1977 einstellte, weil politische bzw. militärische Erfolge sich nicht in klingende Münze für die Massen verwandeln lassen, sondern eher als ökonomische Pyrrhussiege in Erscheinung treten, zumal sie Erwartungen wecken, denen die Bourgeoisie dann mit Polizeigewalt entgegentritt. Der gegenwärtig verhandelte Separatfrieden kann demnach die Dauer des Sadat-Regimes zwar verlängern, nicht aber garantieren.

Der Erosionsprozeß des Zionismus

Die Behauptung der USA und Ägyptens, in Camp David den Israelis eine umfassende Rückzugsgarantie aus allen besetzten Gebieten abgerungen zu haben, die es nur noch in Einzelverhandlungen auszufüllen gilt, ist im unmittelbaren Sinne eine scheinheilige Schutzbehauptung. Tatsächlich wurden insbesondere für die Westbank keinerlei israelische Versprechungen herausverhandelt. Im Gegenteil: Begin düpierte Sadat gleich bei der Ankunft in Tel Aviv mit der Feststellung, der Siedlungsstopp in der Westbank gelte nur für die Dauer der ägyptisch-israelischen Verhandlungen in Washington, die auf zwei bis drei Monate anberaumt sind. Die "Autonomie" für die dort lebenden Palästinenser ist in Wirklichkeit nur eine andere Vokabel für eine weitere Rechtfertigung der israelischen Besatzung, die die zionistische Landnahme sichern soll. Denn Siedlungsbau, Bodenkauf" bzw. Landraub sollen weiterhin verfolgt werden, also eine Fortsetzung der zionistischen Landnahme, mit dem Unterschied, daß die palästinensischen Bürgermeister durch ihre eventuelle Teilnahme an der "Autonomie" das bisher auf unmittelbarer Gewalt beruhende israelische Besatzungsstatut legalisieren sollen – ein Begehren, das die Bürgermeister in einem Treffen dahingehend beantworteten, daß sie die Beschlüsse von Camp-David in Bausch und Bogen als für sie unwirksam und ungültig ablehnten.

Die zionistische Politik der Landnahme in Palästina beruht nicht primär auf einem formellen israelischen Souveränitätsanspruch, sondern in der Verhinderung einer "fremden", d.h. nichtisraelischen Souveränität, die sich einer Fortsetzung der Landnahme in den Weg stellen würde, um eine Majorisierung der Palästinenser zu verhindern, die sie zu Fremden im eigenen Land macht. In einem souveränitätsfreien Raum, wie sich die Westbank und der Gazastreifen nach den dubiosen israelischen Autonomievorstellungen darstellen würde, hieße das Faustrecht des Stärkeren gelten lassen, also Israels, auch wenn jordanische Polizisten einen palästinensischen Verkehr regeln würden, dessen Teilnehmer hierzu durch palästinensische "autonome" Führerscheine berechtigt wären; denn darauf läuft dieser "Plan" letztlich hinaus. Entscheidend ist die Frage der praktisch-faktischen Anwesenheit: die Siedlung und ihr bewaffneter Schutz, die israelischen Garnisonen.

Die Siedlung ist die tatsächliche Verfassung des zionistischen Staates Israel. In ihr können nur Juden "Bürger" werden. Araber sind definitionsgemäß an der vollen Teilnahme am öffentlichen Leben und damit an seinen ökonomischen Bedingungen ausgeschlossen. Weil die Siedlung eine solch prinzipielle Bedeutung für den Zionismus hat – streng genommen ist ganz Israel eine Siedlung –, werden vom Zionismus Siedlungen niemals aufgegeben. Der materielle Kern dieses Prinzips, das vom säkularen "Links"-Zionismus immer besser verstanden wurde als vom mit mythischen Elementen aufgeladenen "Rechts"-Zionismus eines Menahem Begin, wurde durch die vereinbarte Aufgabe der Siedlungen im nördlichen Sinai angeschlagen. Kein Wunder, daß der als von den Nachfolgeparteien der II. Internationale für sozialdemokratisch gehaltene "Arbeiterzionismus" – dessen kollektive (Be-)siedlungsformen als die Erfüllung sozialistischer Utopien ausgegeben werden, jedoch tatsächlich ethnisch exklusive Formen kolonialer Landnahme sind – diese Aufgabe von Siedlungen in der ägyptischen Sinaiwüste als einen Verrat an den tatsächlichen fundamentalen zionistischen Siedlungsprinzipien erachtet. Begin hingegen glaubte, in Camp-David durch die zugesagte Auflösung der Siedlungen im Sinai politisch Luft für die Beibehaltung der, im Unterschied zum Sinai, "heiligen" Westbank und des Gazastreifens zu gewinnen. Wer aber das materielle Prinzip der Aufrechterhaltung von Siedlungen bricht, der trägt – so die "linke" zionistische Opposition nicht zu Unrecht – zur weiteren, dann schier endlosen Aufgabe von Siedlungen bei. Und weil von der zionistischen, d.h. ethnisch-exklusiven Konstitution des jüdischen Staates her kein substantiell begründeter Unterschied zwischen Siedlungen in der Sinai-Wüste und solchen im Bereich des israelischen "Kernlandes" – wie insbesondere im mehrheitlich arabisch besiedelten Galiläa – besteht, wird die Aufgabe von Siedlungen als ein konstitutiver Präzedenzfall für die befürchtete Auflösung des jüdischen Staates betrachtet.

Kein Zweifel: Begin, der einer mythisch und materiell rein militärisch begründeten jüdischen Souveränität in ganz Palästina anhängt, hat dieses Prinzip leichter antasten können als "linke" bzw. "sozialdemokratische" israelische Regierungen, die die Bedeutung der Siedlung für den Zionismus immer besser verstanden als seine rechte Variante. Damit ist ein Einfallstor geöffnet, das für den weiteren Erosionsprozeß des Zionismus nicht gering geschätzt werden darf.

Wie die Verhältnisse im arabischen Osten sich auch immer entwickeln mögen – sie werden an der Realität des arabisch-palästinensischen Volkes und an seinem Widerstand nicht vorüber können. Auch die Gesetzmäßigkeit des Marktes, die Zirkulation, die dem bodenbezogenen Charakter des Zionismus entgegensteht und die heute von der israelischen Bourgeoisie, als deren artikuliertester Vertreter sich Ezer Weizman anbietet, massiv ausgebaut wird, trägt ihren Anteil bei. Sie lüstert nach offenen Märkten, für die sie jedoch die Produktivität nicht aufzubringen vermag. Aber sie greift trunken nach der glitzernden kapitalistischen Zukunft, die ihr der Imperialismus in Form einer Pax-Americana verheißt.

Welche Fraktionierungen und Brüche sich auch weiterhin ergeben werden, ist ungewiß, weitere militärische Auseinandersetzungen, die sich am Libanon entzünden könnten, sind nicht auszuschließen.

Die Zunahme der sozialen Kämpfe wird die bisher wirkenden nationalen Formen der Auseinandersetzungen in Palästina ablösen. Dies ist der Gang der historischen Tendenz. Aber solange diese Tendenz sich nicht praktisch in Bewußtsein und Bewegung der Handelnden niederschlägt, bleibt der Hinweis auf diese historische Tendenz eine bloße abstrakte Vorwegnahme, die sich so um den politischen Gehalt ihrer "Wahrheit" bringt. Die zukünftigen sozialen Kämpfe, die auf die klassenmäßige Zusammenführung von Juden und Arabern in Palästina gerichtet sind, werden durch die gegenwärtig wirkende und zionistisch begründete Unterdrückung der Palästinenser als Individuen und als Kollektiv in den besetzten Gebieten und in Israel selbst gehemmt bzw. verhindert. Die Kämpfe der Palästinenser richten sich demnach im wesentlichen gegen diese nationale Unterdrückung. Das Bewußtsein der Ausbeutung tritt demnach hinter jenem zurück. Es bleibt also dabei: Bis neue, klassenmäßig faßbare Subjekte auftreten, gilt es den palästinensischen Widerstand in der Weise zu unterstützen, die optimal dazu führt, daß für die Palästinenser die individuelle und kollektive Unterdrückung seitens des Zionismus beendet wird. Gleichzeitig gilt es aber auch, deutlich zu machen, daß der Widerstand in soziale Kämpfe wird münden müssen, die in Palästina eine internationalistische Perspektive eröffnen werden, die ihrer Erhaltung wegen einer sozialistischen Struktur bedarf.

Nukleare und militärische Zusammenarbeit BRD/Südafrika

Zum Kongreß am 11./12. November in Bonn

Joseph Senft

Bereits 1975 hatte die südafrikanische Befreiungsbewegung "African National Congress" in einer Dokumentation nachgewiesen, daß Südafrika eine Urananreicherungsanlage nach einem Verfahren baut, das von der staatlich kontrollierten Firma STEAG in Essen entwickelt und heimlich an das rassistische Regime weitergegeben wurde. Die Firmen MAN, Siemens und Linde lieferten mit Genehmigung der Bundesregierung und größtenteils abgesichert durch staatliche Kreditgarantien wichtige Teile für diese Anlage. Außerdem wurde der Bundesregierung von der Anti-Apartheid-Bewegung vorgeworfen, sie genehmige – in Mißachtung des von der UNO beschlossenen Waffenembargos gegen Südafrika – den Export von militärischen Gütern (z.B. Schnellboote, Transall-Flugzeuge, Helikopter vom Typ BO 105, Panzerabwehrraketen etc.) aus zumindest teilweise westdeutscher Produktion nach Südafrika.

Diese ausführlich recherchierten Informationen fanden in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zwar wenig, dafür aber auf internationaler Ebene um so mehr Aufmerksamkeit, so daß sich die Bundesregierung schließlich gezwungen sah, zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen. In einem 1977 veröffentlichten Memorandum gab das Auswärtige Amt zu den einzelnen Anklagepunkten Erklärungen ab, die jedoch nur die Zwielichtigkeit der bundesdeutschen Südafrika-Politik widerspiegelten. Die Dementis bestanden zum Teil darin, im Interesse der Exportindustrie Güter, die sich vorzüglich für militärische Zwecke eignen, wie z.B. Unimogs oder Hubschrauber, als Zivilgüter zu definieren, weshalb sie nicht unter die UN-Embargo-Vorschriften fallen würden. Andere Dementis standen im offenen Widerspruch zu den Meldungen offiziöser Militärzeitungen, so z.B. die Werbung für den BO 105 Hubschrauber in "Wehrtechnik" (6/1976, S. 54) als "der Militärhubschrauber". Als glatte Bestätigung der erhobenen Vorwürfe muß schließlich gewertet werden, daß zu folgenden Punkten überhaupt keine Stellung genommen wird:

"1. Die staatlich kontrollierte Firma STEAG hat ... vertraglich vom 1. April 1974 bis zum 31. März 1976 an der Konstruktion der Anlage in Valindaba, Südafrika, gearbeitet. Unter anderem liefert die Firma MAN, Nürnberg, dafür die wichtigen Kompressoren ... Das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versieht die MAN-Lieferungen mit NATO-Kodifizierungsnummern.

2. ... (vier Korvetten) werden mit Exocet-Raketen ausgerüstet, die unter Zulieferung von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, München, hergestellt werden.

4. ... (vier Schnellboote) ... mit Spezialmotoren der MTU, Friedrichshafen, für Südafrika ausgerüstet.

6. ... (Milan-Panzerabwehrraketen), die zu 50% von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, München, hergestellt werden, an Südafrika geliefert.

11. ... (neun Transall-Militärtransportflugzeuge) an Südafrika ... wurden zu zwei Dritteln von den deutschen Firmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und VFW hergestellt". (Informationsdienst Südliches Afrika, 4/77, S. 3 f)

Wenn man berücksichtigt, daß sich die südafrikanische Regierung nach wie vor weigert, den Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterzeichnen, ist der Bau einer Urananreicherungsanlage für Südafrika der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Atombombe. Daß der Besitz dieser Waffe vom südafrikanischen Apartheid-Regime angestrebt wird, geht eindeutig aus zahlreichen Aussagen seiner Politiker und Wirtschaftsexperten hervor: So sprach sich z.B. Dr. Andreas Visser, Mitglied der Atomenergiebehörde Südafrikas, bereits 1965 dafür aus, "daß Südafrika ein Nukleararsenal aufbauen solle, und zwar nicht nur zu 'Prestigezwecken', sondern auch, weil wir eine solche Bombe haben sollten, um Angriffe von großmäuligen afro-asiatischen Staaten zu verhindern. Geld ist kein Problem, das Kapital für eine solche Bombe ist vorhanden!" (New York News, 28.2.65; zitiert nach AAB/BBU (Hg.), Die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika, Bonn 1977, S. 18).

Daß sich diese Absicht bis heute durchgehalten, wenn nicht sogar verstärkt hat, zeigt z.B. die Antwort des südafrikanischen Innen- und Informationsministers Mulder auf die Frage eines "Bild"-Journalisten, ob die südafrikanische Regierung notfalls Atomwaffen zur eigenen Verteidigung einsetzen würde: "Ich möchte so antworten: Wir haben klargemacht, daß wir Uran besitzen, daß wir ein Verfahren entwickelt haben, das Uran anreichert, und wir haben grünes Licht für eine große Uranindustrie gegeben. Den Atomwaffensperrvertrag haben wir nicht unterzeichnet ...". ("Bild"-Zeitung, 8.6. 1976; zitiert nach: ebd. S. 19).

Die Bundesregierung betont bei jeder passenden Gelegenheit, daß sie gegen Kolonialismus und Apartheid und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch in Südafrika eintrete. Gleichzeitig muß sie es sich gefallen lassen, daß sogar Abgeordnete der sie tragenden Parteien, so z.B. die SPD-Abgeordnete von Bothmer, die "nur verbale Verurteilung des Rassismus" der Bonner Südafrika-Politik als "Augenwischerei" bezeichnen (vgl. FR. 11.11.1975).

Angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen der Bundesrepublik mit Südafrika wird diese Widersprüchlichkeit klar:

- Rund 400 bundesdeutsche Unternehmen investieren in Südafrika mit einem Gesamtvolumen (incl. Kredite) von 10-12 Mrd. DM. Die BRD ist nach Großbritannien der zweitgrößte Investor in Südafrika.
- Die billige Arbeitskraft, die durch das Apartheid-System garantiert wird, ergibt eine Kapitalverzinsung zwischen 10,3% und 20,6% jährlich; dazu kommt eine großzügig gehandhabte Genehmigungspraxis für die Rückführung von Gewinnen und keine Doppelbesteuerung.
- Die sogenannten Hermes-Bürgschaften, eine vom Bund abgedeckte Versicherung von Investitionen im

Ausland, stiegen für das Süd-Afrika-Geschäft von Anfang 1976 bis Mitte 1977 um über 400% (auf 2,8 Mrd. DM).
- Im Handel ist die Bundesrepublik nach Großbritannien und den USA der wichtigste Partner Südafrikas.
- Südafrika ist reich an Rohstoffen: Gold und Diamanten: 65% aller Rohstoffvorkommen der Welt; bei Platin, Chrom, Fluorspat: 70%, bei Uran: 40%, bei Vanadium: 60%; die Bundesrepublik importiert bereits heute 40% des Bedarfs an Mangan und Uran aus Südafrika; 33% an Chrom.

Angesichts der starken Rohstoff- und Export-Abhängigkeit der bundesrepublikanischen Industrie sowie der sich auf nationaler Ebene stark verschlechternden Kapitalverwertungsbedingungen ist es nicht nur das Interesse einzelner Firmen, sondern konsequenterweise auch der Regierung der kapitalistischen Industrienation Bundesrepublik, diese überaus günstigen Bedingungen in Südafrika nicht zu verlieren. Das Argument, weitere Investitionen in Südafrika sicherten u.a. auch Arbeitsplätze in der Bundesrepublik, während Boykotte nur Nachteile für die Schwarzen brächten, wird unter diesen Umständen zu einer Verschleierung der eigentlichen Interessen und wird auch dadurch nicht akzeptabler, wenn es von bundesdeutschen Gewerkschaftern benutzt wird, wie z.B. dem IG Metall-Chef Loderer; ganz abgesehen davon, daß es in langfristiger Sicht falsch ist, wie die umfassende Studie von Fröbel/Heinrichs/Kreye über die neue internationale Arbeitsteilung zeigt (rororo aktuell 4185).

Auf dem Hintergrund des sich so darstellenden Interessenzusammenhangs zwischen der Bundesrepublik und dem südafrikanischen Minderheits-Regime braucht es niemand zu verwundern, wenn diese herrschenden Interessen auch in den bundesrepublikanischen Medien entsprechend zur Geltung kommen. Um so wichtiger ist es, daß alle, die etwas gegen Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika tun wollen, sich über die Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen des Apartheid-Systems gut informieren, diese Informationen einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich machen und sich an Aktionen und Kampagnen beteiligen, die dieses Wissen vermitteln und politischen Druck auf Verantwortliche in allen Bereichen der Gesellschaft ausüben.

Der am 11./12. November 1978 in Bonn stattfindende Kongreß stellt eine gute Möglichkeit dar, in diesem Sinne Aufklärungsarbeit zu leisten. Er sollte deshalb nicht nur in seiner Vorbereitung und Durchführung unterstützt werden (z.B. durch Teilnahme oder durch Spenden), sondern auch in der Zeit danach als Informationsquelle für Veranstaltungen in den einzelnen Solidaritätsgruppen genutzt werden.

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Blücherstr. 14, 53 Bonn, Tel. 02221/ 211355, ist bereit, auf Anfrage Informationsmaterial zum Kongreß und seiner Problematik zur Verfügung zu stellen. Es gibt dort auch eine Liste von Firmen aus der BRD, die direkt oder indirekt an dem Atomgeschäft und an der rassistischen Unterdrückungspolitik der SAR beteiligt sind – eine Anregung auch für örtliche Aufklärungsaktionen dort, wo solche Firmen ihren Sitz haben.

Über die AAB und die Unterstützungsorganisationen können auch Referenten zu dem Thema angefordert werden.

Weiterhin können von der AAB angefordert werden (a) ein kostenloses Flugblatt mit dem Unterstützungsaufruf und anhängender Zahlkarte für Spenden, (b) eine Broschüre "Die atomare Zusammenarbeit BRD – SAR", Hrsg. AAB/BBU, Preis DM 1,50 (Unterstützer DM 1,--), (c) ein Buch von Ostrowsky/Geisler "Südafrika – Rassismus - Imperialismus - Befreiungskampf" (Pahl-Rugenstein) DM 10,80.

Wer nichts tun kann, aber durch eine Spende helfen möchte, für den sei hier das Konto aufgeführt: Sonderkonto „Anti-Apartheids-Kongreß", Nr. 1019894500 bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Bonn.

★

Portugal und die Europäische Gemeinschaft

Harald Bär/Dieter Lüft/Peter Schlotter

Der Bruch der Koalition zwischen den Sozialisten und dem rechtsgerichteten demokratisch-sozialen Zentrum (CDS) ist Ausdruck dessen, was die bürgerlichen Presse "Unregierbarkeit" nennt, also eines Kräftegleichgewichts der Klassen, das eine reibungslose Durchsetzung kapitalistischer Systemregeln nicht zuläßt. Anlaß waren die Verschleppung von Entschädigungszahlungen an enteignete Großgrundbesitzer und Industrielle durch die portugiesischen Sozialisten und die Befürchtung der Koalitionsparteien, an ihren Rändern links bzw. rechts Stimmen zu verlieren.

Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse

Das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, das sich – wie immer gebrochen – in einer Schwerpunktverlagerung der Politik äußerte, hatte sich seit November 1975 zunehmend zur rechten Mitte und nach noch weiter rechts verschoben. Die antifaschistische Emphase der ersten beiden Revolutionsjahre, auch in den Mittelklassen, wich bald einer Ernüchterung, als die Hoffnung auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung enttäuscht wurde. Die wirtschaftliche Situation der Klein- und Mittelbauern im Norden und der kleinen Warenbesitzer verschlechterte sich durch die revolutionären Veränderungen nachhaltig, so daß sie die soziale Basis der Restauration bilden konnten. Jetzt rächte sich sträflich, daß die Linke sich immer an den fortgeschrittensten Bewegungen in den Industriezentren um Lissabon und in den Gebieten mit Großgrundbesitz im Alentejo orientiert hatte und nicht an der "Nachhut", die die entscheidende Schranke für den revolutionären Prozeß bildete.

Dieses Wiedererstarken anfangs zurückgedrängter Interessen konvergierte mit einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Militär, in dem die sogenannten unpolitischen Fachleute zunehmend an Boden gewannen. Diese Entwicklung wurde durch die Verringerung der Armee von 200.000 Mann auf 27.000 Mann erleichtert, indem ohne viel Aufhebens die linken Berufsoffiziere, wenn sie nicht schon nach dem 25. November 1975 entlassen worden waren, die linken Milizoffiziere und die linken Wehrpflichtigen aus der Armee entfernt werden konnten. Innerhalb der Armee dominieren die konservativen Offiziere in den Truppenkommandos, die sogenannten Technokraten in den Stabsstellen, während der letzte Rest der sozialdemokratischen und linkssozialdemokratischen Offiziere um die "Gruppe der Neun" noch im Revolutionsrat eine knappe Mehrheit hat.

Nachdem die "überparteiliche" Regierung Nobre de Costa, von Generalpräsident Eanes gegen den Willen des militärischen Revolutionsrats berufen, im Parlament gescheitert ist, ist die politische Pattsituation offensichtlich, aus der es eher einen rechten, kaum jedoch einen linken Ausweg zu geben scheint. Jede spätere Regierung, wie immer politisch sie zusammengesetzt sein mag, wird die Politik der sozialistischen Minderheitsregierung und der PS-CDS-Koalition mit geringen Abweichungen fortsetzen und vor allem den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft weiterbetreiben müssen. Das dürfte jedoch nur möglich sein, wenn als "Eintrittskarte in das europäische Konzert" die Ergebnisse von zwei Jahren Revolution schrittweise modifiziert werden. Sind es doch vor allem die von der Linken beherrschten Kooperativen in Mittel- und Südportugal und der – zumindest theoretisch – große Einfluß des Staates auf die Investitionen und die Wirtschaftspolitik, die als "Fremdkörper" in der "marktwirtschaftlichen" EG angesehen werden.

Diese Rücknahme von Errungenschaften der Revolution, auch wenn diese letztlich nur geringe Änderungen an einem im Grunde weiter kapitalistisch gebliebenen Produktionsprozeß gewesen sind, soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Diskrepanz zwischen einem autoritären bis faschistoiden Maßnahmestaat Salazar'scher Prägung und einer bürgerlichen Demokratie nicht gering geschätzt werden darf und auch von der Linken in der Bundesrepublik als ein entscheidener Sieg der Revolution angesehen werden sollte.

Schon vor der Dauerkrise portugiesischer Regierungen durch die harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Portugal zur Inflationsbekämpfung und zur Reduzierung der Auslandsverschuldung eine strenge Deflationspolitik aufzwangen, wurden präventiv die Ansätze einer antikapitalistischen Umgestaltung der portugiesischen Sozialstruktur abgewürgt, wobei äußere Zwänge (Abhängigkeit von Europa und vom Welt-

José Afonso kommt

Vom 12. bis 25. November unternimmt José Afonso, der Sänger der portugiesischen Revolution, zusammen mit Günter Wallraff und zwei anderen portugiesischen Liedersängern, Fausto und Vittorino, eine Solidaritätstournee durch die Bundesrepublik. Die Stationen der Tournee sind:

12.11. Karlsruhe (Universität)
13.11. Frankfurt (Volksbildungsheim)
14.11. Ludwigsburg (Stadthalle)
15.11. Dortmund
17.11. Köln (Stadthalle Mühlheim)
18.11. Hannover (Freizeitzentrum Raschplatz)
19.11. Bremen (Glocke)
20.11. Hamburg (Uni Audi Max)
25.11. Berlin

José Afonsos künstlerischer und politischer Werdegang spiegelt die Entwicklung in Portugal. 1929 geboren, teilweise in Angola und Moçambique aufgewachsen, studierte er in Coimbra, wo er auch den dortigen Fado studierte. Mit diesem bohemisch-romantischen Milieu kontrastierten die Verdummung, die soziale Not und die Repression, die er auf Reisen über Land erlebte. Afonso begann, eigene, politisch engagierte Lieder zu machen. Ab 1958 lebte er, verheiratet und mit zwei Söhnen, mehr schlecht als recht von Lehrtätigkeiten in der Provinz. Diese Erfahrungen, verstärkt durch das moralische Trauma, das der Kolonialkrieg für die portugiesische Jugend bedeutete, ließen ihn den rückschrittlichen Verhältnissen Coimbras den Rücken kehren. 1964 bis 1967 lebte er in Moçambique. Danach, unter politischem Berufsverbot, sang er, der Geheimpolizei PIDE trotzend, im Industriegürtel Lissabons und auf dem Lande sowie im faschistischen Spanien. Es entstand ein neuer Typ des politischen Liedes (cançao de intervençao) und ab 1970/71 eine breitere Bewegung volksliedhafter antifaschistischen Gesangs mit neuen Namen. Afonsos Lieder "Os Vampirios", "O Coro dos Caidos" und "O Menino do Bairro Negro" gingen oft über die Exilsender Algier und Conakry. Die Bewegung der Streitkräfte trug der Bedeutung dieser Protestbewegung Rechnung, als sie mit "Grândola Vila Morena" das Signal zur Erhebung des 25. April 1974 gab. Afonso nahm nun an zahllosen Solidaritätskonzerten im In- und Ausland teil und begann eine neue, befreite künstlerische Produktivität. Politisch gehört er zu jenen Künstlern, die unabhängig von der KP wie der PS blieben und sich zu den Freunden Otelo Saraiva de Carvalhos zählen, der für viele die Revolution wie die demokratische Basispolitik symbolisiert.

Der Regierungscoup vom 25. November 1975, der die Revolution zurückdämmte, bedeutete auch für Afonso eine Zäsur. Sein nervöses Leiden verschlimmerte sich, seine Produktivität ging zurück. Seine relative Erholung zeigt sich an seiner neuen Platte "Enquanto há Força", in der wieder zuversichtliche, ja fröhliche Töne überwiegen und die breiten künstlerischen Möglichkeiten dieses Sängers von Weltrang realisiert werden. Die Platte beginnt mit dem aufmunternden Titellied: "Solange noch Kraft ist im Arm, der Vergeltung übt ...", gefolgt von einem getragenen Lied über die Situation des antifaschistischen Widerstands und einem fröhlich rhythmisierten Lied über den "neuen Menschen" der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika: "Colonialismo nao passera, Imperialismo nao passera ...".

Die Reaktion wird karikiert in dem Sprechgesang einer antikommunistischen Predigt des Bischofs von Brega, die Massenverdummung durch einen Spottgesang aus Werbesprüchen. Das Lied "Ali esta o Rio" ist auf Bertolt Brechts Lehrstück "Die Ausnahme und die Regel" gegründet. Einige weitere Lieder beschäftigen sich mit der Volksmacht, den revolutionären "poder popular", an verschiedene Chanson- und Volksmusikformen anknüpfend. Nach den Texten wie nach dem musikalischen Arrangement erweist sich Afonso hier wieder als bei weitem der bedeutendste portugiesische Sänger, in seiner künstlerischen Phantasie Biermann vergleichbar, jedoch im Arrangement und in der Nutzung verschiedenster musikalischer und dichterischer Traditionen raffinierter, intellektueller, differenzierter, d.h. zugleich begrenzter und weiter.

Dies ist er heute freilich auch durch die Mitwirkung anderer portugiesischer Sänger an jener Platte, darunter Sérgio Godinho und Fausto. Fausto und Vitorino werden ihn auf der Tournee im November begleiten. Vitorino ist irgendwie ein Gegentyp zu dem Intellektuellen José Afonso: im Alentejo geboren, hat er in der Pariser Emigration zu singen begonnen: Lieder der alentejanischen Folklore oder an diese angelehnt. Vitorino hat in der Revolutionszeit viel bei kämpfenden Gewerkschaftern, Genossenschaftsarbeitern, Einwohnerkommissionen gesungen, ebenso in Solidarität mit dem Widerstand gegen das frankistische Regime in Spanien und letztlich in verschiedenen Auslandstourneen mit José Afonso.

Wer sich näher über die Tournee informieren möchte, kann sich an die Kulturinitiative, Humboldtstr. 86, 6000 Frankfurt 1 wenden.

MICHAEL VESTER

markt) und innenpolitische Kräftekonstellationen zusammenspielen.

Die halbherzige Landreform

Schon die Landreform verlief während der revolutionären Phase nur halbherzig; obwohl sie in Ländern des "peripheren Kapitalismus" letztlich entscheidend für die Weiterentwicklung des Landes ist, blieb sie auf den Süden des Landes beschränkt. Hier wurden die alten Strukturen des Großgrundbesitzes beseitigt, während im Norden das Kleineigentum und die Parzellenwirtschaft beibehalten wurde. Der Charakter der Subsistenzwirtschaft im Norden blieb erhalten und somit das Dilemma, daß die portugiesische Landwirtschaft nicht in der Lage ist, das Land ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Die tatsächliche Einleitung zur Agrarreformgesetzgebung bildeten jedoch die spontanen Aktivitäten der Landarbeiter, wie z.B. Landbesetzung und Bildung von Kooperativen. Die Agrargesetze waren somit lediglich eine Reaktion von Parteien und Regierungen auf die bereits vorgenommenen Landbesetzungen und dienten nur dazu, den rebellischen Süden unter Kontrolle zu bringen. Das war auch der Grund, warum das Agrargesetz den Norden ausklammerte bzw. den Klein- und Mittelbesitz nur am Rande erwähnte.

Der Norden Portugals wurde vernachlässigt, sieht man von den Alphabetisierungskampagnen ab. Auf die Schwierigkeiten und Bedürfnisse dieser Kleinbauern wurde nicht bzw. kaum eingegangen, so daß die enttäuschten Bauern hier der Landreform zuletzt ablehnend gegenüberstanden und von den Reaktionären für ihre Zwecke eingespannt werden konnten. Ein Konzept für den Norden gab es eigentlich nur im "Dokument des COPCON" vom August 1975, in dem die bedrohliche Lage der Kleinbauern analysiert und dringende Maßnahmen wie Senkung der Preise für Düngemittel, Gewährung von zinslosen Krediten, staatlich garantierte angemessene Abnahmepreise und Einsatz von Armeefahrzeugen für Ernte- und Transportzwecke vorgeschlagen wurden. Realisiert wurde davon jedoch kaum etwas.

Bereits das erste fixierte Gesetz zur Agrarreform im Frühjahr 1975 bedeutete eine Rücknahme von Errungenschaften der Agrarrevolution, die vor allem von den landlosen Massen im Süden gegen den Willen der Gewerkschafts- und Parteiführungen vorangetrieben worden war. Die wichtigste Grundsatzentscheidung wurde damit bereits hier gefällt.

Obwohl Landbesitz über 700 ha zur Enteignung freigegeben wurde und der Privatbesitz sich nach einer Tabelle von maximal 50.000 Bodenschätzpunkten (z.B. Bodenfruchtbarkeit, Ertragsfähigkeit, Distriktszugehörigkeit u.a.) richtete, erhielten die besitzlosen Landarbeiter kein Landeigentum. Das Land wurde nicht denen gegeben, die es bearbeiten, wie es die Parole vom 25. April forderte, sondern die juristische Verfügungsgewalt ging in die Hände des Staates über, nicht der Kooperativen.

Mit einem weiteren Gesetz wurden die Kooperativen zwar legalisiert und kreditwürdig, jedoch die basisdemokratischen Erfolge, wie Selbstverwaltung und Ansätze zu einer Räteorganisation, waren bereits vorher mit dem Gesetz zur Wahl der Leitungsorgane begrenzt worden. Durch die Nichtregelung des Zwischenhandels von Agrarprodukten, der weiterhin öffentlichen und privaten Händen oblag, konnten die einzelnen Kooperativen in Konkurrenz zueinander gehalten werden und somit ihre Funktion als Volksmachtorgane zerstört werden. Außerdem sicherte sich das Landwirtschaftsministerium durch Auflagen (z.B. ordnungsgemäße Buchführung) und durch die Kreditvergabe ein Mitbestimmungsrecht.

Die nächste Etappe zur Rücknahme der Agrarrevolution bildete die Novellierung wichtiger Gesetze im Frühjahr 1976. Begleitet von einer durch die Reaktion kontrollierten Politisierung der Klein- und Mittelbauern im Norden, wurde die Enteignung von Ländereien auf bestimmte Distrikte, vornehmlich im Süden, begrenzt. Das historische Nord-Süd-Gefälle in Portugal wurde somit konserviert und die Entwicklung der gesamten Landwirtschaft zu mehr Produktivität infrage gestellt. Die endgültige Zurückdrehung der Agrarrevolution erfolgte im Sommer 1977 durch die neuen Gesetze unter Landwirtschaftsminister Barreto, der mittlerweile aus der PS ausgetreten ist. Rückwirkend wurden die Bodenschätzpunkte für Privatbesitz auf 70.000 heraufgesetzt, wobei auch noch auf die Einbeziehung von Maschinen und Einrichtungen verzichtet wurde. Hunderte von Bauern und Großgrundbesitzern erhielten wieder Land zurück, wodurch die Landkooperativen in ihrer Lebensfähigkeit bedroht wurden.

"Normalisierung" in der Industrie

Der Entwicklung der Landwirtschaft entsprachen im Industriesektor eine Reihe von Maßnahmen, die die von früheren Regierungen auf Druck der Industriearbeiter erlassenen Gesetze wieder aufhoben oder einschränkten.

So wurde z.B. das Gesetz über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft vom Januar 1975 von der PS-Regierung wieder aufgehoben, da es den Kommunisten eine beherrschende Stellung in den Gewerkschaften sichere, obwohl sie noch nicht einmal 15% der Wählerstimmen bei den letzten Wahlen bekommen hatten.

Streiks durften nur noch, außer in bestimmten Ausnahmefällen, von gewerkschaftlichen Organisationen ausgerufen und organisiert werden. Streiks im öffentlichen Dienst sind illegal, und die Arbeiter können somit durch Dienstverpflichtung gezwungen werden, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Das Betriebsverfassungsgesetz mit dem schönen Namen "Kontrolle der Betriebsführung" enthält – im Gegensatz zur Verfassung – nur das Recht, daß die Betriebsräte in Betrieben mit über 50 Beschäftigten zwar ein Informationsrecht, jedoch kein Mitspracherecht haben.

Betriebe, die nach dem 25. April von ihren Eigen-

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle - Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressekampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Sudamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der Dritten Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+ berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– / öS 200,– / Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,– / öS 140,– / Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

Bitte senden Sie mir
ein Probeexemplar!

Name

Vorname

Strasse

Plz/Wohnort

tümern aufgegeben und von der Belegschaft übernommen wurden, sollen vom Staat nicht mehr unterstützt werden, da die meisten von ihnen wirtschaftlich unrentabel seien. Ein Teil von ihnen – vermutlich die rentablen – soll wieder reprivatisiert werden, da die Regierung glaubt, die von Arbeiterkommissionen gelenkten Betriebe seien ein Hindernis für die Verhandlungen über den EG-Beitritt.

Plante die Regierung Soares noch im September 1976, nur keine weiteren Verstaatlichungen mehr vorzunehmen und die Aufteilung der Wirtschaft in zwei Drittel öffentlichen Bereich und ein Drittel Privatwirtschaft beizubehalten, so war ein Jahr später davon nicht mehr die Rede. Im April 1977 erklärt der Planungsminister, daß nur noch die Grundstoffindustrie, Verkehrs- und Energiebetriebe unter Staatskontrolle bleiben sollten, da die meisten verstaatlichten Betriebe unrentabel seien. Die Regierung setzte eher auf die Privatwirtschaft und die ausländischen Investitoren.

EG-Beitritt: Verschärfung der Unterentwicklung

Der geplante Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ist von den portugiesischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zur "Stabilisierung der Demokratie", d.h. zur Stabilisierung einer bürgerlichen Demokratie auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse gedacht. So rechnen die Sozialisten vor allem damit, durch den Eintritt in die EG den Rückfall in faschistische Verhältnisse verhindern zu können, während die rechten Parteien in der EG vor allem ein Bollwerk gegen den Sozialismus sehen. Die PCP ist zwar gegen den EG-Beitritt, hat jedoch auch keine Alternative anzubieten, außer der, "daß der Handel mit der EG, mit den sozialistischen Ländern und der Dritten Welt auf der Basis gegenseitigen Vorteils weiter ausgeweitet werden sollte".

Die bisherige Eingliederung Portugals in das europäische Wirtschaftsgebiet hatte vor allem traditionelle Formen internationaler Arbeitsteilung zur Folge. Angesichts der geringen Binnenkaufkraft, den geringen Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land und nur weniger Rohstoffe konnte Portugal bisher dem ausländischen Kapital nur Lohnkostenvorteile anbieten, d.h. staatlich garantierte Niedriglöhne und ein "sicheres Investitionsklima" bei Ausschaltung gewerkschaftlicher Organisationen. Die kapitalistische Teil-Industrialisierung in Portugal konzentrierte sich daher auf diejenigen Branchen bzw. Unternehmen, die im internationalen Maßstab Gewinn brachten und an die Reproduktionsdynamik der Metropolen gekoppelt waren. Die Landwirtschaft stagnierte, und obwohl knapp ein Drittel der Erwerbsbevölkerung noch in der Landwirtschaft tätig war, mußte Portugal ein Drittel seiner Lebensmittel importieren.

Einige industrielle Wachstumspole expandierten, in denen der ausländische Kapitalanteil dominierte. Insgesamt handelt es sich um eine abhängige Industrialisierung ohne gesellschaftliche Entwicklung. Die sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung konnten bis 1974 durch die Ausbeutung der Kolonien abgemildert werden, da diese die Rohstoffabhängigkeit Portugals vom Weltmarkt vermindern und die Devisenüberschüsse produzieren konnten, die das Niveau des Lebensstandards in der Metropole zwar auf einem niedrigen Niveau halten konnten, das jedoch immer noch höher lag als gegenwärtig. Dies gilt möglicherweise nicht für die industrielle Arbeiterklasse und Teile der Landarbeiter, jedoch sicherlich für die städtischen und ländlichen kleinen Warenbesitzer und die Mittelklasse.

Die Strukturdefekte, die Portugal zu einem Land der "europäischen Peripherie", zu einem europäischen Entwicklungsland machten, bestehen auch nach der Revolution fort und haben sich durch die Unabhängigkeit der Kolonien noch verschärft. Da – entgegen liberaler Wirtschaftstheorie – die Konkurrenz keineswegs zu einer ausgeglichenen, "sozialen" Wirtschaftsstruktur führt, werden durch den EG-Beitritt nach einer Übergangszeit freier Warenverkehr und Freizügigkeit von Kapital und Arbeit keineswegs zu einem allmählichen Ausgleich des vorhandenen Entwicklungsgefälles führen. Es dürfte viel eher das Gegenteil der Fall sein: der "Mezzogiorno-Effekt", d.h. das Gefälle zwischen industrialisierten und nicht-industrialisierten Gebieten wird sich verschärfen. Einem stärkeren Importdruck des metropolitanen Kapitals der Europäischen Gemeinschaft werden von den größeren Unternehmen Portugals nicht alle, von den Mittel- und Kleinunternehmen nur wenige begegnen können. Nach den Erfahrungen innerhalb der EG der Neun dürften auch Regional- und Strukturpolitiken daran nichts ändern. Das Entwicklungsgefälle sowohl zwischen den Metropolen und der europäischen Peripherie, wie auch in der Peripherie selber, wird sich verschärfen.

Die NATO und Portugal

Die verstärkte Integration Portugals in die NATO soll ausbrechende soziale Konflikte unter Kontrolle halten. Da die koloniale Kriegsführung nicht mehr zu den Aufgaben der portugiesischen Armee gehören kann, muß diese für die Kriegsführung auf dem europäischen Kriegsschauplatz umgerüstet und neu ausgebildet werden. Zu diesem Zweck inspizieren Offiziere der US-Armee und der Bundeswehr portugiesische Truppen, um das noch brauchbare Rüstungsmaterial zu sichten und um Vorschläge zu machen, wie diese Truppenteile ausgerüstet werden sollten. Wie aus einem veröffentlichten Dokument der nordatlantischen Versammlung der NATO vom September 1977 hervorgeht, stehen die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland an "vorderster Front bei der Hilfeleistung" für die portugiesischen Verbündeten. Die USA wollen für 60 Mio.· Dollar ausgemusterte Waffen nach Portugal liefern, während die Bundesrepublik bereits 20 Kampfflugzeuge Fiat G 91 versprochen hat und bereits für 11 Mio. DM rund 500 LKWs verschiedener Typen unentgeltlich der portugiesischen Armee überlassen hat. In schöner Offenheit schreibt die NATO, daß Schiffe und Flugzeuge zur Zeit für Portugal zu teuer seien. Es sei wichtig, die Armee gut auszurüsten, da "diese aus innenpolitischen Gründen von entscheidender Bedeutung ist".

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(11/1) **Was der Betriebsrat machen kann** – Vorstellungen der Gruppe Hoss/Mühleisen bei Daimler-Benz; Bezug über "plakat", Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1, gegen DM 2,-- (Briefmarken)

(11/2) **Bloch 78** – Marxismus und Naturbeherrschung, Thesen ca. 70 S./DM 4,-- über "Studiengruppe zur Geschichte der Arbeiterbewegung", Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(11/3) Von Bismarck bis H. Müller – vom Sozialistengesetz zur Koalitionsregierung, November 1918 – die Revolution in Württemberg, Vom 4.8. bis zur Russischen Revolution: **Schriften von Fritz Rück**; ca. 80 S./DM 7,--; Bezug "Studiengruppe zur Geschichte ..., Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(11/4) **Kampagne gegen das Modell Deutschland Atomic Power? No Thanks** (englischsprachige Broschüre über den Modellcharakter politischer Repression in Deutschland); Bezug gegen Voreinsendung von DM 5,70 über ESG, Querenburger Höhe 287, 463 Bochum

(11/5) **Nonkonform**, der grüne Informationsdienst berichtet monatlich über ökologische Wählergemeinschaften, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, alternative Lebensformen, Öko-Faschismus, Texte dazu erbeten an die Redaktion: P. van Spall, 1 Berlin 21, Spenerstr. 2; Bestellungen nur gegen Vorkasse – Jahresabo '78 (5 Hefte) DM 12,--; Abo 1979 (12 Hefte) – an Studien von Zeitfragen, Postfach 700925, 6 Frankfurt 70; PSCHA Ffm Kto. 130382-602

(11/6) **Graswurzelrevolution** Nr. 38: Wehrpaßverbrennung ... ein Strohfeuer?, Gorleben Aktionstage und dezentraler Widerstand, Stromzahlungsboykott, Zwangsdienstverweigerung in der BRD/DDR u.a. Bezug gegen Voreinsendung von DM 2,50 in Briefmarken: Kalle Seng, Methfesselstr. 69, 2 Hamburg 19

(11/7) **Erzieher-Zeitung** Nr. 16 berichtet über Gastarbeiterkinder in der BRD, Rollenspiel-Möglichkeiten und Grenzen, Sport im Kindergarten u.a.; 40 S./DM 2,-- (Briefmarken); bei Redaktion EZ, Heinrich-Fuchs-Str. 3, 69 Heidelberg zu beziehen

(11/8) **Tagungsführer zum 6. Deutschen Jugendhilfetag**, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, dem Veranstalter; Bezug gegen Voreinsendung von DM 2,-- (Briefmarken) bei AGJ, Haager Weg 44, 53 Bonn

(11/9) Dokumentation **"Planspiel mit Betroffenen in einer Kleingemeinde"**, 152 Seiten/DM 8,-- (Briefmarken) bei Heinz A. Jacobs, Enger Str. 42, 5137 Waldfeucht

(11/10) **Entwicklungshilfe/Dritte Welt**

- **Paulo Freire** – Dissertation "Zur Theorie und Praxis Paulo Freires in Brasilien". Die Arbeit beschreibt und analysiert drei Alphabetisierungskampagnen P.F. im Nordosten Brasiliens in den Jahren 1962-1964; 270 S./DM 18,--; Bezug über: Gerhardt, An der Fischerweide 2, 6 Frankfurt 50
- **Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung, Teil II** – Die Stellung der Kirche zur Theologie der Befreiung; ca. 80 S./DM 3,--; Bezug gegen Voreinsendung in Briefmarken über CfS c/o Karl Grünewald, Hamburger Str. 40, 44 Münster
- **Veröffentlichungen der Informationsstelle Palästina** – Übersicht anfordern bei ISPA, Kaiserstr. 237, 53 Bonn
- **Erziehung und Bildung in Südafrika** – Das Bildungssystem der 'nichtweißen' Bevölkerungsgruppen, herausgegeben von Hans-Martin Große-Oetringhaus, ca. 170 S.; Bezug: Informationsstelle südliches Afrika, Blücherstr. 14, 53 Bonn
- **Materialien zur Arbeit mit ausländischen Jugendlichen**, 380seitiger Materialband mit Beiträgen, Erfahrungsberichten, Adressen etc.; Gegen Voreinsendung von DM 10,-- zu beziehen bei AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn
- **Weihnachten in Soweto** (Max Koranyi/Frank Overhoff) Unterrichtseinheit für den Religionsunterricht; 120 Seiten; Bezug: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

(11/10a) **"antimilitarismus-information" Sonderheft 20/Juli 1978** zum Thema: "Antimilitarismus in der Sozialdemokratie vor 1914/Materialien zur Aufarbeitung antimilitaristischer Tradition". Herausgegeben und eingeleitet von Günter W. Dill. 60 Seiten. DM 2,60. Bestellungen über den Vertrieb der "ami", Frau Brigitta Gründing, Nördl. Auffahrtsallee 20, 8000 München 19, Tel. 089/154850

(11/11) **Verkaufe zu stark reduzierten Preisen:** Michael Foucault "Wahnsinn und Gesellschaft" (DM 5,--); Funk-Kolleg Erziehungswissenschaft Bd. 1-3 (DM 5,--); Wörterbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik (DM 2,--); Werner Raith "Erziehung – Anspruch – Wirklichkeit" (DM 2,--); Geschichte der Erziehung (DM 5,--); Kurt Tucholsky "Schnipsel" (DM 2,--). Carl-Wilhelm Macke, Küchengartenstr. 4, 3 Hannover 91

(11/12) **Verschiedene Zeitschriften und Materialien:** ADAC-Motorwelt 1972-1976; Materialien der Marxistischen Gruppe/Roten Zellen/AK-Fraktion 1971-1974; Materialien aus China u.a. Peking-Rundschau aus den Jahren 1971-1975; Porto für Zusendung beilegen. Peter Silbereisen, Jahnstr. 15, 62 Wiesbaden

FILM/THEATER/KULTUR

(11/13) Wir erstellen eine Dokumentation, in der alle **medienpädagogischen Aktivitäten** in der BRD erfaßt und bewertet werden sollen, in deren Rahmen mediale Kommunikate zur Erreichung bzw. Durchsetzung bestimmter Ziele (politische, pädagogische etc.) benutzt und/oder hergestellt werden. Kontakt für Gruppen, die an einem Erfahrungsaustausch interessiert sind: Margret Köhler c/o Institut Jugend Film Fernsehen, Waltherstr. 23, 8 München 2

(11/14) **Filme im Zentral-Film-Verleih**

- Nah beim Schah, 42 min Lichtton von Wolfgang Landgreber;
- Zeugnis des Terrors, 25 min Argentinien
- Die Erkenntnisse des Paul Seidenberg, ein komischer Film zum Thema "Berufsverbote", 20 min

Bezug: Zentral-Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36

(11/15) **Arbeiter-Literatur/-Film/-Fotografie** – Katalog aus dem Antiquariat Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7, CH 8001 Zürich

(11/16) **"Es ist nicht alle Tage Sonntag"** – Kalender der sozialdokumentarischen Fotografie 1979 (13 Blätter in Klemmschiene, Kunstdruckpapier 42 x 50 cm), DM 24,-- plus DM 3,-- Porto/Verpackung; Bezug: Jochen Mariss, Gräfinghagener Str. 87, 48 Bielefeld 18, Tel. 05202/6622

(11/17) **Film zum Russell-Tribunal**, hergestellt von Filmemachern der Deutschen Film- und Fernseh-Akademie in Westberlin; Inhalt: Entstehung und Inhalte des Tribunals und die öffentliche Gegenkampagne, 15 min/16 mm Lichtton; Verleih: Basis-Film-Verleih, Finckensteinallee 32, 1 Berlin 45, Tel. 030/8338081

(11/18) **Medienzentrum Fuhlsbüttel** – Versuch – Idee – Diskussion – Erfahrungen operativer Medienarbeit; 120 Seiten/DM 8,40 auf das Konto 1057/210054 bei der Hamburger Sparkasse überweisen und beim Medienzentrum Fuhlsbüttel, Fuhlsbütteler Damm 93, 2 Hamburg 63 bestellen

(11/19) **Selbsterfahrungsschauspielschule** des dramatischen Zentrums Wiens plant für April/Mai 1979 eine **Tournee in der BRD** mit ihrem Abschlußprojekt "Tyhl Ulenspiegel von de Coster"; Wer Interesse hat an einer Zusammenarbeit, schreibe an SE-Schauspielschule, Seidengasse 13, A 1070 Wien

(11/20) **Editions trèves** – Verein zur Förderung der küstlerischen Tätigkeiten, umfangreichen Verlagsprospekt anfordern; Postbox 1401, 55 Trier 1

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(11/21) Die Falken Bezirk Hannover suchen zum 1.11. einen **Organisationssekretär**, zum 1.1.1979 eine **Erzieherin** für das Jugendzentrum, zum 1.2.1979 einen **Bildungsreferenten** für Kinder- und Hauptschülerarbeit; SJD-Die Falken, Walderseestr. 100, 3 Hannover 1

(11/22) **Wir haben die Schnauze voll** – immer wieder von vorne anzufangen, deshalb suchen wir jetzt Leute, die schon was davon verstehen. Von was – vom Drucken, Repro usw. Und wo – linke Druckerei in Frankfurt, Tel. 0611/523051, Detlef und Klaus

(11/23) **Dipl. Pädagoge** sucht Stelle in der außerschulischen Jugendarbeit oder in der Erwachsenenbildung im Raum Ruhrgebiet. Hans-Leo Bobber, Ruhrstr. 17, 5810 Witten

(11/24) Suche für meinen sprechbehinderten Freund einen Job als **Bürokaufmann** (bes. Buchhaltung) oder anderes, möglichst im Raum Rheinland-Pfalz/Hessen. Angebote an Sozialistisches Büro, Chiffre 11/24

ARBEITS-/WOHN-/FREIZEITKONTAKTE

(11/25) Wir (31/26/2 J.) suchen Anschluß an **Wohngemeinschaft** (möglichst mit Kindern) im Raum Oldenburg oder Leute, die Interesse an einer WG haben. Martin Gronemann, Nr. 88, 4443 Quendorf

(11/26) Frau (30), Mann (28), Kind (3 1/2) in Frankfurt: undogmatische Genossen mit Schwerpunktinteresse und jahrelanger praktischer Erfahrung auf dem Gebiet politischer Psychiatrie und Psychotherapie suchen nach Möglichkeit berufstätige Genossen für **WG**, mit denen gemeinsames Arbeitsfeld denkbar ist. Tel. 0611/556541

(11/27) **Westend** – drei berufstätige Frauen suchen eine vierte für 2 leere Zimmer in einer 6 Zi-Wohnung, Miete DM 300,--, Tel. 0611/724872

(11/28) **Genossin**, 44 Jahre alt, Literatur-, Philosophie-, Geschichtsstudium, sucht im Raum Frankfurt/Darmstadt Partner, der Arbeit und Freizeit mit ihr teilt; Wohngemeinschaft möglich; Briefe bitte an Sozialistisches Büro, Chiffre 11/28

(11/29) Wer hat Interesse an der Bildung eines Arbeitskreises **"Alternativer Tourismus"**, ein erstes Treffen könnte Anfang des nächsten Jahres stattfinden. Gerhard Armanski, Wallotstr. 5, 1000 Berlin 33

(11/30) **Raum Lünebürg-Hamburg**, ich arbeite vom 1.4.-30.9.1979 als Praktikant in der Psychiatrischen Klinik Häcklingen und suche für diese Zeit ein Zimmer in einer WG. Horst Pohl, Gravenbruchring 75, 6078 Neu-Isenburg, Tel. 06102/36088

TERMINE

- Übertragbarkeitsmöglichkeiten der **Methode Freires** auf unsere Situation; AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80
- **Videoforum 1978** in Westberlin vom 1.-5.12. Nähere Informationen gegen DM 2,-- (Briefmarken) bei Mediencooperative, Pallasstr. 8/9, 1 Berlin 30
- **Italien-Symposium** – Politik und Kultur in Italien; Auskunft: Büro des Fachbereichs 7, Universität Osnabrück, Neuer Graben/Schloß, 4500 Osnabrück, Tel. 0541/6084196

Multinationale Arbeiterklasse und Anti-Diskriminierungspolitik

Peter Tergeist

Die Bedeutung des Falls 'Bakke"

dpa

Alan Bakke, ein heute 38 Jahre alter weißer Ingenieur, bewarb sich 1973 und 1974 an der Universität von Kalifornien in Davis um einen Studienplatz in Medizin, wurde aber beide Male abgewiesen. Die Universität hat nur 100 Studienplätze zu vergeben, es gehen jedoch jährlich meist über 3.000 Bewerbungen ein. Von den 100 Plätzen vergibt die Universität 84 nach einem "normalen" und 16 nach einem "besonderen" Zulassungsverfahren. Letzeres wird für Angehörige "wirtschaftlich und kulturell benachteiligter Gruppen " reserviert – für Schwarze, Chicanos und Amerikaner asiatischer und indianischer Abstammung.

Bakke klagte die Universität "umgekehrter Diskriminierung" an, da unter dem "besonderen" Zulassungsverfahren Bewerber angenommen wurden, die einen geringeren Notendurchschnitt als Bakke mitbrachten. Nachdem bereits im September 1976 der Oberste Gerichtshof von Kalifornien die Quote von 16 Plätzen für Minderheiten als verfassungswidrig verworfen hatte, gab am 28. Juni nun auch der Supreme Court (Oberster Gerichtshof) der Vereinigten Staaten Bakke recht. Er ordnete seine Aufnahme durch die Universität von Kalifornien an und befand, das besondere Zulassungsverfahren diskriminiere Weiße aus rassischen Gründen und verstoße damit gegen die Verfassung sowie die Bürgerrechtsgesetze der 60er Jahre, die die Diskriminierung und Entrechtung der farbigen US-Bevölkerung formal beendet hatten. Der Oberste Gerichtshof schloß sich mit der Bakke-Entscheidung der Parole von der "umgekehrten Diskriminierung" an, die seit einigen Jahren bei immer mehr Weißen auf Zustimmung trifft, die auf den verschiedensten Gebieten wie öffentlicher Wohlfahrt, Schulintegration, sozialem Wohnungsbau etc. eine Privilegierung von Farbigen vermuten – eine These, der nach wie vor sämtliche sozio-ökonomischen Daten widersprechen. Der Fall "Bakke" steht darüber hinaus für eine reaktionäre Bewegung, die nicht nur den rassischen Status quo einzufrieren, sondern auch auf einer Reihe anderer Gebiete – Abtreibung, Gleichberechtigung von Frauen und Homosexuellen, Todesstrafe, Sozialausgaben – in den 60er Jahren erreichte Positionen zurückzunehmen sucht.

Die Bakke-Entscheidung wird wichtige Auswirkungen nicht nur auf die Universitätsausbildung, sondern auch auf den gesamten nicht-akademischen Arbeitsmarkt haben. Das "besondere" Zulassungsprogramm der Universität von Kalifornien war nämlich Teil eines weit ausgreifenden Versuchs seitens fortschrittlicher Kapitalfraktionen und bürokratischer Eliten, einen zumindest teilweisen Abbau rassischer Diskriminierung und Überausbeutung der farbigen Bevölkerung in Angriff zu nehmen. Mitte der 60er Jahre verschafften Bundesgesetze den Schwarzen im Süden der Vereinigten Staaten das Wahlrecht und verboten kategorisch jegliche unterschiedliche Behandlung auf Grund der Rassenzugehörigkeit. Im Anschluß daran richteten staatliche Behörden wie die Equal Employment Opportunity Commission (EEOC) und das Office of Federal Contract Compliance (OFCC) im Arbeitsministerium sowie wichtige private Institutionen wie Universitäten und Konzerne Sonderprogramme ein, die vor allem den Farbigen – in den letzten Jahren auch mehr und mehr den Frauen – zugute kommen sollten, um ihnen im "freien" Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und im Erziehungswesen eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen.

Diese Programme, die sich unter dem Stichwort "Affirmative Action" (unterstützendes Handeln) zusammenfassen lassen, werden von den Schwarzen als Ergebnis der sozialen Kämpfe der 60er Jahre begriffen. Heute kämpfen sie jedoch bereits wieder gegen den Abbau dieser Positionen unter der Parole der "umgekehrten Diskriminierung". Vor allem um den "Fall Bakke" hat sich im Laufe des letzten Jahres eine neue Bewegung gebildet, die gegen die Rücknahme der "affirmative action"-Programme Widerstand leistet. Äußeres Zeichen dieser Bewegung war eine nationale gemischt-rassige Demonstration in Washington am 15. April dieses Jahres, in der nach Schätzung der Veranstalter 35.000 Demonstranten, Schwarze, Weiße, Chicanos, Puertorikaner und Asiaten, ihre Gegnerschaft zu dem in der Bakke-Klage vorgebrachten und nun von der Obersten Gerichtshof-Entscheidung gestützten Argument "umgekehrter Diskriminierung" bewiesen. Nicht nur Farbige, auch viele radikale und liberale Weiße sind sich dessen bewußt, daß das Prinzip der "affirmative action" nicht schwarze Vorrechte, sondern die Korrektur historisch eingesessener weißer Privilegien bedeutet.

Der institutionelle Rassismus

Auch nach der Abschaffung der in gesetzlichen Regeln gefaßten Formen rassischer Unterdrückung – Wahlrechtsentzug, Rassentrennung in Schulen, Bussen, Restaurants, etc. – sind in den USA wichtige Mittel rassischer Herrschaft erhalten geblieben: u.a. Polizeibrutalität, politische Unterrepräsentierung und Diskriminierung im Arbeitsmarkt. Es ist z.B. auf Grund der Bürgerrechtsgesetze nicht mehr möglich, offen mit Kategorien wie "Neger-Arbeit" zu operieren; dennoch bleibt auf Grund alltäglicher Marktmechanismen die Konzentration der schwarzen Lohnabhängigen in den unterqualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen auf der einen, sowie ihre geringe Vertretung in den höherqualifizierten Facharbeiter-, Angestellten- oder gar Akademiker-Positionen auf der anderen Seite weiter bestehen. Wären Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur in den USA rassisch ausgeglichen, würden den Schwarzen die gleichen Ausbildungs- und Aufstiegschancen geboten, dann müßte der schwarze Beschäftigtenanteil in den einzelnen Berufskategorien etwa ihrem Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt, das sind knapp 11%, nahekommen. Doch je niedriger Status und Entlohnung der Berufe, desto höher der schwarze Anteil: 20% bei ungelernten Hilfsarbeitern, 30% im Reinigungsdienst, mehr als 40% bei privaten Hausangestellten. Je höher dagegen Status und Entlohnung, desto geringer ihr Anteil: 6% der Facharbeiter, 4% des Verkaufspersonals, 3% der Juristen, 2% der Ärzte, nur 1% der Ingenieure (Zahlen für 1972). Mit anderen Worten: fast jede 2. Hausangestellte, jeder 5. Hilfsarbeiter, doch nur jeder 17. Facharbeiter, jeder 100. Ingenieur ist Schwarzer.

Dieses offensichtliche Ungleichgewicht ist als "rassischer Dualismus" (Zweiteilung nach rassischen Merkmalen) auf dem amerikanischen Arbeismarkt bezeichnet worden, dessen schwarze und weiße Sektoren auch nach offiziellem Diskriminierungsverbot als distinkte Einheiten bestehen blieben und sich nur teilweise überlappen. Heute ist keine staatliche Ausschlußpolitik, sind kaum noch individuelle rassistische Unternehmer-Entscheidungen über Einstellung oder Beförderung mehr nötig, um die Unterordnung der schwarzen Arbeitskraft zu erhalten. An deren Stelle ist ein "institutioneller" oder "struktureller" Rassismus getreten, der in kapitalistischen Marktmechanismen gründet. Diskriminierung läßt sich heute eher mit "Sachzwängen" aus anderen Bereichen, z.B. "mangelnder

Qualifikation", begründen; letztere ist aber nur das Endresultat eines Zirkels rassischer Diskriminierung, dessen einzelne Bestandteile Gettoisierung, mindere Schulerziehung, fehlende politische Macht heißen.
Der institutionelle Rassismus besteht heute neben einer Rhetorik formaler Chancengleichheit. Schwarze können sich für jeden Arbeitsplatz bewerben – und sind doch auf Grund sich verstärkender Wirkungen vergangener und gegenwärtiger Diskriminierung von höherqualifizierten Positionen so gut wie ausgeschlossen. Ein negatives Konzept der Nicht-Diskriminierung, wie es das Bürgerrechtsgesetz von 1964 enthielt, ist letztlich ebenso irreal wie der formale Gleichheitsanspruch in jenem französischen Bonmot, nach dem Bettler und Millionäre gleich frei sind, unter den Seine-Brücken zu schlafen. Gerade deshalb sind "affirmative action"-Programme, sind konkrete positive Schritte zum Durchbrechen des rassistischen Zirkels notwendig – bis hin zur zumindest zeitweisen Bevorzugung rassischer Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt und im Erziehungswesen, bei der Einstellung und Beförderung, Lehrlingsausbildung für Facharbeiterberufe, Aufnahme in Universitätsprogramme, etc.

Staatliche Anti-Diskriminierungspolitik

Gedrängt durch die soziale Bewegung der 60er Jahre und die Einsicht in die u.a. durch Gettoaufstände und den Aufbau revolutionärer schwarzer Organisationen deutlich werdenden sozialen Folgekosten des Rassismus, haben in den letzten 10 Jahren Teile des amerikanischen Staatsapparats, vor allem die Gerichte und die erwähnte Equal Employment Opportunity Commission (EEOC), spezielle Mittel zur Bekämpfung des institutionellen Rassismus entwickelt. D.h. sie haben das einfachere Konzept von der Chancengleichheit des Marktes, die durch bloße Diskriminierungsverbote zu erreichen sei, praktisch als untauglich verworfen. Die staatliche Politik auf dem Gebiet der Rassenbeziehungen erscheint heute z.B. weit egalitärer als die der Gewerkschaften. Verschiedene fortschrittliche Oberste-Gerichtshof-Urteile halfen bei der Verfeinerung der staatlichen Anti-Diskriminierungspolitik mit.
In dem wichtigen "Griggs"-Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahre 1971 erklärte das Gericht, daß jene Tests und Einstellungskriterien, die schwarze Bewerber übergewichtig ausschließen, gegen das Bürgerrechtsgesetz von 1964 verstoßen, obwohl keine Diskriminierungsintention des betreffenden Unternehmens nachgewiesen werden konnte. Der definitorische Inhalt des Begriffs Diskriminierung verlagerte sich von "Absicht" zu "Wirkung" und konnte somit den institutionellen Rassismus, d.h. auch auf den ersten Blick "neutrale" Praktiken und Verfahren, die aber rassische Diskriminierung fortschreiben, mit einbeziehen. Regierungsbehörden konnten nun daran gehen, die Beschäftigungsstruktur von Unternehmen zu analysieren und den Verdacht auf Diskriminierung zu äußern, wenn etwa jeder 2. Hilfsarbeiter, aber nur jeder 20. Büroangestellte Schwarzer war. Die EEOC bezog sich mehr und mehr auf dieses statistische Ungleichgewicht und droht z.B. Unternehmern in ihren Richtlinien an: "Wenn eine statistische Erhebung nachweist, daß Minoritäten und Frauen unter Ihren Arbeitskräften nicht auf allen Ebenen in vernünftiger Proportion zu ihrem Anteil an der Bevölkerung und am Arbeitsmarkt vertreten sind, liegt die Beweislast an Ihnen, zu zeigen, daß dies nicht Resultat von Diskriminierung ist ..."
Nach der "Griggs"-Entscheidung erfolgte eine Fülle von Gerichtsurteilen, die versuchten, den rassischen Dualismus des Arbeitsmarkts zumindestens ansatzweise aufzubrechen. Urteile schlossen ein:

- die Aussetzung "neutraler" Einstellungskriterien – z.B. das Erfordernis eines High School-Diploms – die prozentual mehr Schwarze als Weiße, mehr Frauen als Männer eliminieren;
- die Zahlung von Wiedergutmachung an Arbeitnehmer, die bei der Einstellung oder Beförderung diskriminiert wurden. Noch im letzten Jahr erhielten z.B. 46 schwarze Arbeiter in einem Zweigunternehmen von Pepsi-Cola 1,8 Millionen Dollar als Rückzahlung für versäumte Beförderung und Unterbezahlung;
- die Aufstellung von Einstellungsrichtlinien mit Quoten und Zeittafeln für die bevorzugte Beschäftigung von Schwarzen und Frauen.

Diese Gerichtsentscheide drückten für einige Zeit den liberalen Konsensus aus, daß das Gesetz nicht plötzlich neutral sein kann, wenn es weiße Männer so lange bevorzugt hat. Von einigen Splittergruppen abgesehen, unterstützt in den USA die gesamte Linke diesen "Affirmative Action"-Ansatz.

"Affirmative Action" in der Krise

Aus Platzgründen muß hier auf eine Analyse der Frage verzichtet werden, ob Rassismus auch heute noch im Interesse des Kapitals, sei es zur Erzielung von Extraprofiten, sei es zum Erhalt seiner Klassenherrschaft als ganzer, liegt. Was den Widerstand gegen die staatliche Anti-Diskriminierungspolitik betrifft, so scheinen jedoch häufig die Gewerkschaften den rassischen Status quo nachdrücklicher zu verteidigen als die Unternehmen. Das wurde vor allem in der Periode der Massenentlassungen 1974/75 deutlich, als im Arbeitsmarkt zwei Prinzipien aufeinanderprallten: "affirmative action" und Seniorität. (Das Senioritätsprinzip regelt Entlassungen nach der Länge der Betriebszugehörigkeit). Die oft auf Bürgerrechtsdruck frisch eingestellten Farbigen und Frauen mußten nun bei strikter Anwendung des Senioritätsprinzips von den Entlassungen übergewichtig betroffen werden.
Verschiedene Bürgerrechtsorganisationen verlangten daher die Anwendung "proportionaler Seniorität", d.h. die Beibehaltung der rassischen Zusammensetzung einer Belegschaft. Die AFL-CIO zeigte sich jedoch unsensibel gegenüber solchen Forderungen und proklamierte in einer Resolution ihre "totale, eindringliche Verpflichtung auf das Senioritätsprinzip", sowie "Widerstand gegen jeden Versuch, die Rechte irgendeines Beschäftigten durch bevorzugte Behandlung anderer zu verwässern." Ihr Hinweis auf die Notwendigkeit der Vollbeschäftigung konnte über den Verzicht auf konkrete, hier und jetzt ansetzende Strategien zum Abbau von Diskriminierung nicht hinwegtäuschen.
Nach einigem Zögern unterer Instanzen, die zunächst die Anwendung proportionaler Seniorität bei Entlassungen anordneten, entschieden die Bundesgerichte, sich nicht gegen den Widerspruch der organisierten Arbeiterbewegung zu stellen, und räumten beim Zusammenprall der Prinzipien "affirmative action" und Seniorität dem Prinzip der Seniorität den Vorrang ein; damit war faktisch das Verbot diskriminierender Wirkung neutraler Verfahren aus der "Griggs"-Entscheidung unter dem Druck der ökonomischen Krise und verstärkten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt fallengelassen worden. Im Anschluß daran verstärkte sich der Widerstand gegen die Bevorzugung von Schwarzen auch bei Einstellung und Beförderung. Einstellungsrichtlinien, vor allem fixe Quoten zur Beschäftigung von Minderheiten und Frauen, so hieß es nun seitens der "affirmative action"-Gegner, seien ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Mit dem Verlangen nach Abschaffung von Quoten wurde die Forderung verknüpft, staatliche Anti-Diskriminierungspolitik wieder auf Fälle zu beschränken, in denen eindeutige Diskriminierungsabsicht festgestellt worden ist.
Letzteres würde der mit statistischen Analysen arbeitenden Beschäftigungspolitik der EEOC weitgehend den Boden entziehen. In der "Bakke"-Entscheidung hat nun zwar der Oberste Gerichtshof generell das Prinzip der "affirmative action" für verfassungsgemäß erklärt, die Möglichkeiten ihrer tatsächlichen Durchführung jedoch stark geschwächt. Das Urteil schließt sich nicht nur der reaktionären Kampagne gegen fixe Aufnahme- und Einstellungsquoten an, sondern erklärt auch im Widerspruch zu früheren Entscheidungen, der Oberste Gerichtshof habe nie die bevorzugte Behandlung benachteiligter Gruppen angeordnet, ohne daß vorher eine offene Gesetzesübertretung festgestellt worden sei; damit spricht sich die Entscheidung offensichtlich gegen die Berücksichtigung diskriminierender Wirkung "neutraler" Mechanismen aus.
Ungeachtet des Entstehungszusammenhangs der "affirmative action"-Programme heißt es jetzt, "Der Faktor 'Rasse' darf nicht der entscheidende Faktor sein"; eine Formulierung, die der fortdauernden Existenz des Rassismus in den USA Hohn spricht. Gerade dieser Faktor führte ja zu dem besonderen Zulassungsprogramm der Universität von Kalifornien für Minderheiten. Trotz der formalen Bejahung des "affirmative action"-Konzepts wird die Unterstützung der Parole "umgekehrte Diskriminierung" durch den Obersten Gerichtshof dem Widerstand gegen entsprechende Programme, auch solche ohne fixe Quoten, weitere Legitimität verleihen. Die Folgen der "Bakke"-Entscheidung für den Arbeitsmarkt sind noch gar nicht abzusehen. In Erwartung einer entsprechenden rückschrittlichen Obersten Gerichtshof-Entscheidung haben Bezirks- und Bundesgerichte bereits damit begonnen, fortschrittliche Industrieprogramme zur Höherqualifizierung von Farbigen zu verwerfen. Viele dieser reaktionären Gerichtsurteile ergeben sich tragischerweise aus Klagen weißer männlicher Arbeiter, die um den Verlust von Privilegien fürchten, die sie allerdings ohne Diskriminierung anderer gar nicht erst haben würden. Das Argument umgekehrter Diskriminierung wird z.B. in der Bezeichnung deutlich, die sich eine Organisation weißer Stahlarbeiter in Kentucky gegeben hat: AMEN – American Male Equality Now.
Thurgood Marshall, der einzige schwarze Richter im US-Obersten-Gerichtshof, meinte in seinem abweichenden Votum, "Ich fürchte, der Kreis hat sich hiermit geschlossen." Er interpretiert damit das "Bakke"-Urteil als Anfang vom Ende der Bemühungen, den schwarzen Amerikanern nach jahrhundertelanger Entrechtung eine bessere Ausgangsposition im ökonomischen Wettbewerb zu verschaffen. In der Tat ist heute zu befürchten, daß der Status der schwarzen Minderheit am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie, der früher durch Entrechtung und gesetzliche Unterdrückung bewirkt wurde, heute durch einfache Nichtbeachtung festgeschrieben wird.

NEUERSCHEINUNGEN 1978

Hella Kastendiek
Arbeitnehmer in der SPD
Herausbildung und Funktion der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
220 Seiten DM 14,80

Volker Gransow
Michael Krätke
Viktor Agartz – Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik
168 Seiten DM 13,80

Oda Lindner
Wann sind wir aus dem Schneider?
Frauenerwerbstätigkeit und Gewerkschaft
Textil und Bekleidung
124 Seiten DM 12,80

Verlag Die Arbeitswelt
Körtestr. 10, 1000 Berlin 61
Gesamtkatalog auf Wunsch

"Der Sozialistenkoller machte sie eben besinnungslos" (Bebel)

Ludi Ludovico

100. Wiederkehr der Verabschiedung des Sozialistengesetzes

Eine politische Gruppe an der Uni Frankfurt brachte kürzlich ein Flugblatt heraus, das eine Karikatur des Hauptportals der Uni zeigt – verfremdet durch die Inschrift "Arbeit macht frei". Dieser Satz stand bekanntlich über dem Eingang zu einem Trakt des KZ's in Terezin/Theresienstadt. Ein ordentlicher deutscher Professor bereicherte vor einigen Wochen die aktuelle Diskussion um Berufsverbote mit der pauschalen Warnung, DKPler seien potentielle KZ-Wächter. Schließlich glaubte eine linke Jugendorganisation, Wilhelm Liebknechts 150. Geburtstag dadurch besser ins Bewußtsein heben zu können, daß sie das Bismarcksche Sozialistengesetz mit dem Radikalenerlaß auf eine Stufe setzte.

Alle drei Beispiele zeigen Spielarten defekten historischen Bewußtseins bei Linken im schlimmsten, enorme Schwierigkeiten beim Umgang mit der Geschichte im harmlosesten Fall. Jubiläen und Jahrestage haben es in dieser Beziehung in sich: sie reizen geradezu zu flachen Aktualisierungen, krummen Vergleichen und abwegigen, ja einfältigen Gleichsetzungen, weil viele glauben, den Schwierigkeiten der Gegenwart mit einem kühnen Griff in die Kiste der Geschichte am besten Herr zu werden. Meist verraten solche kühnen Griffe nur – wie die eingangs erwähnten Beispiel belegen – eine etwas vornehmere Art der Geschichtslosigkeit.

Wenn hier an die 100. Wiederkehr der Verabschiedung des Sozialistengesetzes trotzdem erinnert wird, so soll eine akademisch-archivalische Behandlung ebenso vermieden werden, wie eine falsche Parallelisierung mit dem Radikalenerlaß oder eine apologetische Heroisierung der alten SPD. Will man von einer Parallele zwischen Sozialistengesetz und Radikalenerlaß sprechen, so bestimmt nicht in bezug auf Inhalt, Ausmaß und Verfahrensweisen der beiden Repressionswellen, sondern allenfalls in bezug auf das politische Klima als Begleiterscheinung und – zum Teil – als Voraussetzung der Unterdrückungs- bzw. Disziplinierungsmaßnahmen. Was das politische Klima als Begleiterscheinung und Voraussetzung obrigkeitsstaatlicher Unterdrückungspolitik betrifft, so ist es in Deutschland durch die notorische Schwäche freiheitlicher Bewegungen seit der Französischen Revolution bis zum zahnlosen National-Liberalismus der Bismarckzeit, sowie durch die verpaßte bürgerlich-demokratische Revolution bestimmt. Weder im Deutschen Kaiserreich (1871-1918) noch in der Weimarer Republik entstand in Deutschland eine nicht-sozialistische, freiheitlich-demokratische Massenbasis und eine entsprechende politische Kultur. Vielmehr erstarrten das deutsche Bürgertum (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) und seine publizistischen Organe nach 1848 in obrigkeitlichem Traditionalismus, staatsverhimmelnder Servilität und knechtischer Ohnmacht. Die deutsche Bourgeoisie, und das unterscheidet sie von den meisten westeuropäischen Bourgeoisien, arrangierte sich seit dieser Zeit mit jeder Obrigkeit, wenn diese nur ihre Geschäfte nicht störte. Noch ein Vergleich der führenden bürgerlichen Zeitungen Westeuropas mit jenen der BRD zeigt diesen Mangel an politischer Kultur auf der Ebene der Publizistik: nirgends ist die Differenz zwischen vulgären Boulevardblättern und den repräsentativen Organen der Bourgeoisie so gering wie hierzulande, sobald es um die "Abwendung von Gefahr für den Staat", um den Kampf gegen "Staatsfeinde" oder um sogenannte "nationale" Belange geht. BILDianer und FAZianer sind sich hier allemal einig.

Historische Differenzen

Betrachtet man Umfang und Tragweite der Bismarckschen Verfolgungsmethoden, so wird die Differenz zwischen dem Sozialistengesetz und dem Radikalenerlaß ganz offensichtlich. Die damalige Verfolgung trug andere Züge als die aktuelle Repressionswelle: Ausweisung und/oder Inhaftierung bedeuteten in den 80er Jahren in der Regel bitterste Not für die Angehörigen der betroffenen sozialdemokratischen Arbeiter; nicht selten führte die Verfolgungspraxis zur direkten Vernichtung der Existenzgrundlagen ganzer Familien. Es wäre zynisch, diese Maßnahmen mit heutigen Berufsverbotsfällen in einem Atemzug zu nennen. – Die gleiche Unvergleichbarkeit offenbart sich auf der Ebene der juristischen Bekämpfung von sozialdemokratischen Organisationen und Publikationsorganen. Zensur und Selbstzensur in den öffentlich-rechtlichen Medien als Ausdruck der aktuellen Repression, Übergriffe gegen Buchläden, juristische Abenteuer mit dem § 188 a und ähnliches erscheinen beinahe als Bagetellen, wenn man sich den Rigorismus der Verbotspraxis unter dem Bismarck-Regime vor Augen hält. In den 10 Jahren von 1878 bis 1888 zählte der "königliche Polizei-Sekretair" Otto Atzrott "in amtlichem Auftrag" – wie er hervorhebt – 1234 verbotene Druckschriften und rund 280 verbotene Vereine. Die These der Unvergleichbarkeit der sozialistengesetzlichen Verfolgung mit den heutigen Repressionsmaßnahmen soll nicht der Verniedlichung der aktuellen Zustände dienen, sondern lediglich belegen, daß qualitative Unterschiede bestehen, die zu bestreiten absurd wäre. Absurd nicht zuletzt auch deshalb, weil die Einebnung der Unterschiede fast zwangsläufig zu linken Katastrophenparolen von der Art des "neuen Faschismus" und ähnlichem Schwachsinn verleiten muß.

Trotz der unübersehbaren Unterschiede zwischen Sozialistengesetz und Radikalenerlaß ist aber schließlich noch auf eine strukturelle Analogie hinzuweisen. Sie liegt im Verhalten großer Teile der Bourgeoisie im 19. und 20. Jahrhundert begründet. Eine preußisch-deutsche Tradition, die noch weit hinter 1878 zurückreicht bis in die Zeit der "Demagogenverfolgung" im Vormärz, ist allemal die schamlose Funktionalisierung von Attentaten, isolierter Gewaltanwendung und sektiererischem Terror zu Propagandakampagnen gegen die gesamte demokratische und sozialistische Bewegung. Die Repressionsartillerie schwamm und schwimmt in diesem Lande immer im Kielwasser des Terrors vereinzelter Grüppchen: nach dem Mord an Kotzebue die Karlsbader Beschlüsse; nach den Kaiserattentaten die Sozialistengesetze; nach der Ermordung Rathenaus das Gesetz zum Schutz der Republik – um nur ein paar markante Einschnitte zu nennen. Die fanatisierten Hüter des Rechtsstaates von heute sind – vor dem geschichtlichen Hintergrund gesehen – weder eine Neuheit, noch sind sie besonders originell in ihren Vorschlägen und Therapien. Ihr Kalkül mit dem Terror, der sich immer gut gegen alle ernsthaften demokratischen und sozialistischen Bewegungen ausschlachten ließ und läßt, geht immer noch auf, weil es auf tief liegende und scheinbar fast unausrottbare Dispositionen in Michel Schmidts Seelenhaushalt und seine Angst vor Sozialismus und Demokratie trifft.

Der heutigen SPD ist in diesem Zusammenhang vor allem ein Vorwurf zu machen: Die Reaktionen der SPD auf das frivole Spiel der herrschenden Meinungsmacher mit dem heutigen Sekten-Terror bleiben in der Logik der angeblichen Hüter und Schützer von Rechtsstaat und Verfassung verhaftet. Statt auf politische Aufklärung und schonungslose Abrechnung mit den publizistischen Seilschaften, die am Feuerchen der Sektierer ihre trüben Süppchen kochen, verfiel man auf Patentrezepte (neue Gesetze und Verschärfung der alten), die letztlich nur gegen das gesamte linke Potential in diesem Lande anwendbar sind. Es bedurfte der Skandale in Stammheim und anderswo, bis wenigstens der Unfug der Blitzgesetzmacherei etwas eingeschränkt wurde. Der politische Quietismus der SPD gegenüber den publizistischen Terror-Gewinnlern ist noch nicht überwunden.

Das Sozialistengesetz

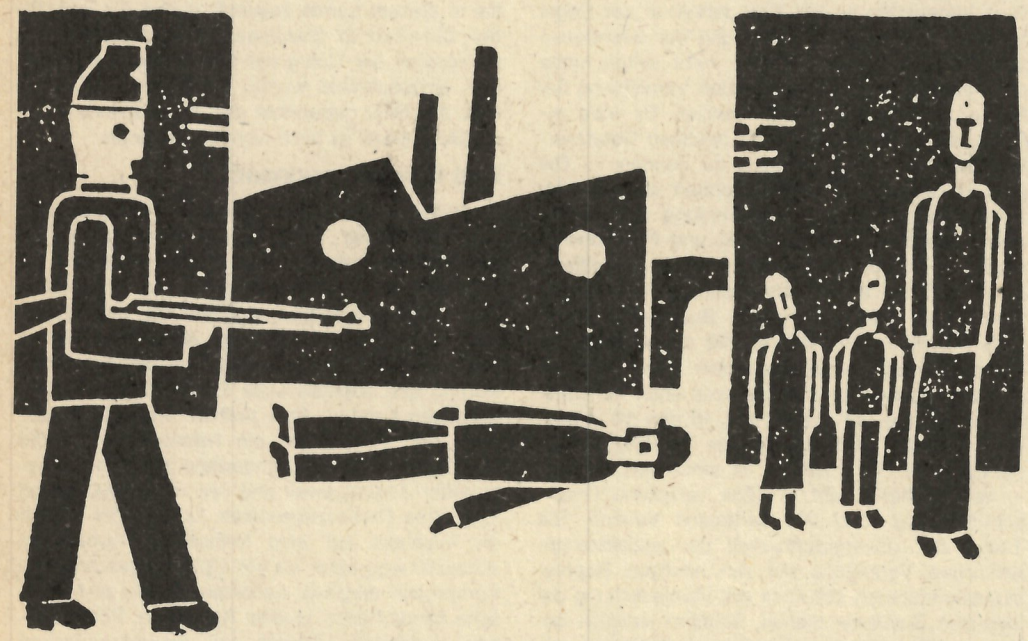
Bismarcks Reichsgründung von 1871 brachte weder die 'Einheit' noch die 'Freiheit', von denen die Liberalen geträumt hatten. Seine Blut- und Eisenpolitik ermöglichte die Errichtung eines deutschen Nationalstaats, begriffen als einheitlicher Rechts- und Wirtschaftsraum. Als solcher war er eine wichtige Voraussetzung für die Industrialisierung und kapitalistische Entwicklung des rückständigen Landes. Aber politisch war das Kaiserreich von Anfang an ein heterogenes Gebilde in ständig labilem Gleichgewicht zwischen aufgepfropfter Zentralgewalt und den übrig gebliebenen fürstlichen Partikulargewalten. Uneingelöst blieben die Wechsel auf eine freiheitliche Verfassung; schwerer wog noch, da der 1871 festgeschriebene Kompromiß religiöse, nationale, soziale und politische Minderheiten (Juden, Katholiken, Polen, Sorben, aufrechte Liberale und Sozialdemokraten) nicht nur vom Machtkartell ausschloß, sondern von Anfang an aktiv diskriminierte und verfolgte. Die zahlreichen Unterdrückungsmaßnahmen gipfelten in dem am 19.10.1978 verabschiedeten Ausnahmegesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das als nationales Bindemittel konzipiert war. Seine Kernpunkte waren:

- Verboten werden konnten Vereine, "welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken" (§ 1). Darunter fielen nach § 2 auch Bestrebungen gegen den "öffentlichen Frieden", insbesondere gegen "die Eintracht der Bevölkerungsklassen".
- Polizeiliches Verbot von Versammlungen; Beschlagnahme von Vereinsvermögen. Beschwerden gegen polizeiliche Eingriffe hatten ausdrücklich keine aufschiebende Wirkung (§ 8). Für die Anwendung des Gesetzes waren in jedem Fall die landespolizeilichen Behörden zuständig und nicht etwa ordentliche Gerichte!
- Verbot jeder Art von Druckschriften, die nach Ansicht der Polizei "auf den Umsturz" zielten bzw. die "Eintracht der Bevölkerungsklassen" störten.
- Bestrafung für Mitgliedschaft in einem verbotenen Verein mit Bußen oder Gefängnis bis zu 3 Monaten (§ 17). Entzug der Aufenthaltserlaubnis für Agitatoren (§ 22).
- § 23 sah ein Berufsverbot für Gastwirte vor, die sozialdemokratischen Vereinen ein Lokal vermieteten. Dasselbe galt für Drucker, die Parteischriften druckten.

Die Praxis der Sozialistenverfolgung während der Dauer des Gesetzes (1878 bis 1890) war regional unterschiedlich und zeitweise mehr oder weniger intensiv. Je nach Opportunität griffen die Staatsorgane scharf durch oder ließen die Zügel schleifen, um dann ganz unverhofft und brutal zuzu-

schlagen. Gleich im November 1878 z.B. wurden 67 Sozialdemokraten aufgefordert, Berlin innerhalb von 24 Stunden zu verlassen; unter den Betroffenen waren Familienväter – deren Angehörige verloren durch diese Maßnahme faktisch die Existenzgrundlage. Während der 12jährigen Dauer des Gesetzes wurden auf diese Weise ca. 900 Arbeiter verbannt und rund 1.000 Jahre Gefängnis verhängt. Die rigorose Anwendung des Gesetzes, bei der man terroristische Praktiken nicht scheute, wie man in Bernsteins Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung detailliert nachlesen kann, legte die sozialdemokratischen Organisationen vorerst völlig lahm. Es dauerte einige Zeit, bis sich die Partei auf die Verhältnisse des illegalen Kampfes eingerichtet hatte und im Ausland (in Zürich) eine Druckerei errichtete, von der aus das Parteiorgan schwarz über die Grenze transportiert wurde durch die legendäre "rote Feldpost".

Der Sozialdemokratischen Partei, die als solche aufgehört hatte zu existieren, blieben nur zwei Felder der politischen Arbeit: 1. die parlamentarische Arbeit im Reichstag; 2. illegale Verbreitung von im Ausland gedruckten Schriften und Zeitungen, sowie Aufrechterhaltung der organisatorischen Verbindungen im bescheidensten Ausmaß. Dabei entstand die Gefahr einer "parlamentarischen Versumpfung", zumal ein Teil der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion glaubte, durch ostentatives Wohlverhalten die Gunst der Regierung bzw. die Annullierung des Sozialistengesetzes zu erreichen. In dieser schwierigen Situation – schwierig auch deshalb, weil ja eine öffentliche Diskussion der Gegensätze in der Partei nicht möglich war – zeichneten sich Bebel und Liebknecht durch einen verhältnismäßig klaren Kurs aus: sie beharrten auf prinzipieller Opposition gegen das herrschende System ("diesem Systen keinen



Franz W. Seiwert (1894-1933), Opfer des Klassenkampfes, aus: Das Gesetz der Welt ist die Änderung der Welt, Kramer Verlag, Berlin

Bismarcks Polizei und eine hörige Justiz vermochten härter durchzugreifen als heutige Verfassungs-"schützer", aber die Organe des Kaiserreiches verfügten noch nicht über eine atomstaatlich perfektionierte Überwachungsmaschinerie, was der List und revolutionären Phantasie der Sozialdemokraten zugute kam. Sie entwickelten in den Jahren der Verfolgung eine ganze Reihe von subversiven Kampfmitteln, die in der folgenden Zeit von zahlreichen illegalisierten Organisationen der Arbeiterbewegung übernommen und weiterentwikkelt wurden.

Das Verbot von Vereinen, Versammlungen und Druckschriften fiel in die Zuständigkeit der Polizei, aber um den rechtsstaatlichen Schein wenigstens teilweise zu wahren, richtete man als Berufungsinstanz die Reichskommission ein. Freilich erwies sich diese Kommission als durchaus zuverlässig und lehnte praktisch alle Berufungen ab – zum Teil mit abenteuerlichen juristischen Klimmzügen.

SPD: Tradition des Legalismus

Der Kurs der SPD-Führung war darauf angelegt, die Staatsgewalt nicht unnötig zu provozieren. Diese der Stärke der damaligen Bewegung angemessene Vorsicht begriffen einige Genossen um Johann Most als politischen Quietismus und Opportunismus. Sie forderten eine offensive Strategie der Gegengewalt. Nachdem sie sich damit nicht durchsetzen konnten in der Partei, drifteten sie ins anarchistische Lager ab und wurden nicht selten Opfer der perfiden Spitzel-Politik und der agent-provocateur-Machinationen der politischen Polizei. Most selbst und die aufrechteren Genossen hielten sich zwar von diesen trüben Gewässern fern, gerieten jedoch in eine aussichtslose Isolation.

Mann und keinen Groschen"), verzichteten aber dennoch nicht auf die einzige legale Möglichkeit sich einzumischen – und das hieß damals von der parlamentarischen Tribüne aus.

Auf dem Parteitag im Jahre 1880 in der Schweiz beschlossen die Delegierten einstimmig, das Wort "gesetzlich" aus dem Parteiprogramm zu streichen. Die Einsicht, daß dem Klassenstaat, der zum Ausnahmegesetz gegriffen hatte, nicht mit einem Bekenntnis zum legalen Weg zu begegnen war, blieb in der SPD-Geschichte ein einmaliges Ereignis. Bald nach dem Fall des Sozialistengesetzes stand der Legalismus der Partei wieder unbestritten an erster Stelle im ideologischen Haushalt. In der Zeit der Verfolgung entstand für die SPD ein Dilemma, aus dem sie sich bis 1918 und darüber hinaus nicht zu befreien vermochte: legten die Schwäche der Bewegung und die Kompromißlosigkeit der Bismarckschen Verfolgungspraxis eine Beschränkung auf Erhaltung und Ausbau der Organisationen und eine Konzentration auf die parlamentarische Arbeit nahe, so gilt das natürlich nicht mehr in dem Maße für die Zeit nach 1890, als die SPD zur stärksten Partei im Kaiserreich geworden war und die Gewerkschaften Hunderttausende von Arbeitern organisiert hatten. Die SPD-Führung erwies sich nach 1890 als unfähig, sich auf die neue Lage einzustellen; mit dem Argument, eine politische Strategie, die Massenmobilisierung und außerparlamentarische Kampfformen zur Demokratisierung des Obrigkeitsstaates einschließe, provoziere man ein neues Ausnahmegesetz, wies die SPD-Führung alle Versuche der sozialdemokratischen Linken zurück, den Kampf für Sozialismus und Demokratie aus den Parlamentsgebäuden hinauszutragen. Parallel dazu liefen die Verklärung der Zeit des Widerstandes gegen die Bismarcksche Verfolgung zur "heroischen Phase" und die perspektivlose Konzentration auf die Stärkung der Organisationen, die sich so unweigerlich zu bürokratischen Apparaten auswuchsen. Der sozialdemokratische "Organisationspatriotismus" (vom SPD-Kindergarten über den SPD-Konsumverein bis zum SPD-Sterbeverein nach dem Motto: "Von der Wiege bis zur Bahre SPD-versorgt!") und die systematisch geschürte Angst vor außerparlamentarischen Kampfformen wurden gleichermaßen zum Politik-Ersatz.

Gemäß ihrer stark entwicklungstheoretisch geprägten Theorie und Marx-Rezeption wurden Partei und Gewerkschaften zwar immer größer und stärker, aber niemand vermochte dieses politische Potential in Bewegung zu versetzen. Die Konzentration auf den parlamentarischen Weg, d.h. auf die periodisch wiederkehrenden Wahlen, machten aus der imposanten Organisation eine bloße Wahlkampfmaschinerie ohne weiterreichende politische Ziele und Strategien. In ihrem bedingungslosen Bekenntnis zur Gesetzlichkeit erkannte die Parteiführung die Gefahr nicht, die im Erstarken jener imperialistischen Strömungen lag, die dann 1914 den Krieg vom Zaune brachen; der Ausbreitung der reaktionären wilhelminischen Agitationsvereine vom Alldeutschen Verband bis zu den zahllosen Kriegervereinen hätte nur mit einer offensiven Strategie – etwa des Massenstreiks – wirksam Einhalt geboten werden können.

Nicht nur die übertriebene Angst vor neuen Ausnahmegesetzen und der daraus resultierende politische Quietismus gehören zur Erbschaft aus der Zeit des Sozialistengesetzes, sondern auch das Verhältnis der SPD zum Staat wurde in dieser Phase geprägt. Obwohl sich die das Kaiserreich repräsentierenden Klassen zu einem fast homogenen Block gegen Demokratie und Sozialismus zusammengeschweißt hatten, verloren die führenden SPD-Politiker und -Theoretiker niemals ganz ihre Illusionen vom Staat als Sozialisierungsinstrument. D.h. sie glaubten, wenn der Staat nur richtig organisiert sei, so komme der Sozialismus quasi automatisch durch die Verbesserung der Sozialpolitik. Dahinter versteckt sich die Auffassung vom Staat als gleichsam neutralem Schiedsrichter jenseits von gesellschaftlichen Interessen und Widersprüchen. Noch das korrumpierte Verhältnis heutiger SPD-Minister zur "inneren Sicherheit" gründet letztlich in dieser ziemlich deutschen Staatsmetaphysik, die staatliche Institutionen und Ämter am liebsten als etwas Heiliges sähe. In der Dynamik, Spontaneität, aber auch Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Bewegungen erkennt diese Staatsmetaphysik dagegen prinzipiell eine Gefahr, der administrativ, bürokratisch, juristisch und notfalls polizeilich begegnet werden muß, um die angeblich höhere Weihe und Würde des Staates vor der Befleckung mit Gesellschaftlichem zu retten. Insofern ist die SPD in ihrem Verhältnis zum Staat ein legitimer Sproß der deutsch-obrigkeitlichen Tradition, in der revolutionäre Befreiung aus eigener Kraft eine geringe, administrative Befreiungsbeihilfe von oben dagegen (von der Bauernbefreiung Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum "Netz sozialer Sicherheit" heute) oder militärisch Entsetzung von außen immer eine große Rolle spielten.

In dieser Tradition steht auch der sozialdemokratisch abgesegnete Abwehrkampf gegen Radikale im öffentlichen Dienst. In ihrer Ideologie vom neutralen Staat befangen, praktizieren SPD-Minister den Erlaß, bis sie merken, daß er sich letztlich gegen die SPD selbst und das wendet, wofür sie – freilich vor 100 Jahren energischer als heute – eintritt.

In diesem illusionsgeladenen Verhältnis zum Staat liegt der Grund dafür, weshalb die SPD an der Macht – 100 Jahre nach dem Sozialistengesetz – selbst zu Überwachungspraktiken greift, deren Opfer sie schon öfters war und wieder werden kann. Das erscheint allerdings als pure Fassadenmalerei für Festanlässe; ihr wahres Gesicht, ihre Geschichtslosigkeit, zeigt sich deutlicher in ihrem Antikommunismus und in ihrer Repressions- und Überwachungspolitik, die einen Bebel bestimmt bleich werden ließen vor Scham und Zorn.

WER WAR BUCHARIN?

Zur politischen Biographie

Nikolaj Ivanovic Bucharin wurde vor genau 90 Jahren am 27. September 1888 (das entspricht dem 9. Oktober neuer Zeitrechnung) in Moskau geboren. Er schloß sich mit 18 Jahren den Bolschewiki an, wurde vier Jahre später verhaftet und deportiert, und verbrachte nach seiner Flucht (1911) sechs Jahre als Emigrant in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Schweden, Norwegen, den USA und Kanada. In dieser Zeit knüpfte er Kontakte zu anderen, ebenfalls emigrierten russischen Revolutionären, darunter zu Lenin, Stalin, Trotzki, Pjatakov und Rjazanov.

Nach dem Sturz des Zaren im Frühjahr 1917 kehrte er nach Rußland zurück, beteiligte sich als Mitglied des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets an der Oktober-Revolution und war seitdem, 12 Jahre lang, als führender Repräsentant der Bolschewiki mitverantwortlich für die Politik im nachrevolutionären Rußland.

Seine Position innerhalb der Machthierarchie des Parteiapparats kommt durch folgende Ämter zum Ausdruck: er war Mitglied (anfangs noch Kandidat) des Politbüros, Herausgeber des Parteiorgans "Pravda" und von 1926 bis 1929 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale. Zu seinen speziellen Aufgaben gehörte vor allem die ideologisch Arbeit, so z.B. die Verbreitung der Marxschen Theorie in einer Bevölkerung, die zum größten Teil weder lesen noch schreiben konnte. Ein anderer Schwerpunkt lag auf der Entwicklung wirtschaftspolitischer Konzeptionen. Den größten Einfluß auf die politische Verwirklichung dieser Konzeptionen hatte er von 1924 bis zum Beginn der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1928. Danach kam Bucharins Entmachtung durch Stalin. Er verlor 1929 alle seine politischen Funktionen und übte Selbstkritik. Stalin warf Bucharin eine falsche Politik gegenüber den Bauern vor und beschuldigte ihn, einer falschen Theorie vom Klassenkampf anzuhängen. Während Bucharin davon ausgegangen war, daß die "Diktatur des Proletariats" in der SU stark genug gewesen sei, um die noch vorhandenen privatwirtschaftlichen Unternehmen im Handwerk und der Landwirtschaft zu kontrollieren und allmählich in "den Sozialismus" (d.h. den staatlichen Wirtschaftssektor) zu integrieren, verkündete Stalin die These, daß nur eine Verschärfung des Klassenkampfes den proletarischen Interessen diene und mit dem Marxismus übereinstimme. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes war die gewaltsame Enteignung der Bauern gemeint. Bucharin hat, als Vertreter einer bauernfreundlichen Linie, diese Politik nicht mitgetragen.

Über die letzten acht Jahre seines Lebens ist vergleichsweise wenig bekannt. Er beschäftigte sich in der Akademie der Wissenschaften mit philosophischen und kulturellen Fragen, schrieb Aufsätze über Goethe und Heine. Politische Funktionen erhielt er noch einmal 1934. Er wurde Chefredakteur der "Izvestija", beteiligte sich an den Kampagnen gegen Hitler und den Faschismus und diente Stalin mit Entwürfen zur Verfassung von 1936. Er durfte ins Ausland reisen, so 1932 nach London zum Philosophenkongreß und 1936 nach Westeuropa.

1937 wurde er verhaftet und ein Jahr später als Anführer eines "antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzkisten" vor Gericht gestellt. Die Anklage erhob gegen ihn und neunzehn weitere Personen den Vorwurf, "im Auftrage von Spionagediensten auswärtiger, der Sowjetunion feindlicher Staaten eine Verschwörergruppe ... organisiert zu haben, die sich zum Ziele setzte: Spionage zugunsten auswärtiger Staaten, Schädlingsarbeit, Diversionen, Terror, Untergrabung der Wehrmacht der UdSSR, Provozierung eines Überfalls dieser Staaten auf die UdSSR, Zerstückelung der UdSSR und Lostrennung der Ukraine, Belorußlands, der Mittelasiatischen Republiken, Georgiens, Armeniens, Aserbaidshans, des fernöstlichen Küstengebietes von ihr zugunsten der erwähnten auswärtigen Staaten und endlich den Sturz der in der UdSSR bestehenden sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung und die Wiederherstellung des Kapitalismus, die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie".

Desweiteren wurde Bucharin beschuldigt, im Auftrage Trotzkis die Ermordung führender Persönlichkeiten des Sowjetstaates, insbesondere S.M. Kirovs, V.R. Menshinskis, V.V. Kuibyshevs und A.M. Gorkis, organisiert und im Jahre 1918 eine Verschwörung gegen Lenin angezettelt zu haben.

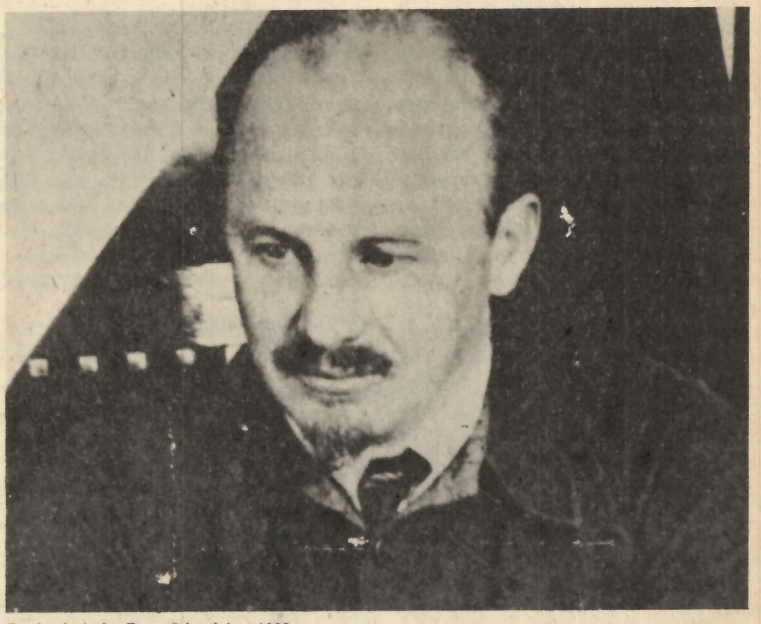
Bucharin akzeptierte alle allgemeinen Anklagepunkte und bekannte sich einer konterrevolutionären Tätigkeit schuldig. Die ihm zur Last gelegten konkreten Verbrechen wie Mord, Sabotage, Spionage, Verbindung zum Faschismus usw. wies er jedoch zurück und widerlegte sie im Prozeß Punkt für Punkt. Nach neun Verhandlungstagen wurde am 13. März 1938 das gegen ihn verhängte Todesurteil vollstreckt.

Geringes Interesse bei der Neuen Linken

In der Bundesrepublik ist das Interesse der Linken an dem politischen und persönlichen Lebensweg Nikolaj Ivanovic Bucharins bislang schwankend gewesen. Eine erste Welle der Bucharin-Rezeption begann Ende der sechziger Jahre, als einige seiner wichtigsten theoretischen Schriften neu aufgelegt wurden, darunter die "Theorie des historischen Materialismus", die "Ökonomik der Transformationsperiode", "Imperialismus und Weltwirtschaft" und das gemeinsam mit E. Preobrazenskij verfaßte "ABC des Kommunismus".

Die Lektüre dieser Bücher hatte jedoch für die Entwicklung der Studentenbewegung keine nachhaltigen Folgen. Es gab keinen "Bucharinismus" und seinetwegen haben sich auch keine linken Gruppen gespalten. Wer einen guten und intellektuellen Grund für eine Kritik an Bucharin suchte, konnte sich auf Oskar Negt berufen, der in Bucharin einen geistigen Wegbereiter des Stalinismus sah. Negt hatte – wie neunundvierzig Jahre zuvor schon Lukács – Bucharin vorgeworfen, gesellschaftliche Veränderungen wie Vorgänge der Natur zu interpretieren, was er als typisches Symptom einer "Philosophie des Vor-Stalinismus" wertete. Damit ging das Interesse nicht nur an dem Theoretiker, sondern auch an dem Politiker Bucharin zurück.

Es wurde erst später neu belebt, durch die Diskussion um alternative Industrialisierungsmodelle. Hierbei ging es weniger um die richtige oder falsche Ausdeutung der Marxschen Theorie und seiner Begriffe, sondern um politische Entscheidungen zur Regelung gesellschaftlicher Wachstumsprobleme in unterentwickelten Regionen. Gefragt wurde, wie das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft aussehen müßte, um ein stetiges Wachstum zu gewährleisten, und woher die Mittel zur Industrialisierung genommen werden sollten. Die hierzu in der Sowjetunion entwickelten Konzeptionen gingen in zwei Richtungen: die eine wurde von E. Preobrazenskij vertreten und befürwortete den Ausbau der staatlichen Planwirtschaft auf Kosten der privaten bäuerlichen Betriebe. Die Gegenposition artikulierte Bucharin, der sich die weitere Entwicklung Rußlands als Fortsetzung der bauernfreundlichen "Neuen ökonomischen Politik" (NÉP) vorstellte. Die Kontroverse wurde 1929 beendet durch die gewaltsame Kollektivierung und Industrialisierung der Sowjetunion – eine Politik, die in dieser Form von beiden Richtungen nicht gewollt war und deren negative Wirkung auf die sowjetische Landwirtschaft bis zum heutigen Tage spürbar ist.



Bucharin beim Prozeß im Jahre 1938

Zur Kampagne für Bucharins Rehabilitierung

Mit den in diesem Jahr gestarteten Bemühungen um eine Rehabilitation Bucharins beginnt eine dritte Phase. Wer sich für Bucharin einsetzt, sollte dies ohne die Vorbedingung tun, sich zunächst mit der Person, der Politik oder der Theorie dieses Mannes identifizieren zu müssen. Er befürwortete die Diktatur des Proletariats und das Fraktionsverbot von 1921. Er distanzierte sich nicht von der Niederschlagung des Kronstädter Aufstands und begründete in seinem Kampf gegen Trotzki, Kamenev und Sinoviev eine Praxis der Diffamierung des politischen Gegners, die sich bis heute hin durchgehalten hat. Seine Gegnerschaft zu Stalin war weit weniger direkt und offen als die anderer Oppositioneller.

Er hat dessen Politik über Jahre hinweg mitgetragen. Andererseits wird Bucharin als ein sympathischer Mann geschildert, der sich persönlich für viele Leute, so etwa für die bedrängten Sozialrevolutionäre, und für die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft eingesetzt hat. Zu einer wirkungsvolleren Opposition fehlten ihm die Machtmittel. Er war kein Vertreter des Apparates, sondern eher ein Intellektueller, der sich – gelegentlich mit Zweifeln – den Normen und Zwängen im nachrevolutionären Rußland anzupassen suchte.

Der heutigen Sowjetführung dürfte eine Rehabilitierung Bucharins an sich nicht so schwerfallen. Die absurden Anklagepunkte von 1938 könnten als Auswüchse des Personenkultes deklariert werden. Die verschiedenen Kontroversen zwischen Lenin und Bucharin in der Emigrationszeit und in den Jahren 1918/19 (u.a. über den Brester Frieden) ließen sich herunterspielen mit dem Hinweis, daß Lenin selbst sie nicht zum Anlaß administrativer Maßnahmen genommen hat. Als wunder Punkt bliebe die unterschiedliche Position Bucharins und Stalins zur Industrialisierung und Kollektivierung.

Noch heute wird in der Sowjetunion Stalins Rolle bei dieser Politik positiv gesehen und deren zahllose Opfer werden als notwendig bezeichnet. Dies, obwohl faktisch im Bereich der Landwirtschaft die private Produktion immer noch von großer Bedeutung ist und sich heute gegenüber den Bauern eine Linie durchgesetzt hat, die der von Bucharin zumindest nahe kommt.

UWE STEHR

NPD in Mannheim

Gegen die Absicht der Mannheimer Stadtverwaltung, der NPD für ihren Landesparteitag am Sonntag, den 17.9.1978, die renommierte Mannheimer Tagungsstätte "Rosengarten" offenzuhalten, erhoben zahlreiche Organisationen, Gewerkschaftsgruppen und Einwohner Protest. Sie schickten Briefe an den Oberbürgermeister mit dem Ziel, ein Verbot des Parteitags in Mannheim zu erwirken, wo es im übrigen während des Dritten Reiches starken antifaschistischen Widerstand gab. Der Stadtrat faßte daraufhin mehrheitlich den Beschluß, daß der NPD-Parteitag zu verbieten sei, den der Oberbürgermeister hingegen nicht befolgte mit dem Argument, die gesetzlichen Bestimmungen reichten für ein Verbot nicht aus.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften boten, zumeist auf Druck der Mitglieder, zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Faschismus und Neofaschismus an, Vorträge, Filme, Kulturveranstaltungen usw. Allerdings scheute der DGB eine direkte Konfrontation mit den Neonazis und setzte die Kundgebung mit anschließendem Schweigemarsch auf den 16.9., also einen Tag vorher fest. Die Abstimmung für die Vorverlegung war in einigen Gewerkschaften allerdings sehr knapp gewesen. Gleichzeitig bildete sich eine Aktionseinheit aus organisierten und unorganisierten Linken mit dem Ziel, den NPD-Parteitag zu verhindern. Deshalb sollte eine Demonstration am Sonntagfrüh stattfinden, bevor die Neofaschisten im Rosengarten eintrafen. Wochenlang wurden Flugblätter an Passanten und vor Betrieben verteilt, Diskussionen mit Bürgern sowie mehrere Veranstaltungen, z.B. eine Kulturveranstaltung mit mehr als 2.000 Besuchern, organisiert.

Die angemeldete Demonstration vom Georg-Lechleiter-Platz bis in die Nähe des Rosengartens wurde drei Tage vorher vom Ordnungsamt verboten mit der Begründung, das Versammlungsrecht der NPD sei höher einzuschätzen als das Demonstrationsrecht der Antifaschisten. Um den Rosengarten selbst wurde von der Polizei eine Bannmeile errichtet. Zur Auflage gemacht wurde stattdessen eine Route durch unbewohnte, am Sonntagmorgen sogar ausgestorbene Straßen; die Kundgebung sollte einen Kilometer entfernt vom Tagungsort der NPD stattfinden, die für den Nachmittag selbst eine Demonstration mit Kundgebung in der Innenstadt angesagt hatte.

Ungefähr 2.000 Antifaschisten versammelten sich am Sonntagfrüh am Georg-Lechleiter-Platz, der nach dem 1942 hingerichteten Widerstandskämpfer benannt ist. Schon nach wenigen Metern bog der Demonstrationszug von der genehmigten Route ab und folgte der ursprünglich angemeldeten Strecke, um in die Nähe des Rosengartens zu gelangen.

Auf einem freien Platz kurz vor dem Ziel wurde der Zug gestoppt, und ohne Vorwarnung fingen die Polizisten, mit Helmen und Schlagstöcken ausgerüstet, an, auf die ersten Reihen der Demonstranten einzuprügeln und mit chemischen Keulen zu sprühen, während gleichzeitig eine Reiterstaffel in die Menge preschte. Die wenigsten von uns hatten eigene Erfahrungen mit einem Polizeieinsatz gemacht, und so reagierten wir z.T. ziemlich kopflos. Der Polizei gelang es, uns zum Rückzug zu zwingen. Trotzdem sammelte sich der Zug schließlich wieder in der Nähe des Ausgangspunktes und nahm den aufgezwungenen Weg zur Innenstadt. Während wir uns formierten, um die Demonstration fortzusetzen, griffen sich die Polizisten anhand von Fotos, die sie während der Prügelei geschossen hatten, einzelne heraus und führten sie ab.

Am Paradeplatz im Zentrum von Mannheim angekommen, wurde erste Bilanz gezogen; Über 20 Verletzte und ca. 50 Verhaftungen. Wir vereinbarten, uns am Nachmittag um 14.30 Uhr wieder auf dem Paradeplatz zu treffen.

Die Prügelei der Polizisten war trotz der frühen Morgenstunden von etlichen Mannheimer Bürgern wahrgenommen worden. Vormittags sammelten sich vor der Polizeiabsperrung am Rosengarten immer mehr Menschen, die durch ihre Anwesenheit ihren Protest gegen den NPD-Parteitag ausdrücken wollten. Auch jetzt kam es wieder zu Handgreiflichkeiten der Polizei und zu zahlreichen Verhaftungen, darunter auch von ahnungslosen Zuschauern.

Die Teilnehmer der morgendlichen Demonstration trafen sich am Nachmittag zu einer Kundgebung, in deren Verlauf inoffiziell dazu aufgefordert wurde, in kleinen Gruppen in Richtung Rosengarten zu "bummeln", um der Polizei keine Angriffsfläche zu bieten. Zu diesem Zeitpunkt war die Hauptstraße der Innenstadt bereits voll mit sonntäglichen Passanten sowie einer großen Zahl junger und älterer Gewerkschafter, die durch ihre Anwesenheit den geplanten Demonstrationszug der NPD durch die Innenstadt verhindern wollten. Nach kurzer Zeit war die Menschenmenge am Rosengarten auf ca. 4000-5000 angewachsen. In Sprechchören, die von der gesamten Menge aufgenommen wurden, wurde gefordert: "Nazis raus aus Mannheim!" sowie "Sofortige Freilassung aller Verhafteten!".

Im Verlauf des Nachmittags hat die Polizei ihre Taktik geändert. Angesichts der großen Zahl von Menschen, wagte sie nicht mehr, so rigoros wie am Morgen vorzugehen. Bereits um 15 Uhr wurde bekannt, daß der Oberbürgermeister die Kundgebung der NPD verboten hatte, da er angesichts der überfüllten Fußgängerzone die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht mehr gewährleisten könne. Die NPD verzichtete daraufhin auf ihre geplante Demonstration durch die Innenstadt.

SB-GRUPPE MANNHEIM

Neue Broschüre des Verlag 2000

Reihe Politisches Theater, 2
Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit (ifta): "Der Freiheit eine Gasse" – Dokumentation zur Zensur im Theater; 152 Seiten, broschiert; Einzelpreis DM 9,--

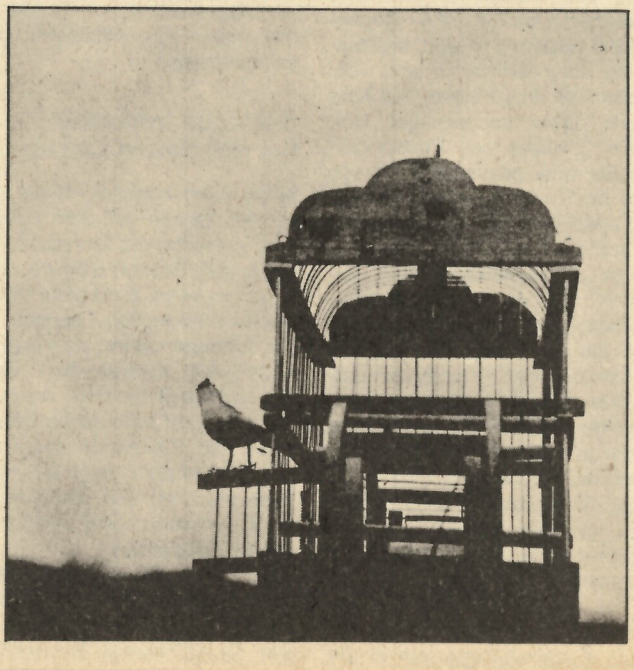
Das Grundrecht der Kunstfreiheit manifestiert besonders markant die freiheitliche Grundhaltung des Grundgesetzes. Angriffe auf diese gesetzlich garantierte Kunstfreiheit werden in den seltensten Fällen offen, sondern vielmehr versteckt erfolgen. Diese versteckten Angriffe haben in den letzten Jahren zugenommen.

Daher untersucht die Arbeitsgruppe der "Initiative Freiheit für die Theaterarbeit" annähernd 45 Fälle an öffentlichen Theatern und freien Theatergruppen, die das ganze Spektrum wie auch die Hintergründe einer möglichen Einschränkung der Kunstfreiheit am Theater deutlich machen. Die Fälle sind größtenteils von den Betroffenen selbst erfaßt. Über die Hälfte der Fälle sind im Bereich des öffentlich subventionierten Theaters zu verzeichnen. In dem vorliegenden Buch "Der Freiheit eine Gasse" wird darüber hinaus aufgezeigt, daß Theater heute, über professionelle Schranken hinweg, Formen gemeinsamen Widerstandes und Solidarität zu entwickeln in der Lage ist.

In der Reihe politisches Theater ist bereits im Frühjahr dieses Jahres eine Sammlung von Theaterstücken zum Radikalenerlaß erschienen. Inszenierungen aus Stuttgart von Michael Schneider, aus Wiesbaden von Peter Schneider, aus Frankfurt von der Autorengruppe des Schauspiels Frankfurt, aus Bremen von Andrea Bredt und Urs Troller, aus Marburg vom Marburger Theaterhaufen. Texte, Bilder, Lieder, Noten und Dokumente ergeben ein Buch, das spannend zu lesen ist und mit dem man arbeiten kann. (256 Seiten, broschiert, Einzelpreis DM 12,--).

»Der Freiheit eine Gasse«

Dokumentation zur Zensur im Theater



Die Phantasie in die Praxis! „Großer Ratschlag Alternative Ökonomie" in Hamburg

"Ich habe zufälligerweise eine ganze Menge von Kongressen in den letzten Jahren mitbekommen, beispielsweise 1973 und 1974 in Frankfurt zwei Kongresse über Emanzipation im politischen Kampf; in Berlin zu Beginn dieses Jahres diesen Tunix-Kongreß, der durch die Presse gereicht worden ist, und ich muß sagen, ich habe hier zum erstenmal die Erfahrung gemacht, daß wirklich völlig unterschiedliche Bereiche schrittweise versucht haben, sich zu nähern und in einen Auseinandersetzungsprozeß, einen Diskussionsprozeß einzutreten."

Diese Meinung teilte Wolfgang Kraushaar – Teilnehmer der Diskussionsrunde auf dem Abschlußplenum – mit vielen, die den "Großen Ratschlag Alternative Ökonomie" besuchten. Die täglich etwa 1.500 bis 2.000 Teilnehmer verteilten sich diskutierend, schwadronierend, ver- und einkaufend, Stände besichtigend und informierend über die Hamburger Markthalle. Wer bei dem Begriff "Ratschlag" an indianische Palaver gedacht hatte, konnte sich darin bestätigt finden: Die Geduld im Umgang miteinander, die wechselseitige Bereitschaft zum Zuhören, der weitgehende Verzicht auf Abgrenzungsrituale erzeugten ein freundliches Klima, geeignet, geronnene Überzeugungen wieder in Fluß zu bringen, nicht zuletzt und gerade auch bei uns, dem veranstaltenden SB. Wir wünschten uns, viele der leider nicht erschienenen Genossen des SB hätten etwas von den Anstößen dieser Veranstaltung erfahren.

Auf dem "Ratschlag" traf sich ein breites Spektrum von Leuten, deren Gemeinsamkeit, so vermutete Klaus Traube, vielleicht darin besteht, daß sie "anfangen, alternative Lebensformen, die gegen die Normen, die mit dieser Industriegesellschaft einhergehen, gerichtet sind, zu praktizieren", die also mehr oder weniger bewußt dieser Gesellschaft den Grundkonsens aufgekündigt haben. Der erste Abend begann mit der Selbstdarstellung eines guten Dutzend alternativer Projekte. Dieser, wenn auch nicht repräsentative, so doch sehr vielschichtige Querschnitt aus dem breiten Spektrum selbstorganisierter Modellversuche überraschte durch den völlig heterogenen Charakter der einzelnen Initiativen. Ohne zunächst eine Verbindung untereinander zu haben, tun sich anscheinend an den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Orten Leute zusammen, um eine andere Arbeit und ein neues Leben zu organisieren.

- Die Arbeiterselbsthilfe Bonames (ASH) berichtete sehr beeindruckend, wie sie als arbeitslose Jugendliche – trotz anfänglicher und immer wieder auftauchender, nicht nur finanzieller Schwierigkeiten – von der einfachen Entrümpelungs- und Wir-machen-alles-Gruppe, zu einem funktionierenden Kollektiv herangewachsen sind. Sie haben nicht nur einen eigenen Betrieb aufgebaut, sondern darüber hinaus versucht, durch Rotation der anfallenden Tätigkeiten Wissensvorsprünge zu verringern, um Hierarchie abzubauen und durch gemeinsames Wohnen ein anderes Verhältnis zueinander, nicht nur in der gemeinsamen Arbeit zu finden.
- Oder das Züricher Anwaltskollektiv, dessen alternative Praxis sich nicht darin erschöpft, gleichen Lohn für alle – ob Kanzleiangestellte oder Anwälte – zu zahlen und die Tarife nicht nach dem "Streitwert", sondern an dem Geldbeutel der Betroffenen zu bemessen. Sie streben darüber hinaus einen größeren Zusammenhang an mit den Projekten, die sich in den Metropolen konstituiert haben und denjenigen, die über das ganze Land hinweg verstreut sind und vereinzelt arbeiten.

Es ging bei all diesen Berichten gar nicht so sehr um das "Abhauen", "Aussteigen" oder "Privatisieren", wie es so oft "der Alternativbewegung" und dort besonders gerne den Landkommunen vorgeworfen wird. Gerade letztere ließen sich da gar nicht gerne über einen Kamm scheren. Die Frauen von der Schafzuchtfarm Finkhof bei Isny im Allgäu sahen da schon Unterschiede im Vergleich zu einer Gruppe von ca. 60 Höfen in Niederbayern, über die später jemand vom Barhof berichtete.

Die Leute von Finkhof haben ihrer Arbeits- und Perspektivlosigkeit selbst ein Ende bereitet, indem sie diese Schafzuchtfarm gründeten. Mittlerweile sind sie zu einem größeren Kollektiv gewachsen, das ca. 500 Schafe, viel Land und eine eigene Spinnerei besitzt. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit versuchen sie, die Bauern in ihrer Umgebung davon zu überzeugen, daß diese durch ähnliche Zusammenschlüsse von ihrem finanziellen Ruin bewahrt werden könnten. Die Leute vom Barhof und den umliegenden Höfen hingegen haben nicht den Anspruch, andere von dem, was sie tun, zu überzeugen. Sie haben z.B. auch ganz andere Existenzbedingungen als der Finkhof und müssen ständig ums Überleben kämpfen. Die Bewohner der Höfe können nicht von dem, was sie anbauen, leben. Viele müssen über die Landarbeit hinaus eine Finanzierungsquelle suchen, die von Arbeit in der Fabrik bis zu Unterstützung durch Sozialhilfe, Eltern etc. reicht, und es wird wohl noch ein ganzes Stück Arbeit, Kooperationsbereitschaft der Höfe untereinander und Phantasie kosten, bis sie ihr Ziel, ökonomisch unabhängig zu sein, geschafft haben.

Die Notwendigkeit, miteinander zu kooperieren, damit die vielen z.T. unter ziemlich miesen ökonomischen Bedingungen arbeitenden Projekte besser existieren können, wurde am ersten Abend noch oft betont. Besonders instruktiv war dazu Josef Hubers Idee der "kleinen Netze" (die er im Kursbuch 'Lust an der Zukunft' näher ausführt): "Kleines Netz" meint ein festes Geflecht von wirtschaftlichen und sozialen Austauschbeziehungen innerhalb von Stadtteil, Stadt und Region, dessen Ziel es sein sollte, die Zwänge der "großen Netze" zu unterlaufen, um einen möglichst hohen Grad von Autonomie ihnen gegenüber zu gewinnen, um eine nicht profit- und konkurrenzorientierte, solidarische Lebensführung zu erreichen.

Einen breiten Raum nahmen aber auch Initiativen ein, die aktiv in Betrieb oder Gewerkschaft versuchen, den Wachstumsfetisch zu bekämpfen oder gemeinsam alternative Technologien zu entwickeln. Ein Techniker des britischen Firmenverbundes Lucas Aerospace, in dem die Belegschaft zum wesentlichen Teil der Produktion Ausrüstungen für Militärflugzeuge herstellen mußte, berichtete, daß sie trotz drohender Entlassungen nicht für arbeitsplatzsichere Rüstungsaufträge gekämpft, sondern einen Alternativplan aufgestellt haben, der anstelle der Rüstungsproduktion die Produktion von sozial nützlichen Waren, z.B. der Herstellung medizinischer Geräte, vorsieht. Am nächsten Tag trafen sich dann ca. 15 Arbeitsgruppen, die über die ganze Innenstadt verstreut in den unterschiedlichsten Räumlichkeiten

Literaturtournee

"Deutschland im Handstreich" mit Thorwald Proll, Uli Becker, Frank Witzel – Edition Nautilus

Oldenburg: 6.11. Kommunikationszentrum Alhambra, Hermannstr. 83/Information: C. v. Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1
Münster: 7.11. Gaststätte Kronenburg, Hammerstr. 35. Information: Rosta-Buchhandlung, Spiekerhof 34
Bochum: 8.11. Cafe Treibsand, Castroper Str. 79; Information: Politische Buchhandlung im Westenfeld 22
Duisburg: 10.11. Zentrum Eschhaus, Niederstr. 32-34
Wuppertal: 12.11. Podium, Hofkamp 1-3
Mönchengladbach: 13.11. BIK-Zentrum, Rheydter Str. 159; Information: Buchhandlung Prolibri, Albertusstr. 55
Aachen: 14.11. Malteserkeller, Malteserstr. 14
Köln: 16.11. Gaststätte Exil, Kleiner Griechenmarkt 49; Information: Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197
Frankfurt: 18.11. Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5
Mainz: 19.11.
Darmstadt: 20.11. information: Georg Büchner Buchhandlung, Lauteschlägerstr. 18
Heidelberg: 21.11.
Freiburg: 23.11. Gaststätte Auerhahn, Egonstr. 48; Information: Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15
Lörrach: 24.11. Kommunikationszentrum, Röntgenstr. 3
Konstanz: 30.11. Information: Buchhandlung Zur Schwarzen Geiß, Inselgasse 20
München: 2.12. Stadtteilzentrum, Nietzschestr. 7 B; Information: Buchladen Trampelpfad, Elsässer Str. 15
Fulda: 4.12. Information: SOFA Buchladen, Ohmstr 14
Kassel: 5.12.
Detmold: 6.12. Fachhochschule, Bielefelder Str.
Hildesheim: 7.12. Information: Amei's Buchecke, Goschenstr. 31
Berlin: 9.12. Südstern, 1-61, Südstern 14
Berlin: 10.12. Antiquariat Magister Tinius, 1-41, Hackerstr. 4; Information: Magister Tinius
Informationen Edition Nautilus, Hassestr. 22, 2050 Hamburg 80, Tel. 040/721 35 36 – oder über die angegebenen örtlichen Buchläden. Die Veranstaltungen beginnen um ca. 20 Uhr des jeweiligen Tages. Der Eintritt beträgt DM 3,--.

stattfanden. Hier die wichtigsten Themenschwerpunkte: Alternativbewegung – wohin?; Kritik der Großtechnik und alternative Technologie; Gewerkschaften und Arbeitskämpfe; Selbstorganisation im Produktionsbereich, Bürgerinitiativen und Regionalplanung; Arbeitslosenselbsthilfe; Selbstorganisation im Reproduktionsbereich; alternatives Wohnen in Wohngemeinschaften und im Stadtteil; alternative Medizin und Ernährung; Landkommunen; Entwicklungspolitik; Verkehrsformen; Medienarbeit und Bahros "Alternative" – ihre Bedeutung für den westeuropäischen Weg zum Sozialismus.

Was schon am Vorabend aufgefallen war, konnte auch in vielen Diskussionen erneut festgestellt werden: bis auf wenige Ausnahmen gab es eine große Bereitschaft, sich aufeinander zu beziehen, die politischen und emanzipatorischen Differenzen anstatt zum wechselseitigen Vorwurf zu machen, zur ansatzweisen produktiven Diskussion sich entwickeln zu lassen. Dabei erwies es sich von Vorteil, daß man immer wieder auf die Erfahrungsberichte der Projekte zurückgreifen konnte und damit eine Möglichkeit der Selbstkorrektur besaß.

Das Problem der ökonomischen Selbstausbeutung, die Rolle des Geldes, Beziehungsstrukturen und Geschlechterrollen, das Verhältnis von Ökologie und Technologie – schlaglichtartig wurde einiges aus dem Problemkatalog der Arbeitsgruppen am frühen Abend zur Debatte gestellt. Abschließend folgte der Auftritt der "Tennessee-Farm-Band", der Rock-Gruppe der größten amerikanischen Farm, die sich z.Zt. auf einer Europa-Tournee befindet und den "Alter Öko Kongreß" zum Anlaß genommen hatte, über ihre Landkommune zu berichten.

Am Sonntag traf man sich zur abschließenden Podiums- und Plenumsdiskussion wieder. Zum Erstaunen der meisten lag schon eine Extra-Zeitung vor, in der die Protokolle der einzelnen Arbeitsgruppen vom Vortag veröffentlicht worden waren. So konnte sich jeder Diskussionsteilnehmer noch einen genauen Überblick verschaffen über das, was sich in den Gruppen abgespielt hatte, in denen er selber nicht hatte sein können.

Die nachfolgende vierstündige Diskussion dürfte wohl zu den seltenen Augenblicken zählen, in denen nicht nur traditionelle Sozialisten und linke Subkultur, sondern auch ein Teil der sogenannten ersten und zweiten Kultur offen miteinander diskutierten. Für einen kurzen Moment standen nicht mehr die im Alltag vorherrschenden gegenseitigen Verdächtigungen, Vorwürfe, Normen und Barrieren im Vordergrund, sondern das Interesse, voneinander zu erfahren, wie ein sinnvolles Arbeiten und ein anderes Leben wieder möglich sein könnte. Hierzu ein kleiner Ausschnitt aus der Plenumsdiskussion:

Karl (ASH Frankfurt-Bonames): Also, ich muß dazu sagen, daß ich nicht mit der Aussage zurechtkomme, die sogenannte Alternativbewegung hätte nichts mit dem Sozialismus zu tun. Erst mal habe ich Schwierigkeiten mit dem Begriff "Alternativbewegung" überhaupt, weil der offensichtlich 'ne ganz große Bandbreite hat. Für die Gruppen, die hier sitzen, also für die Wiesbadener Bäcker, für uns von Frankfurt und für die Leute von Isny gilt z.B., daß die aus der politischen Bewegung rauskommen und genau deswegen auch die Sache machen, die sie jetzt machen – wir alle – weil wir 'ne ganz scharfe Kritik an dem haben oder gehabt haben, was sich in der traditionellen Linken damals und heute auch noch getan hat.

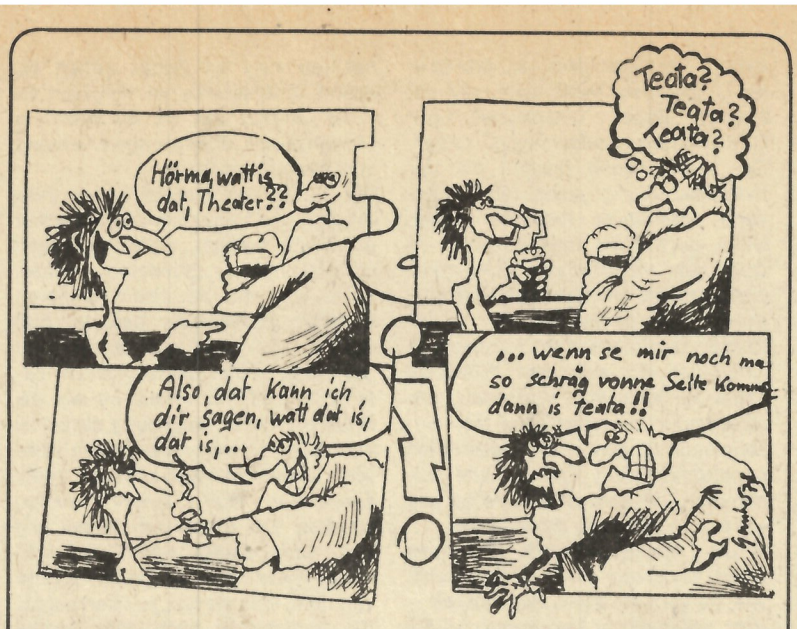
Also, es ist nicht so, als hätten wir damit nichts zu tun. Wir haben damals gefunden, daß die linke Politik sich totläuft; die läuft sich tot im Betrieb, wo wir drin gewesen sind, da, wo wir den Kollegen zwar erzählen können, so und so könnt's gehen. Oder die hat sich totgelaufen da, wo innerhalb der politischen Gruppierungen, bei uns in Frankfurt war es der RK (Revolutionärer Kampf), innerhalb dieser Gruppierungen sich das Problem von Hierarchie oder Herrschaft niemals als ein Problem in der Form gestellt hat, daß man versucht hätte, das zu lösen; das ist nie angegangen worden. Solche Probleme haben uns dahin gebracht, finde ich, das zu machen, was wir heute machen, das ist 'ne ganz konsequente Fortführung, find' ich, von der Politik, die damals gelaufen ist, und wenn irgendjemand was lernen kann überhaupt, dann find ich, kann die traditionelle Linke von der sogenannten Alternativbewegung, ich sag' mal Selbsthilfebewegung dazu, was lernen, nicht umgekehrt.

Joseph Huber: Die lange Reise beginnt vor den eigenen Füßen, und die Linke hat sich in den letzten Jahren 'n bißchen – oder die Linken haben sich selbst vergessen. Das ist ein Punkt, wo 'ne gegenseitige Anerkennung und Befruchtung möglich ist, damit hängt zusammen auf der einen Seite Sinn für Organisation und Theorie, auf der anderen Seite Sinn für Spontaneität, für informelle Dinge, die entstehen. Ein zweiter Punkt ist: die traditionelle Linke hatte einen sehr starken Willen zur Systemveränderung, während die Alternativbewegung den sehr starken Willen hat zur Eigenveränderung, das hängt mit dem ersten Punkt zusammen. Auch das muß irgendwie zusammenkommen, und da ist es nun so: Veränderung wohin? Die traditionelle Linke – wie der Karl schon angedeutet hat – ist analytisch immer sehr scharf gewesen, war aber, was die Zukunft betrifft, auch etwas phantasielos, es mangelte an phantasievollen Utopien; während aber gerade im Zusammenhang mit der Öko- und Alternativbewegung "die Lust an der Zukunft", das Entwerfen von Utopie, von konkreten Möglichkeiten, von plastischen Möglichkeiten in den Vordergrund tritt. Und wir müssen das miteinander verbinden; die Kontroverse zwar sehen, aber auch diese Berührungspunkte und gegenseitigen Möglichkeiten sehen.

"Unser Laden": Ich spreche hier nicht für die Apparate (Fernsehen), sondern ich spreche für die Leute vor allem von der ASH, die da vorne sitzen, und für andere Leute aus den praktischen Projekten. Ich möchte mich eigentlich beklagen, daß Ihr Euch dazu herablaßt, hier vor den Leuten, vor allem mit den Theoretikern zu diskutieren. Ich finde, unter uns sind Dinge zu klären.

Karl (ASH): Also, ich würde schon sagen, daß wir das so nicht sehen. Klar sehen wir auch 'nen Unterschied zwischen Leuten, die praktisch an der Basis irgendwo rumarbeiten und deswegen sich auch nicht so artikulieren können, wie es andere Leute können, und dann gibt es Schwierigkeiten. Trotzdem sind diese sogenannten Theoretiker für uns Genossen, mit denen wir in 'nem Diskussionszusammenhang stehen und stehen wollen, und wir hatten zumindest gestern nach der Diskussion, die gelaufen ist, den Eindruck von unseren eigenen Interessen her – die sich sehr wohl darauf beziehen, die Gesellschaft zu verändern, nicht nur für uns ein besseres Leben herzustellen – mit den SB-Leuten vielleicht sogar noch mehr zu tun zu haben als mit manchen sogenannten echten Alternativgruppen. Das ist 'n Problem für uns, aber es ist so.

Theo Pinkus: Ich glaube, aus der Praxis unseres kleinen bescheidenen Kollektivs, in unserem kleinen Land, der Schweiz, und einer noch bescheideneren Branche, dem Buchhandel, gesehen, daß wir tatsächlich einen gewissen Modellcharakter bekommen haben. ... Die Methode, die wir anwenden, ist die Schaffung – wir haben dafür eine Bezeichnung, ich bitte um Entschuldigung von denen, die das vielleicht "theoretisch" anschauen – der sogenannten "revolutionären Infrastruktur". Die besteht erstens einmal aus den alternativen Unternehmungen, die eine gewisse Selbstverwirklichung möglich machen und die auch einen gewissen Mo-



Jugendtheater

Seit drei Jahren finden auf Initiative der Theater-Arbeitsgemeinschaft im Jugendzentrum Hammerschlag Treffen von Amateurtheatern statt. Die Theatergruppen, die ihre Stücke selbst produzieren und dabei die Probleme Jugendlicher behandeln, haben bisher diese Stücke aufgeführt und ihre Erfahrungen über die Theaterarbeit ausgetauscht.

Das nächste Jugendtheater-Festival finden vom 2. bis zum 8. Januar 1979 wieder in Schorndorf (bei Stuttgart) statt. Neben mehreren geplanten Aufführungen wird auch ein dreitägiger Workshop aufgemacht. Interessenten für das Festival, das unter dem Motto "Was uns betrifft" stehen wird, können sich schon jetzt an folgende Kontaktadresse wenden: Herbert Federsel, Rathausstr. 30, 7062 Rudersberg, Tel. 07183/7320.

Graffiti

Ab Oktober 1978 erscheint in Frankfurt zweimonatlich eine neue Zeitschrift – GRAFFITI. Das Blatt will "Themen zur Zeit" aufgreifen, die jeweils als Heftschwerpunkte in Wort, Fotografie und Grafik behandelt werden. Das jetzt vorliegende erste Heft mit Beiträgen von Lothar Baier, Peter Brückner, Karin Reschke, Christa Reinig, Peter Mosler, Rainer Dorner u.a. beschäftigt sich mit den 50er Jahren. Kritisiert wird die derzeitige "politisch-kulturelle Konjunktur, die sich den 50er Jahren zugewandt hat" und die eine "entschwundene Formenwelt wieder ausstellungsfähig" machen will. Weiter heißt es: "Ein neuer Konservativismus entlehnt den überlebten Verkehrsformen seinen Habitus und seine Etikette. In der öffentlichen Rezeption der 50er Jahre versucht die Republik, ihre Geschichte zu denken, westdeutsches Staatsbewußtsein zu entwickeln. Die kulturelle Hegemonie, in die die Studentenbewegung eingebrochen ist, soll zurückgewonnen werden."

Die nächsten Themen sind: "Abhauen – Die betrogene Jugend der siebziger Jahre: Reisen oder die Sehnsucht nach dem ganz anderen – Die Inflation der Therapie und Meditationen – Landkommunen – Suicid, nichts geht mehr – Heroin – Berliner Blues u.a." (Dezember 1978), "Angestellte – Die lautlose Mehrheit" (Februar 1979). Jedes Heft hat einen Umfang von etwa 32 Seiten in DIN A 3 – Format mit einer Plakatbeilage zum Schwerpunktthema und kostet DM 5,--. GRAFFITI ist im Buchhandel erhältlich oder kann zum Preis von DM 25,-- für 6 Hefte abonniert werden – durch Überweisung des Betrags auf das Konto 4146791, Deutsche Bank in Frankfurt.

Mittelkürzung für BDP/BDJ

Die zentralen deutschen Jugendverbände werden bekanntlich aus öffentlichen Mitteln des Bundesjugendplans über den Bundesjugendring (DBJR) gefördert; Geldgeber ist das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Gewöhnlich werden die Gelder nach einem vom DBJR erstellten Schlüssel auf die Mitgliederverbände verteilt.
Erstmals in der Geschichte des Bundesjugendplans wurde 1978 der Verteilungsschlüssel des DBJR nicht durch das zuständige Ministerium bestätigt. Im Juni d.J. wurde mitgeteilt, daß die Mittel für den BDP/BDJ rückwirkend zum Jahresbeginn um nicht weniger als 21% gekürzt werden. Nach anfänglichen Protesten des Bundesjugendrings, die "vorgenommene Veränderung .. aus prinzipiellen Gründen rückgängig zu machen", beschloß dann allerdings der Hauptvorstand dieses Dachverbandes am 13.8.78, sich den Anordnungen der zuständigen Ministerin zu beugen. Von der anfänglichen "Belastung des gewachsenen Vertrauens" war nichts mehr zu spüren, die "Solidargemeinschaft DBJR" verteilte die Gelder neu.
Als offizielle Begründung gab das Ministerium das Mißverhältnis von Mitgliederzahl und zugeteilten Geldern an. Aber um die Mitgliederzahl als einziges Förderungskriterium kann es ihm nicht allein gehen. In der Tat bestätigt der BDP/BDJ in einer Pressemitteilung, bleiben "Qualität und Zahl der Aktivitäten, Personalbestand ... und andere Größen völlig unberücksichtig", werden Autonomie und Flexibilität der Jugendverbände eingeschränkt.
Gerade der BDP/BDJ aber, dem zudem kein kontrollierender Erwachsenenverband voransteht, hat durch seine offene Jugend- und kritische Bildungsarbeit ständig auf seine Autonomie gepocht, hat nicht versucht, sich aus finanziellen Erwägungen politisch anzupassen. Auch im DBJR gehörte er sicher nicht zur schweigenden Mehrheit. So sah dann auch der Vorsitzende der für die Verteilung der Gelder zuständigen Kommission beim DBJR folgerichtig in dem Neuverteilungsvorschlag eine "politische Gewichtung" und keine inhaltlichen Kriterien.

★

dellcharakter haben und die wichtige Stützpunkte sind, besonders heute bei der Tatsache, daß die Wirtschaftskrise, die weitere Entwicklung des Kapitalismus auch wieder Arbeitslosigkeit in großem Maße schafft, und die durch Selbsthilfe Perspektiven eröffnen.
Der zweite Teil dieser Infrastruktur ist das, was wir als die betriebliche Arbeit, die Arbeit in den Institutionen sehen. Gerade die Genossen und Kollegen, die zweieinhalb Millionen organisierter Metallarbeiter, die vielen, die in PCT, in Institutionen des Staates und in den Großbetrieben arbeiten, die können wir doch nicht einfach als nicht existent betrachten und unser privates Glück organisieren. Mit denen müssen wir zusammen ... (Beifall). Denen bringen wir in bescheidenstem Sinne in unserer eigenen Umgebung, in der Wohnumgebung, in der Umgebung unserer Betriebe, bringen wir Beispiele: Es geht auch anders, du brauchst doch nicht verzweifeln und resignieren, du kannst den Widerstand – und das ist die Aufgabe, die diese Genossen erfüllen – den Widerstand gegen die Ausbeutung, den Widerstand gegen die Fremdbestimmung auch mit unserer bescheidenen Hilfe herstellen. Und das dritte Moment – und damit schließe ich – ist der sogenannte private Bereich. Die bürgerliche Klassenherrschaft lebt von der Trennung dieser drei Bereiche.

Boris Penth: Um mit der berühmten "Rotarbeit" anzufangen: Das ist mehr oder minder eine Idee, die in den Kinderschuhen steckengeblieben ist. ... Das ist 'ne gute alte Tradition des SB, Fonds zu haben, über die Gelder verteilt werden; auch 'ne sehr idealistische Funktion. Manchmal sogar eine bißchen idiotische, wenn nicht das genügende Konzept dahinter steht. Und in diesem Fall ist es so. Das heißt also, in der Richtung auch Konzepte zu entwickeln und offen zu sein für solche Ideen und dann auch für solche konkreten materiellen Anforderungen ... Aber ich kann jetzt hier versprechen, daß das – hoffentlich dann mit Mithilfe des Hamburger SB – über unseren Delegiertenrat 'ne Initiative wird, die dann auch in der Richtung 'ne materielle Gestalt bekommt.
Joseph Huber: Der Rotarbeitsfonds, der funktioniert unseres Erachtens deswegen nicht so gut, weil er eindeutig politisch vor das Sozialistische Büro gespannt ist. Und das ist die Crux an der ganzen Sache. Wenn man den Gedanken gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Selbsthilfe verfolgt, geht man eigentlich mehr in Gewerkschaftsnähe und muß insofern einen Standpunkt gruppen- und parteipolitischer Unabhängigkeit einnehmen. Dann hat die Sache auch viel mehr Aussicht, auch 'ne breite Unterstützung zu finden, die es braucht. Und das ist bei uns im Ansatz der Fall.

dpa

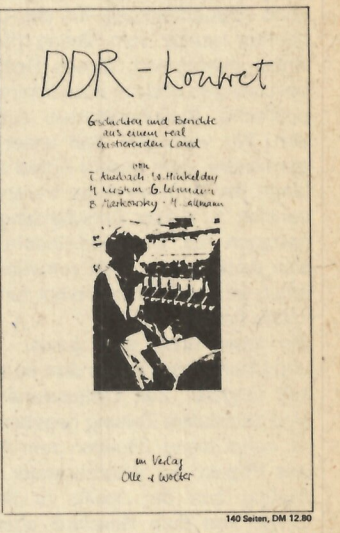
Theo Pinkus: Ich möchte noch einen Satz sagen: 1968 hieß es in Paris: Die Phantasie an die Macht! Jetzt muß es für uns heißen: Die Phantasie in die Praxis, in die Betriebe und in die alternativen Unternehmungen!
Wenn Ihr den "Kleinen Nachschlag" zum Großen Ratschlag haben wollt, so schickt DM 1,-- (in Briefmarken) an: Alter Öko im SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2 Hamburg 6.
Übrigens: Das Materialienheft ist alle, von Bestellungen bitte absehen.

ARBEITSGRUPPE ALTER ÖKO IM SB HAMBURG

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist spätestens der 15. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Drucksache "Erinnerung an alle 'links'-Leser: Aufruf Russell-Tribunal jetzt unterschreiben!"; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros, Willi Münzenberg Buchversand GmbH, Oldenburg; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte 'Jetzt abonnieren!".

olle und wolter



kritik
Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr.18

Karl Ludwig
Meine Differenzen mit der DKP
Reden, Briefe, Dokumente

Ernest Mandel
Zwei Schritte vor, zwei zurück
Antwort auf Louis Althussers KPF-Kritik

Urs Müller-Plantenberg
Chile 1973-78: Fragen an unseren Internationalismus

Bahman Nirumand
Iran: Stürzt der Pfauenthron?

Heinz Brandt
Der Prager Frühling als weltgeschichtlich erste sozialistische Revolution

Charta 77 zur Verurteilung Bahros

Ossip K. Flechtheim
Eine neue Partei?
Einige grundsätzliche Überlegungen

Verlag Olle & Wolter 7 DM / im Abo 6 DM

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1000 Berlin 30
Katalog anfordern!

Alternativblätter stellen sich dar: Walzbachtaler Dorfzeitung

Walzbachtal ist ein Dorf mit etwa 7.000 Einwohnern und weist all die Charakteristika auf, die für eine Gemeinde solcher Größe typisch sind: Absolute CDU-Mehrheit im Gemeinderat, "pragmatischer" Bürgermeister, Einfluß von Vereinen usw. Dennoch war es linken Gruppierungen wie Jusos und Judos bis zum Sommer 1977 möglich, im amtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde Stellungnahmen zu allen aktuellen Themen abzugeben. Ein scharfer Angriff auf die damals von der Bundesregierung beschlossene Steuersenkung für die Unternehmer wurde vom Verlag (!) zum Anlaß genommen, dieses Recht zu beschneiden und nur noch kommunalpolitische Stellungnahmen zuzulassen. Wir vermuten, daß unser Bürgermeister, dem unsere Artikel schon lange ein Dorn im Auge waren, wesentlich zu dieser Entscheidung beigetragen hat. Der Gemeinderat gab sich damit jedoch nicht zufrieden und erließ ein generelles Verbot für politische Artikel.

Ein loser Kreis aus Jusos, Judos und Unorganisierten, in dem es schon seit längerer Zeit Diskussionen um eine alternative Zeitung gegeben hatte, nahm diese Situation zum Anlaß, das Projekt der Walzbachtaler Dorfzeitung aus der Taufe zu heben. Einige von dem Beschluß ebenfalls betroffene Organisationen (SPD, Amnesty, Naturfreundejugend, Jugendzentrum) nahmen unsere Initiative positiv auf und arbeiten seither bei der Dorfzeitung mit.

Von Vorteil war, daß wir aus der Zeit, in der wir in der Jugendzentrumsbewegung aktiv waren, Erfahrungen mit der Zeitungsarbeit mitbrachten. Die technische Seite war somit kein Problem. Die inhaltliche Orientierung war ebenfalls von vornherein klar, da wir für eine Gemeinde von 7.000 Einwohnern kein "Sceneblättchen" machen konnten. Der Schwerpunkt unserer Berichterstattung mußte auf Themen aus dem kommunalen Bereich liegen, da wir einerseits auf diesem Sektor hauptsächlich arbeiten (einer von uns ist Gemeinderat) und andererseits eine breite Zielgruppe nur mit dieser Thematik ansprechen konnten. Zu diesem Zweck bemühen wir uns, für jede Ausgabe mindestens ein Interview von einem Vereinsvorstand, von einem ortsansässigen Unternehmer, von einem Bürger, der von einer Entscheidung des Gemeinderats betroffen ist usw., zu erhalten. Diese Interviews tragen ganz erheblich zu der Resonanz bei, auf die wir mit der Dorfzeitung bei der Bevölkerung stoßen.

Der Großteil der Beiträge wird aber von den beteiligten Organisationen sowie von einem engeren Kreis der Jusos und Judos auf Grund eigener Recherchen nach Hinweisen aus der Bevölkerung geschrieben. Diese – für eine Großstadt sicherlich undenkbare – Tatsache hat ihre Ursache in den dörflichen Strukturen, wo fast jeder jeden kennt und etliche Redakteure als solche bei einem Großteil der Bevölkerung bekannt sind und oft über den Ladentisch hinweg einen Hinweis erhalten, was die Gemeindegröße XY für ein Fehlverhalten an den Tag gelegt hat, verbunden mit der Aufforderung, darüber mal was zu schreiben. Mit dieser Arbeitsweise erreichen wir, daß eine Auflage von 1.000 Exemplaren regelmäßig vergriffen ist. Bei der Verbreitung der Dorfzeitung werden wir dadurch begünstigt, daß wir sie praktisch in allen wichtigen Einzelhandelsgeschäften (Bäcker, Metzger usw.) auslegen dürfen, wo sie die Kunden kostenlos mitnehmen. Die Finanzierung erfolgt durch Spenden (etwa zu einem Drittel) und durch eine Umlage unter den die Dorfzeitung tragenden Organisationen.

Die Wirkung und der Einfluß der Dorfzeitung haben unsere Erwartungen fast übertroffen. Jede Ausgabe sorgte bisher für einigen Wirbel in der Gemeinde. Wir können behaupten, daß durch unser Eingreifen Entscheidungen des Gemeinderats beeinflußt wurden, indem wir z.B. dazu beitrugen, zu einer Gemeinderatssitzung 150 Zuhörer zu mobilisieren.

Bedingt durch die kommunalpolitische Orientierung hat die Dorfzeitung einen relativ festen Rückhalt in der Bevölkerung. Das sieht man z.B. daran, daß Leute, die man beim besten Willen nicht als Linke bezeichnen kann, uns eine Spende in die Hand drücken (bis zu 100 DM). Diese Rückkoppelung mit unseren Lesern führt dazu, daß wir beständig kritisch über Vorgänge in unserer Gemeinde berichten können und in Gaststätten, Vereinen, auf Festen und auch informell unter den Gemeinderäten die Inhalte der Dorfzeitung heftigst diskutiert werden. Überraschend war für uns auch, daß ebenfalls Artikel gelesen und oft positiv aufgenommen werden, die von einer eindeutig linken Position aus Berufsverbote, Repression usw. aufs Korn nehmen. Denn diese Problematik wird bei unserer Zeitung keineswegs ausgespart, stellt aber nicht, wie bei vielen anderen alternativen Zeitungen, den Schwerpunkt unserer Artikel.

Diese Entwicklung und das Durchbrechen des Informationsmonopols der Gemeindeverwaltung wird vor allen Dingen vom Bürgermeister, aber auch von vielen Gemeindevertretern als Bedrohung ihrer Stellung empfunden, zumal wir in der Lage waren, einige "Skandälchen" aufzudecken. So schlug z.B. unsere Enthüllung, daß der Gemeinde 200.000 DM verlorengingen, weil der Bürgermeister vergessen hatte, einen Zuschußantrag zu stellen, wie eine Bombe ein. Solche und ähnliche Meldungen liegen dem Bürgermeister selbstverständlich schwer im Magen, und wir können sicher sein, daß nach jeder zweiten Ausgabe ein wutschnaubendes Ortsoberhaupt am Telefon hängt, um dem presserechtlich Verantwortlichen seine Meinung über die letzte Ausgabe der Dorfzeitung zu sagen. Diese Nervosität hat ihre Ursache wohl auch in der Tatsache, daß im nächsten Jahr Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen anstehen.

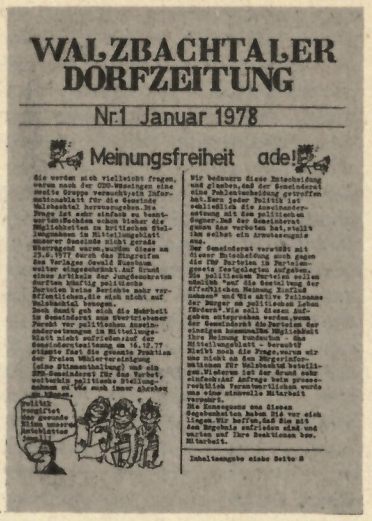
Wenn bis hierher der Eindruck entstanden sein sollte, als ob bei uns alles eitel Freude und Sonnenschein wäre, so wollen wir diesen Eindruck im folgenden relativieren. Auch wir haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Schwierigkeiten bestehen hauptsächlich im Bereich der redaktionellen Arbeit. Sie konzentriert sich nämlich im wesentlichen auf eine Person, die einen Großteil der Artikel schreibt, beschafft, tippt und das Lay out besorgt. Zwar finden regelmäßig öffentliche Redaktionssitzungen (zu denen bisher leider nur Personen aus den beteiligten Organisationen kamen) statt, die jedoch oft nur die Funktion der Absegnung der vorliegenden Artikel haben. Es ist uns also nicht gelungen, die Arbeit kollektiv zu organisieren, was beim Ausfall dieses "Machers" den Tod der Dorfzeitung bedeuten würde.

Nichtsdestotrotz – oder gerade deswegen – sind wir auf jede neue Ausgabe der Dorfzeitung (ca. 6-8 pro Jahr) sehr stolz. Wir sind uns der Gefahr bewußt, der wir uns mit einer solchen Konzeption aussetzen: der Gefahr, über die kommunalpolitische Orientierung an einer breiten Zielgruppe unseren eigenen Anspruch – eine linke Alternative in der derzeitigen Presselandschaft zu bilden – zu vernachlässigen. Dennoch würden wir es jeder kommunalpolitisch arbeitenden Gruppe in der Provinz empfehlen, eine Zeitung mit einer solchen Konzeption zu schaffen. Wir haben das Gefühl, etwas zu bewegen.

Wer weitere Informationen und evtl. einige ältere Ausgaben der Dorfzeitung haben will, der wende sich an die Redaktion der Walzbachtaler Dorfzeitung, 7519 Walzbachtal, Jöhlingerstr. 79. Beigelegte Briefmarken lassen unser Herz höher schlagen!

ARND WAIDELICH

links



WALZBACHTALER DORFZEITUNG

Nr.1 Januar 1978

Meinungsfreiheit ade!